



universität
wien

DIPLOMARBEIT

**DER SYSTEMWECHSEL IN RUSSLAND ALS PASSIVE
REVOLUTION UND DIE AUSSICHTEN AUF EINE
DEMOKRATISCHE GEGENBEWEGUNG**

zur Erlangung des akademischen Grades
Magister/a Philosophie (Mag.phil.)
an der Fakultät für Sozialwissenschaften
der Universität Wien

Verfasser/in: Tobias Vogel
Matrikelnummer: 0217896
Studienrichtung: Politikwissenschaft (A300)
Begutachter: Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Wien, im August 2008

Eidesstattliche Erklärung

Ich, Tobias Vogel, Matrikelnummer 0217 896, erkläre eidesstattlich, dass ich alle aus ungedruckten Quellen, gedruckter Literatur oder aus dem Internet übernommenen Inhalte und Formulierungen gemäß den Richtlinien wissenschaftlicher Arbeiten zitiert und durch Fußnoten gekennzeichnet habe.

Wien, 24.08. 2008

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Eine passive Revolution: Die Transformation der Sowjetunion aus (neo-)gramscianischer Sicht

| | |
|---|-------|
| 1. Einleitung | S. 6 |
| 2. Theoretische Grundlagen | S. 9 |
| 2.1 Überblick über das Leben und Wirken Antonio Gramscis | S. 9 |
| 2.2 Die wichtigsten gramscianischen Konzepte | S. 11 |
| 2.2.1 Hegemonie | S. 11 |
| 2.2.2 <i>Societa civile</i> – Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci | S. 14 |
| 2.2.3 Bewegungskrieg und Stellungskrieg | S. 20 |
| 2.2.4 Passive Revolution | S. 21 |
| 2.2.5 Die Rolle der Intellektuellen | S. 23 |
| 2.3 Neo-gramscianismus | S. 24 |
| 2.3.1 Kritische Theorie | S. 26 |
| 2.3.2 Neo-gramscianismus nach Robert W. Cox und Stephen Gill | S. 27 |
| 2.4 Gramscis Sicht des revolutionären Russlands | S. 29 |
| 3. Der Systemwechsel in Russland | S. 33 |
| 3.1 Der Zerfall der Sowjetunion – Eine kurze Zusammenfassung | S. 33 |
| 3.2 Schocktherapie – Die Transformation der Wirtschaft | S. 36 |
| 3.2.1 Die Auswirkung der Schocktherapie auf die Bevölkerung | S. 38 |
| 3.2.2 Die neue russische Wirtschaft | S. 43 |

| | |
|---|-------|
| 4. Eine passive Revolution? Eine Analyse der Ereignisse aus gramscianischer Sicht | S. 44 |
| 4.1 Die Hauptakteure der Transformation | S. 51 |
| 4.1.1 Die sowjetischen Eliten | S. 51 |
| 4.1.2 Internationale Akteure | S. 57 |
| | |
| II. Teil: Die Zivilgesellschaft in Russland – Aussichten auf ein gegenhegemoniales Projekt? | S. 61 |
| | |
| 5. Zum Begriff der „Zivilgesellschaft“ | S. 62 |
| 5.1 Begriffsgeschichte | S. 62 |
| 5.2 Allgemeine Begriffsbestimmung | S. 64 |
| | |
| 6. Zivilgesellschaft in Russland | S. 70 |
| 6.1 <i>Graschdanskoe Obschtschestvo</i> – Begriffliche und historische Implikationen des Konzepts „Zivilgesellschaft“ in Russland | S. 70 |
| 6.2 Das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Basis Ende der 1980er Jahre | S. 72 |
| 6.3 Zivilgesellschaft in Russland nach 1991 | S. 75 |
| 6.3.1 Schwierige Situation und ein problematisches Erbe | S. 75 |
| 6.3.2 Die rechtlichen Grundlagen | S. 77 |
| 6.3.3 Die Finanzierung von NGOs in Russland | S. 78 |
| 6.3.4 Der Tätigkeitsbereich von NGOs in Russland | S. 79 |
| 6.4 Zivilgesellschaft in Russland unter Präsident Putin | S. 80 |
| 6.4.1 Auf dem Weg zur „gelenkten Zivilgesellschaft“ | S. 80 |
| 6.4.2 Die Gesellschaftskammer – Institutionalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft | S. 87 |
| 6.4.3 Die Akzeptanz von NGOs in der Bevölkerung | S. 89 |

| | |
|---|--------|
| 6.5 Aussichten auf eine aus der Bevölkerung kommende Veränderung des herrschenden Systems in Russland | S. 90 |
| 7. Schlussbemerkungen | S. 95 |
| 8. Quellenverzeichnis | S. 98 |
| 9. Anhang | S. 105 |
| 9.1 Abstract (Deutsch und Englisch) | S. 105 |
| 9.2 Lebenslauf | S. 107 |

I. Teil: Eine passive Revolution: Die Transformation der Sowjetunion aus (neo-)gramscianischer Sicht

1. Einleitung

Der Zerfall der Sowjetunion war sicherlich das mit Abstand einschneidendste und folgenreichste weltpolitische Ereignis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Innerhalb einiger weniger Jahre zerfiel die Supermacht Sowjetunion, ein Staat, der die Weltpolitik spätestens seit den 1940er Jahren maßgeblich mitgestaltet hatte, in ihre Bestandteile. Eine Entwicklung, die so wohl kaum jemand vorhergesehen hatte. Die Zeit der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges waren auf einen Schlag beendet. Einer friedlicheren und partnerschaftlicheren Zukunft für die Welt schien nichts mehr im Wege zu stehen. Die Euphorie war grenzenlos und der Siegeszug des westlichen, liberalen politischen Systems und des Kapitalismus schien unaufhaltbar. Die westlichen Medien überschlugen sich in Beschreibungen und Lobpreisungen des mutigen russischen¹ Präsidenten Boris Jelzin, der, gestützt auf das russische Volk, die reaktionären sowjetkommunistischen Hardliner besiegte und damit auch das kommunistische Wirtschaftssystem zu Grabe trug. Auch für das russische Volk und die anderen ehemaligen Sowjetvölker sollte es nun endlich möglich sein ein Leben in Überfluss, Zufriedenheit und Sicherheit nach westlichem Vorbild zu führen, frei zu entscheiden wer das Land regiert und jederzeit seinen Unmut äußern zu können. Dies alles sollte erreicht werden durch einen möglichst schnellen und radikalen Umbau des politischen Systems und durch die Transformation des Wirtschaftssystems in ein freies, marktliberales System.

Aber war das alles wirklich so? Waren es wirklich die russischen (respektive die sowjetischen) Bürgerinnen und Bürger die den Systemwechsel erzwangen? Oder waren es nicht vielmehr Teile der sowjetischen Elite, die erkannten, dass sie ihre Interessen besser in einer Marktwirtschaft verwirklichen können? Welche Rolle spielten westliche, kapitalistische Institutionen bei dieser Transformation? Wurden Alternativen zu einem radikal marktliberalen System in der Öffentlichkeit überhaupt in Erwägung gezogen und diskutiert? Hatte das Volk

¹ Anm. d. Verfassers: In Russland wird zwischen „russisch“ (русский) und russländisch (российский) unterschieden. Ersteres bezeichnet nur die russische Bevölkerungsgruppe, der zweite Begriff steht für alle Gebiete und Bevölkerungsgruppen der, so die korrekte Bezeichnung des Landes, Russländischen Föderation. Der Einfachheit halber wird in dieser Arbeit, wie im deutschsprachigen Raum üblich, immer von „russisch“, „Russen und Russinnen“ und „Russland bzw. Russische Föderation“ die Rede sein. Diese Begriffe sollen natürlich alle Bevölkerungsgruppen, die in Russland beheimatet sind, mit einschließen.

die Möglichkeit den Prozess der Systemtransformation aktiv mitzugestalten? Wie war es möglich, dass ein Volk, das mehr als siebenzig Jahre sowjetkommunistischer Propaganda ausgesetzt war, plötzlich und scheinbar geschlossen im Kapitalismus die einzig mögliche Lösung all seiner Probleme sah? Diese und damit zusammenhängende Fragen möchte ich im Rahmen des ersten Teils dieser Arbeit beantworten. Dabei werde ich zuerst die theoretischen Grundlagen, auf die diese Arbeit basieren wird, erläutern. Danach sollen die Ereignisse in der Sowjetunion ab Mitte der 1980er Jahre bzw. in Russland ab 1991 überblicksmäßig dargestellt werden und weiters gezeigt werden, welche Auswirkungen diese Ereignisse auf das Land und seine Bevölkerung hatten. Im zweiten Teil der Arbeit möchte ich mich mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen Russlands auseinandersetzen. Ausgehend von den Erkenntnissen des ersten Teils möchte ich dabei versuchen zu ergründen, ob in Russland das zivilgesellschaftliche Potential vorhanden ist, um in den nächsten Jahren eine demokratische Veränderung des politischen und wirtschaftlichen System zu erreichen. Dabei werde ich zuerst den Begriff „Zivilgesellschaft“ operationalisieren und vor allem auch gramscianische Sichtweisen auf zivilgesellschaftliche Strukturen darstellen. In einem nächsten Schritt wird dann die Herausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen unter den Bedingungen der Sowjetdiktatur dargestellt um dann weiters die Entwicklung dieser Strukturen im souveränen Russland ab 1991 zu untersuchen.

Die Grundannahmen, die dieser Arbeit zu Grunde liegen und überprüft werden sollen, sind:

1. dass dem Umbruch in der Sowjetunion keine Revolution der Bevölkerung gegen das Sowjetsystem zu Grunde lag, sondern, dass dieser Umbruch von großen Teilen der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura unterstützt, geplant und durchgeführt wurde.
2. dass der Großteil der Bevölkerung keinen Einfluss auf die Ausgestaltung des neuen Systems hatte. Der neue neoliberale Weg wurde von Politikern, Medien, Wirtschaftstreibenden und ausländischen Beratern als einzig möglicher Weg für Russland dargestellt. Alternative Möglichkeiten und Meinungen wurden marginalisiert und nicht in Erwägung gezogen.
3. dass die Transformation der Wirtschaft vor allem einem großen Teil der ehemaligen politischen und wirtschaftlichen Nomenklatura genützt hat, währenddessen sich die Lebensumstände für den Großteil der Bevölkerung massiv verschlechtert haben.

4. dass die Führungselite, die sich ab 1991 herausgebildet hat, weiterhin nach Möglichkeit versucht, eine echte demokratische Entwicklung zu verhindern und deshalb alles unternommen wird, um unabhängige zivilgesellschaftliche Akteure unter Kontrolle zu halten.

Ich möchte diese Annahmen und Forschungsfragen aus einer gramscianischen Theorieperspektive analysieren. Deshalb werden im ersten Teil dieser Arbeit zuerst die theoretischen Grundlagen des Denkens Antonio Gramscis und der nach seinem Tod entstandenen Richtungen (neo)-gramscianischen Denkens dargestellt.

Die Zitate in dieser Arbeit sowie fremdsprachliche Begriffe sind immer kursiv angeführt, längere Zitate werden zusätzlich im Text eingerückt kenntlich gemacht. Bei der Umschrift von russischen (kyrillischen) zu deutschen (lateinischen) Begriffen halte ich mich an die Regeln der Transkription, d. h. an eine an der Aussprache orientierte Übertragung, die eine möglichst lautgetreue Wiedergabe ermöglichen soll.

2. Theoretische Grundlagen

Wie ich in der Einleitung bereits erwähnt habe, basiert diese Arbeit auf einer gramscianischen Theorieperspektive. Eine Perspektive, die im 20. Jahrhundert sehr viele Ausprägungen und Weiterentwicklungen erfuhr, und die, wie der Name schon sagt, auf den Arbeiten des italienischen kommunistischen Politikers und Denkers Antonio Gramsci basiert. Es handelt sich in ihren Ursprüngen um eine kritische Theorie, die dem historischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels verpflichtet ist. Bevor ich näher auf die theoretischen Arbeiten Antonio Gramscis und seiner Nachfolger eingehe, möchte ich noch kurz einen Überblick über die Biographie Antonio Gramscis geben und auf seinen Einfluss auf die kritische Theorie des zwanzigsten Jahrhunderts eingehen.

2.1 Überblick über das Leben und Wirken Antonio Gramscis²

Antonio Gramsci wurde als viertes von sieben Kindern in der kleinen Stadt Ales auf Sardinien als Sohn eines Provinzbeamten geboren. Die Familie ist relativ wohlhabend bis sein Vater im Jahre 1897 wegen einer „*geringfügigen administrativen Unregelmäßigkeit*“³ vom Dienst suspendiert, später verhaftet und zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wird. Für die Familie beginnt eine Zeit großer wirtschaftlicher Probleme. So muss Gramsci schon nach dem Abschließen der Volksschule 1902 mehr als zwei Jahre lang arbeiten um zum Unterhalt der Familie beizutragen. Später kann Gramsci zwar ein Gymnasium besuchen, doch auch seine Gymnasialzeit ist von der bitteren Armut seiner Familie geprägt. Zu frühkindlichen Missbildungen kommen daher in dieser Zeit noch Symptome schwerer Unterernährung hinzu. Dies führt dazu, dass Antonio Gramsci als Erwachsener nur ca. 1,50 m groß sein wird. Seine Gymnasialzeit ist auch für seine politische Sozialisierung entscheidend, schon in dieser Zeit ist er Mitglied in sozialistischen und sardisch-autonomen Kreisen. 1911 schließt Antonio Gramsci das Gymnasium ab. Ein Stipendium ermöglicht es ihm in Turin Literaturwissenschaften zu studieren. Turin beheimatete in dieser Zeit eine sehr große und sehr gut organisierte Arbeiterschaft zu deren Führern er bald in Kontakt kommt. Besonders

² Alle biografischen Angaben: Hirschfeld, Uwe/Rügemer, Werner (Hg.)(1990): Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci. Elefant Press, Berlin. S. 203 – 206; Martin, James (Hg.)(2002): Antonio Gramsci. Critical Assessments of Leading Political Philosophers. Routledge, London & New York. S. 2 – 8; Zotholy, Andre (2002): Kulturpolitische Strategien der FPÖ und die Hegemonietheorie nach Antonio Gramsci. Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz. S. 7 - 9

³ Zotholy, Andre (2002): S. 7

bedeutsam sind seine Bekanntschaften mit den jungen Sozialisten Angelo Tasca, Palmiro Togliatti und Umberto Terracini, die in diese Zeit fallen. 1913 tritt Antonio der Italienischen Sozialistischen Partei (*Partito Socialisto Italiano, PSI*) bei. Wie wichtig diese Zeit in Turin für seine weitere Entwicklung war, zeigt ein Brief den Gramsci später im Gefängnis geschrieben hat:

„Der Instinkt der Rebellion, der sich in der Kindheit gegen die Reichen richtete, weil ich, der in der Grundschule in allen Fächern eine 10 (die beste Note, Anm.) erhalten hatte, nicht studieren konnte, während dies der Sohn des Fleischers, des Apothekers, des Textilwarenhändlers taten, dehnte sich auf alle Reichen aus, die die Bauern Sardinien unterdrückten (...). Dann aber habe ich die Arbeiterklasse einer Industriestadt kennen gelernt und habe begriffen, was die Dinge wirklich bedeuten, die ich früher bei Marx aus rein intellektueller Neugierde gelesen hatte. So ergriff mich die Leidenschaft für das Leben, für den Kampf, für die Arbeiterklasse.“⁴

Schon bevor Antonio Gramsci sein Studium 1915 abbricht um als Journalist bei den sozialistischen Zeitschriften „*Grido del Popolo*“ und „*Avanti*“ zu arbeiten, veröffentlicht er immer wieder Artikel in der Turiner Presse. Als 26-jähriger wird Gramsci 1917 zum Sekretär der Turiner Sektion der PSI gewählt. 1919 gründet Gramsci gemeinsam mit seinen Weggefährten Tasca, Terracini und Togliatti die Zeitschrift „*L'Ordine Nuovo*“ von der sich die PSI wenig später distanziert. 1921 wird die PSI auf dem Parteitag von Livorno gespalten, aus dem radikaleren Flügel der Partei gründet sich die Kommunistische Partei Italiens (KPI) in dessen Zentralkomitee Gramsci gewählt wird. Die neue Partei war viel enger den Prinzipien der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und insbesondere den Prinzipien Lenins verpflichtet. Als die Faschisten unter Benito Mussolini (ein ehemaliges Mitglied der PSI) im Herbst 1922 die Macht übernehmen, wird die KPI von der Staatsführung verstärkt unter Druck gesetzt. Gramsci lebt daraufhin einige Zeit in Moskau (er ist Vertreter der KPI in der Komintern), wo er auch seine spätere Frau Julija Schucht, mit der er zwei Söhne hatte, kennen lernt. Vom Dezember 1923 bis Mai 1924 lebt Gramsci im Exil in Wien, von wo aus er im Auftrag der Kommunistischen Internationale die Parteizeitung „*L'Unita*“ gründet. Im Mai 1924 kehrt Antonio Gramsci aufgrund seiner parlamentarischen Immunität als gewählter Abgeordneter der KPI nach Rom zurück. Im August 1924 wird Gramsci Generalsekretär der KPI. Im Gegensatz zu seinem von den Faschisten verhafteten Vorgänger Bordiga anerkennt

⁴ Gramsci, Antonio (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur, Frankfurt. Zit. n.: Zotholy (2002): S. 7

Gramsci die ideologische Führung der sowjetischen Mutterpartei, spricht sich jedoch wie Bordiga im Gegensatz zu einem großen Teil der KPI und der Kommunistischen Internationale gegen eine Wiedervereinigung mit der PSI aus.

Im November 1926 wird Antonio Gramsci gemeinsam mit anderen führenden Mitgliedern der KPI trotz parlamentarischer Immunität verhaftet. Vor einem faschistischen Sondergericht wird Gramsci und 21 seiner Genossen der Prozess gemacht, der mit sehr harten Urteilen endet. Gramsci wird am vierten Juni 1928 wegen „Anstiftung zum Bürgerkrieg“ zu mehr als 20 Jahren Haft verurteilt. Trotz massiver gesundheitlicher Probleme, Schikanen der Anstaltsleitung (die faschistische Zensur nahm alles Geschriebene unter die Lupe und Gramsci musste sein Vokabular chiffrieren) und Mithäftlingen (er wird sowohl von seinen Mithäftlingen als auch von der Leitung der KPI in Paris ausgegrenzt und denunziert) gelingt es Gramsci in den Gefängnissen zwischen 1926 und 1937 an seinen Aufzeichnungen zu Politik, Kultur und Philosophie zu arbeiten. Seine erstmals vollständig in den 1950er Jahren in Italien unter der Bezeichnung „Gefängnishefte“ erschienenen Notizen und Abhandlungen umfassten insgesamt mehr als 4.000 Schreibmaschinenseiten und machen Antonio Gramsci zu einem der wichtigsten linken Theoretiker unserer Zeit. Gramsci beschäftigte sich mit den verschiedensten Themen wie beispielsweise dem Fordismus, dem Katholizismus, der idealistischen Philosophie Benedetto Croces, Literatur usw. Doch ein Thema zieht sich als Leitmotiv durch fast all seine Schriften: Die Frage, wie einzelne Gruppen einer Gesellschaft die Herrschaft übernehmen und durch welche Strategien diese Herrschaft gestützt und abgesichert wird.

Im Jahr 1933 wird Gramsci, bereits schwer krank, nach internationalen Protesten in eine Klinik nach Formia gebracht. Antonio Gramsci sollte sich von seinem Gefängnisaufenthalt nie mehr erholen und starb am 27. April 1937 in einer römischen Klinik in Folge einer Hirnblutung.

2.2 Die wichtigsten gramscianischen Konzepte

2.2.1 Hegemonie

Wie bereits unter Punkt 2.1 erwähnt, ist das bestimmende Konzept, das alle Schriften Gramscis durchzieht, sein Konzept von Hegemonie innerhalb einer Gesellschaft. Dabei

unterscheidet sich der Hegemoniebegriff von Gramsci grundlegend vom Hegemoniebegriff wie er später in verschiedenen politikwissenschaftlichen Theorierichtungen verwendet wurde und wird. Gramsci versteht „Hegemonie“ weder als Dominanz eines oder mehrerer Staaten im internationalen System (beispielsweise die Hegemonie, die die Sowjetunion über die osteuropäischen, kommunistischen Staaten ausübte) noch identifiziert Gramsci einen bestimmten Staat als Hegemon, der die bestimmende Rolle im internationalen kapitalistischen System einnimmt (wie z.B. der Übergang von holländischer zu britischer und dann zu amerikanischer Hegemonie im internationalen kapitalistischen Staatensystem). Hegemonie im Sinne Gramscis bezeichnet die Art und Weise wie die herrschenden Eliten innerhalb eines bestimmten politischen Systems ihre Macht errichten und aufrechterhalten. Hegemonie nach Gramsci ist Herrschaft erreicht und gestützt durch einen breiten Konsens. Der intellektuelle und kulturelle Führungsanspruch einer bestimmten sozialen Gruppe oder Klasse⁵ wird nicht in Frage gestellt und von Institutionen wie der Kirche, Einrichtungen des Bildungssystems und den Medien aktiv unterstützt. Ein solcher Staat funktioniert in erster Linie nicht durch Sanktionen, Strafen und Anreize, sondern vor allem auch durch eine allgemein akzeptierte moralisch-intellektuelle Führerschaft einer sozialen Gruppe. Der kanadische Politikwissenschaftler Robert Cox schreibt dazu:

*„Hegemonie wird von meinungsbildenden Strategien flankiert, die eine, auf die Interessen der etablierten Macht abgestimmte Interpretation des Geschehens darbieten, und anschließend andere, der orthodoxen Auffassung widersprechende Interpretationen eliminieren“.*⁶

Gramsci spricht in diesem Zusammenhang von einer „*organischen Fusion zwischen Staat und Zivilgesellschaft*.“⁷ Diese „*organische Fusion*“ kommt unter bestimmten sozialen und politischen Kräfteverhältnissen zustande, die Gramsci als „*historischen Block*“ bezeichnet. Ein historischer Block ist also

⁵ Anm. des Verfassers: Obwohl Gramsci als erster marxistischer Denker die ausschließliche Determiniertheit der Gesellschaft durch die Ökonomie überwunden hat, wird ihm in der späteren Rezeption teilweise vorgeworfen diesen Schritt nicht konsequent durchgezogen und daran festgehalten zu haben, dass die Ökonomie das zentrale politische Subjekt (die Klasse) hervorbringt (beispielsweise von Louis Althusser). Chantal Mouffe und Ernesto Laclau haben dieses Problem dahingehend gelöst, dass sie alles Soziale mit der von Jaques Derrida entlehnten Kategorie des Diskurses thematisieren.

⁶ Van der Pijl, Kees (1996): Grundwissen Politik 13. Vordenker der Weltpolitik. Leske + Budrich, Opladen. S. 343

⁷ Gill, Stephen/Law, David (1993): Global Hegemony and the structural Power of Capital. In: Gill, Stephen: Gramsci, historical Materialism and international Relations. Cambridge University Press. S. 93 (Eigene Übersetzung)

„eine historische Übereinstimmung von materiellen Kräften, Institutionen und Ideologien, also eine Allianz von verschiedenen Kräften aus verschiedenen Klassen. (...)Ein erfolgreicher Block wird politisch um ein Set von hegemonialen Ideen organisiert, die eine gewisse strategische Richtung und Kohärenz der konstituierenden Elemente vorgeben.“⁸

Einer hegemonialen Gruppe gelingt es, ihre eigenen Interessen mit denen anderer Gruppen, Klassen, Bewegungen zu verbinden und so einen gemeinsamen „*Volkswillen*“ zu erzeugen.⁹ Gramsci beschrieb den Kampf um Hegemonie in einer Gesellschaft unter anderem folgendermaßen:

„Der Kampf um (kulturelle) Hegemonie ist ein Kampf um die Herausbildung einer neuen Weltanschauung – mit neuen gesellschaftlichen Zielen, individuellen Lebenserwartungen, Werthierarchien, Verhaltensformen, Solidaritäten. Die Hegemonie erringen heißt eine neue Kultur schaffen, nämlich eine wirkliche Weltanschauung (concezione del mondo)..., die aus der wirklichen Tätigkeit jedes einzelnen resultiert und in seinem Tun impliziert ist.“¹⁰

Gramsci war jedoch nicht der Erste der „Hegemonie“ in dieser Weise interpretierte. Vielmehr stellte der Begriff „*gegemonija*“ (russ. für Hegemonie) bereits im 19. Jahrhundert einen der wichtigsten Kampfbegriffe der russischen Sozialdemokratie dar. Die in diesem Begriff enthaltene Idee tauchte in dieser Form erstmals in den Schriften Plechanows aus den Jahren 1883/1884 auf, und wurde dann von vielen anderen marxistischen Theoretikern übernommen.¹¹ Vor allem auch Lenin sprach und schrieb sehr oft von der „*Hegemonie der Arbeiterklasse*“.¹² Doch Gramscis Konzept von Hegemonie war viel umfassender und besser ausgearbeitet als Lenins. Er lehnte sich in seinen Schriften eher an die Ideen an, die Plechanow mit dem Begriff „Hegemonie“ verband, und wendete ihn vor allem auf die Mechanismen der bürgerlichen Herrschaft über die Arbeiterklasse in kapitalistischen

⁸ Gill/Law (1993): S. 94 (Eigene Übersetzung)

⁹ Vgl.: Simon, Roger (1982): Gramsci's Political Thought. An Introduction. Lawrence and Wishart, London. S. 60

¹⁰ Antonio Gramsci zit. n. Holz, Hans Heinz (1992): Philosophische Reflexion und politische Strategie bei Antonio Gramsci. In: Holz, Hans Heinz/Prestipino, Guiseppa (Hg.): Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie. Nachfolger Verlag, Bonn. S. 20

¹¹ Vgl.: Zogholy (2002): S. 14

¹² Ebd.

Gesellschaften an.¹³ Gramsci dürfte als Mitglied der Komintern Anfang der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Moskau im Zuge der Diskussionen über die weitere revolutionäre Strategie erstmals mit diesem in dieser Form verwendeten Begriff konfrontiert worden sein.¹⁴

Die Führungsposition bestimmter Schichten der Gesellschaft wird also in einem hohen Maße von einem Konsens innerhalb der Gesellschaft über die Vorteile dieser Herrschaft getragen. Dieser hegemoniale Konsens wird durch die Medien, Bildungsinstitutionen, religiöse Einrichtungen usw. befördert. Nur in Ausnahmesituationen ist es für den Staat und seine Repräsentanten notwendig Zwang, d.h. Gewalt anzuwenden. Der Staat ist nach Gramscis berühmter Formel also „*Hegemonie gepanzert durch Zwang*“.¹⁵ Daraus ergibt sich auch, dass umso schwächer der Konsens innerhalb der Gesellschaft ist, der Staat sich umso häufiger dazu genötigt sieht zu Gewaltmaßnahmen zu greifen.

„Wenn die herrschende Klasse ihre Funktion erschöpft hat, neigt der historische Block zum Zerfall, und auf die ‚Spontaneität‘ folgt dann der ‚Zwang‘, in immer weniger verhüllten und indirekten Formen bis hin zu regelrechten Polizeimaßnahmen und Staatsstreichen.“¹⁶

Gramsci teilt dabei den Staat in die politische Gesellschaft, die Herrschaft und nötigenfalls Zwang ausübt (dazu zählen also Militär, Polizei, Gerichte aber auch alle administrativen Abteilungen eines Staates) und die Zivilgesellschaft um deren Konsens zu bestehenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen gerungen wird.

2.2.2 Societa civile – Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci

Wie schon kurz angeschnitten wurde, ist für Antonio Gramsci die Zivilgesellschaft der Ort an dem Zustimmung zum bestehenden System organisiert werden kann aber gleichzeitig auch der Ort an dem sich Widerstand gegen die bestehenden Verhältnisse formieren kann.

¹³ Vgl.: Zogholy (2002): S. 15

¹⁴ Vgl.: Lester, Jeremy (1995): *Modern Tsars and Princes. The Struggle for Hegemony in Russia*. Verso, London. S. 3

¹⁵ Wimmer, Ernst (1984): *Antonio Gramsci und die Revolution*. Globus Verlag, Wien. S. 17

¹⁶ Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz (1991)(Hg.): *Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Band 1. Argument-Verlag, Hamburg. S. 102/103*

„Die Zivilgesellschaft ist die Sphäre in der Kapitalisten, Arbeiter und andere in politischen und ideologischen Schlachten verwickelt sind, und in der politische Parteien, Gewerkschaften, religiöse Organisationen und viele andere Organisationen entstehen. Die Zivilgesellschaft ist nicht nur die Sphäre des Klassenkampfes, sondern auch der Bereich aller demokratischen Kämpfe, die daraus entstehen durch welche Merkmale Menschen sich zusammen gruppieren – durch Geschlecht, Rasse, Generation, Region, Nation usw. Deshalb ist es die Zivilgesellschaft in der die Schlacht um Hegemonie zwischen den beiden fundamentalen Klassen vonstatten geht.“¹⁷

Keine Herrschaft kann auf lange Sicht nur auf Basis des Staatsapparates aufrechterhalten werden, sie braucht die Zustimmung eines relevanten Teiles der Beherrschten.¹⁸ *„Erst mit dieser – sagen wir: prinzipiellen Zustimmung – ist eine Herrschaftsform hegemonial gesichert, und erst als hegemoniale Herrschaft sind auch die Verhältnisse ökonomischen Eigentums und politischer Macht abgesichert.“¹⁹* Gramsci selbst schreibt dazu folgendes:

„Das historisch-politische Kriterium, das den eigentlichen Untersuchungen zugrunde gelegt werden muß (sic!), ist folgendes: daß (sic!) eine Klasse auf zweierlei Weise herrschend ist, nämlich `führend` und `herrschend`. Sie ist führend gegenüber den verbündeten Klassen und herrschend gegenüber den gegnerischen Klassen. Deswegen kann eine Klasse bereits bevor sie an die Macht kommt `führend` sein (und muß (sic!) es sein): wenn sie an der Macht ist, wird sie herrschend, bleibt aber auch weiterhin `führend`.“²⁰

Als marxistisch geprägter Denker unterscheidet Gramsci explizit zwischen Zivilgesellschaft (die *societa civile*) und der bürgerlichen Gesellschaft (die *societa borghese*) im Marxschen Sinne.²¹ Gramscis Konzept der Zivilgesellschaft kann nur verstanden werden, wenn man sich mit seiner Staatskonzeption auseinandersetzt. Dies deshalb, weil Gramsci den Staat als Teil der Gesellschaft beschrieb. Er hob damit die aus der liberalen Lehre stammende strenge

¹⁷ Simon (1982): S. 69 (Eigene Übersetzung)

¹⁸ Metscher, Thomas (1993): Zivilgesellschaft und Kultur. In: Borek, Johanna/Krondorfer, Birge/Mende, Julius (Hg.): Kulturen des Widerstands. Texte zu Antonio Gramsci. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien. S. 39

¹⁹ Ebd.: S. 40

²⁰ Antonio Gramsci. In: Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz (1991)(Hg.): S. 101

²¹ Vgl.: Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2005): Kämpfe um Hegemonie in Zeiten neoimperialistischer Globalisierung: Das Beispiel der biologischen Vielfalt. In: Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hg.): Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005. Zivilgesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S. 92

Trennung von Gesellschaft und Staat wieder auf. Dafür trennte er die Wirtschaft ganz klar von der Zivilgesellschaft. Damit schließt Gramsci an die Marxsche Kritik des liberalen Staates an, der im Staat keine neutrale Instanz sah, sondern ein Werkzeug der Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen andere Gruppen, vor allem gegen das Proletariat. Damit ermöglicht es der Staat der ökonomisch herrschenden Gruppe auch die politisch führende Gruppe zu werden.²² Doch Gramsci geht auch über das Marxsche Staatsverständnis hinaus. Er erkennt sehr früh, „*daß (sic!) Herrschaft weder nur durch die ökonomischen Verhältnisse noch durch physische Gewalt erklärbar ist, sondern immer auch einer kulturellen Legitimation bedarf.*“²³ Er weist darauf hin, dass man die Instanz des Staates nicht auf die Bürokratie oder den Gewaltapparat reduzieren dürfe. Nach Gramsci stehen sich Staat und Gesellschaft nicht gegenüber. Der Staat ist ein Teil der Gesellschaft, nämlich ihr politischer Bereich. Dadurch dass Gramsci den Staat und die Politik nicht nur auf Gewalt und Recht reduziert, sondern dass er auch den Prozess der Willensbildung, den Prozess der Schaffung von Bündnissen, Diskussionen und Verhandlungen zur politischen Sphäre zählt, ist impliziert, dass die Zivilgesellschaft vom Staat umfasst wird. Gramsci rechnet damit den bisher als privat geltenden Bereich der Interessenvermittlung und –verallgemeinerung der staatlichen Herrschaft zu.²⁴ In dieser Dekonstruktion der Grenzziehung zwischen privat und öffentlich liegt, meiner Ansicht nach, eine der großen Erkenntnisse dieses Ansatzes. Alex Demirovic schreibt dazu:

*„Die Zurückweisung dieser Grenzlinie stützt sich auf die Überlegung, dass es zur Herrschaftsausübung selbst gehört, diese Unterscheidung vorzunehmen. Sie ermöglicht es, bestimmte Interessen als partikularistisch zurückzuweisen und den Zugang zu den allgemeinverbindlichen Entscheidungen zu blockieren.“*²⁵

Die Herrschaftsausübung selbst geschieht innerhalb der Zivilgesellschaft durch Hegemonie, die von einer oder mehreren Gruppen über andere ausgeübt wird. Diese Hegemonie wird von zivilgesellschaftlichen Akteuren reproduziert: vor allem von den Medien, den Bildungsstätten, den Vereinen und Clubs, den Kirchen usw. Hier liegt auch die besondere Rolle der

²² Vgl.: Demirovic, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. S. 22

²³ Emtmann, Anette (1998): Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „societa civile“. Argument Verlag, Berlin und Hamburg. S. 9

²⁴ Vgl.: Demirovic (2007): S. 24/25

²⁵ Demirovic (2007): S. 27

Intellektuellen einer Gesellschaft: sie entwerfen und reproduzieren den herrschenden Konsens bzw. versuchen als „organische“ Intellektuelle ein gegenhegemoniales Projekt intellektuell zu untermauern.

Damit ist auch der Hauptunterschied der gramscianischen Zivilgesellschaftstheorie zu anderen, bis heute vorherrschenden Sichtweisen auf die Zivilgesellschaft gekennzeichnet: Staat und Zivilgesellschaft stehen sich nicht, möglichst unabhängig voneinander, gegenüber, sondern sind beide Elemente ein und derselben Sphäre – der Gesellschaft. Gramsci bezeichnet diese Konstruktion mit dem Terminus des „*integralen Staates*“. Dieser integrale Staat besteht aus Basis und Überbau. Als Basis bezeichnet er die Ökonomie. Den Überbau teilt er in die Ebene der Zivilgesellschaft und die Ebene der politischen Gesellschaft ein. Im Gegensatz zu Marx der die Begriffe „Basis“ und „Überbau“ prägte, sah Gramsci nicht in der Basis, sondern im Überbau den wichtigsten Determinationsfaktor moderner Gesellschaften.²⁶ Die politische Gesellschaft ist bei Gramsci gleichbedeutend mit den staatlichen Funktionen im engeren Sinn. Hegemonie wird dabei in der Zivilgesellschaft „hergestellt“ und reproduziert, Gewalt oder Zwang geschehen in der politischen Gesellschaft. Damit wird Gramscis Formel des Staates als „*Herrschaft gepanzert durch Zwang*“ noch einmal deutlich. Für Gramsci steht die Zivilgesellschaft zwischen der ökonomischen Basis und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwangsapparat und wird damit auch maßgebend von diesen beiden Komponenten determiniert.²⁷ Als Nahtstelle zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft identifiziert Gramsci die so genannte „öffentliche Meinung“. Diese hängt eng mit der Hegemonie zusammen. Wenn ein Staat unpopuläre Maßnahmen setzen will, so wird er versuchen, präventiv die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Dies geschieht in dem er bestimmte Elemente der Zivilgesellschaft aktiviert.²⁸ Diese selbst

„erreicht in den modernen bürgerlichen Industriegesellschaften eine solche Effizienz bei der Konsensbildung, dass sie sogar in Krisenzeiten noch enorme Reserven ausschütten kann und die repressiven Funktionen nicht ständig wirksam werden müssen, bzw. nur gegen kleine Gruppen der Gesellschaft permanente Anwendung finden.“²⁹

²⁶ Vgl.: Femia, Joseph (2001): Civil Society and the Marxist Tradition. In: Kaviraj, Sudipta/Khilnani, Sunil (Hg.): Civil Society. History and Possibilities. Cambridge University Press. S. 141

²⁷ Vgl.: Kebir, Sabine (1991): Gramscis Zivilgesellschaft. VSA-Verlag, Hamburg. S. 55 und S. 59

²⁸ Vgl.: Ebd.: S. 73

²⁹ Ebd.: S. 55

Alex Demirovic weist darauf hin, dass dadurch, dass Gramsci den Staat als Teil der Gesellschaft sieht, leicht aus dem Blickfeld geraten könnte, „*was als staatlicher Apparat, als Bürokratie, als Institution, als Politikfeld, als politischer Entscheidungsprozeß thematisiert werden könnte und müsste.*“³⁰ Weiters besteht auch die Gefahr einer Überbetonung der Hegemonie und des Konsenses, während Momente des Zwanges innerhalb einer Gesellschaft übersehen werden.³¹ Damit im Zusammenhang steht der Hinweis Sabine Kebirs, dass Konsens natürlich nicht ausschließlich in der Zivilgesellschaft generiert wird, sondern dass dahinter oft die politische Gesellschaft oder die ökonomische Basis steht. Sie bringt dafür die Aktivitäten juristischer Organe (z.B. Berufsverbote für kritische Lehrpersonen) als Beispiel für ersteres oder den ökonomischen Systemvergleich (z.B. Vergleichen des Lebensstandards von Arbeiter und Arbeiterinnen Westeuropas mit dem von Arbeiter und Arbeiterinnen in Afrika) als Beispiel für zweiteres.³²

Besonders betonen möchte ich noch, dass im Zivilgesellschaftskonzept Antonio Gramscis die besondere Bedeutung des öffentlichen Raumes, der Möglichkeit der Bevölkerung sich öffentlich zu treffen, zu diskutieren und sich zusammen zu schließen, impliziert ist. Unbenommen der wichtigen Rolle die Gramsci den Intellektuellen einer Gesellschaft zugewiesen hat, betont er trotzdem, dass die eigentlich geschichtsformenden Auseinandersetzungen der modernen Überbauten nicht innerhalb der Hochkultur stattfinden, sondern innerhalb des Alltagsverstandes, des *senso commune*.³³ Diese besondere Bedeutung des öffentlichen Raumes im gramscianischen Zivilgesellschaftskonzept ist dann vor allem im Denken Hannah Arendts und Jürgen Habermas verstärkt aufgegriffen und ausgebaut worden.³⁴ Sabine Kebir weist darauf hin, dass Gramscis *societa civile* mit dem Habermaschen Konzept der Funktion der bürgerlichen Gesellschaft als nichtstaatliche Öffentlichkeit korreliert.³⁵

Ich denke aus diesen Ausführungen wird deutlich, warum in den europäischen, kapitalistischen Staaten die Macht trotz der Unzufriedenheit und der schlechten Lebensumstände der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht ohne weiteres von den Kommunisten

³⁰ Demirovic (2007): S. 38

³¹ Vgl.: Demirovic (2007): S. 37

³² Vgl.: Kebir, Sabine (1991): S. 72

³³ Vgl.: Ebd.: S. 21

³⁴ Vgl.: Lohmann, Georg (2003): Modell „Zivilgesellschaft“ – Grundlagen, Eigenschaften und Probleme. In: Lohmann, Georg: Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West. Peter Lang - Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main. S. 14

³⁵ Vgl.: Kebir (1991): S. 53

oder Sozialisten übernommen werden konnte, während es in Russland, überspitzt ausgedrückt, ausreichte den Winterpalast zu erobern. In einem Staat mit einer entwickelten Zivilgesellschaft kann eine subalterne Gruppe nur an die Macht kommen, wenn es ihr gelingt, innerhalb der Gesellschaft einen Konsens über ihre Ziele, Maßnahmen usw. zu erzielen. Auch wenn es einer Gruppe gelingt, die Übernahme der Staatsmacht mit Waffengewalt zu erringen, so läuft auch diese Herrschaft immer Gefahr ihrerseits von der Macht weggeputscht zu werden oder totalitäre Formen anzunehmen, wenn sie innerhalb der Gesellschaft keine Unterstützung findet. Zivilgesellschaft bei Gramsci stellt damit auf der einen Seite ein „Hindernis“ für emanzipative oder revolutionäre Bestrebungen dar, bietet jedoch gleichzeitig auch enorme emanzipatorische Potentiale in dem verschiedene Lebens- und Politikformen zur öffentlichen Diskussion gestellt werden können.³⁶

Doch muss hier darauf hingewiesen werden, dass es Gramsci nicht allein darum ging, wie subalterne Gruppen an die Macht gelangen könnten. Letztendlich lag das idealistische Ziel seines Denkens darin, dass sich die politische Gesellschaft in der Zivilgesellschaft auflösen sollte. Das heißt darin, dass kein Staat und damit kein Zwang mehr nötig sein wird. Er schreibt dazu:

„Will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet? Das heißt, geht man von der Voraussetzung der fortwährenden Teilung des Menschengeschlechts aus oder glaubt man, dass sie nur eine geschichtliche, bestimmten Bedingungen entsprechende Tatsache ist?“³⁷

Gramsci nannte eine solche Gesellschaft „geregelt Gesellschaft“. Das genaue Gegenteil einer solchen Gesellschaft ist die faschistische Gesellschaft, in der die Zivilgesellschaft von der politischen Gesellschaft absorbiert wird. Charakteristisch für die liberalen Demokratien sieht Gramsci ein stetiges Ausbalancieren zwischen ziviler und politischer Gesellschaft.³⁸ Um dieses Ideal der geregelten Gesellschaft zu erreichen bzw. diesem näher zu kommen, war für Gramsci ein Programm der ökonomischen Gleichheit unabdingbar. Er war davon überzeugt, dass ohne ein solches Programm die demokratische Entwicklung der Zivilgesellschaft nicht möglich ist:

³⁶ Vgl.: Emtmann (1998): S. 9

³⁷ Antonio Gramsci zit. n. Demirovic (2007): S. 36/37

³⁸ Vgl.: Kebir (1991): S. 70

„Kann es eine kulturelle Reform und d.h. eine zivilisatorische Anhebung der unterdrückten Schichten der Gesellschaft geben, ohne eine vorangehende ökonomische Reform und einen Wandel im gesellschaftlichen Gefüge sowie in der Wirtschaft? Daher kann eine intellektuell-moralische Reform nur an ein ökonomisches Reformprogramm gebunden sein; vielmehr ist das ökonomische Reformprogramm sogar die konkrete Art, auf die sich jede intellektuell-moralisch Reform durchsetzt.“³⁹

2.2.3 Bewegungskrieg und Stellungskrieg

Um ein alternatives System durchzusetzen gibt es nach Gramsci zwei Möglichkeiten: er bezeichnet diese Möglichkeiten mit den militärischen Ausdrücken „*Bewegungskrieg*“ und „*Stellungskrieg*“. Ein Bewegungskrieg um eine andere Ordnung durchzusetzen funktioniert nur in Gesellschaften in denen der hegemoniale Konsens relativ schwach ist, deren gesellschaftliches System also sehr verletzlich ist. Als Beispiel führt er Russland am Anfang des 20. Jahrhunderts an, wo ein Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft bzw. eine Zivilgesellschaft als solche kaum vorhanden war und dessen politisch-gesellschaftliches System in Folge der Oktoberrevolution 1917 damit relativ leicht beseitigt werden konnte, und durch ein neues System und einen neuen hegemonialen Konsens abgelöst wurde. *„Revolutionäre Erfolge setzen die Instabilität des Herrschaftssystems voraus, in dem die Rahmenbedingungen des nationalen Lebens in embryonalem Zustand und nicht wohl organisiert sind und nicht zu Schützengräben und Festungen werden können.“⁴⁰* In den gefestigten Gesellschaften Westeuropas hielt Gramsci einen so plötzlichen Umsturz für unmöglich. Hier konnte, seiner Meinung nach, nur ein Positions- oder Stellungskrieg zum Erfolg führen. Die Kräfte einer alternativen Ordnung müssen also langsam aufgebaut werden, die Zivilgesellschaft Westeuropas muss für ein alternatives Projekt gewonnen werden, erst dann kann das bestehende System beseitigt werden. Es muss also zuerst innerhalb der Zivilgesellschaft zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses kommen bevor eine Revolution erfolgreich sein kann, gleichzeitig minimiert diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses auch die Gefahr einer Konterrevolution.⁴¹ Würde so ein Angriff zu früh in der Form eines Bewegungskrieges geführt, so wäre dieser fast sicher erfolglos und würde nur

³⁹ Antonio Gramsci zit. n. Kebir (1991): S. 60/61

⁴⁰ Antonio Gramsci zit. n. Holz (1992): S. 12

⁴¹ Vgl.: Simon, Roger (1982): Gramsci's Political Thought. An Introduction. Lawrence and Wishart, London. S. 74

die Schwäche der Opposition zeigen.⁴² Es ist also eine der vordringlichsten Aufgaben jeder Gruppe oder Klasse, die um die Hegemonie innerhalb einer Gesellschaft ringt, ihre eigenen Interessen auszuweiten, um sich die Unterstützung eines möglichst großen Teiles der Gesellschaft zu sichern und eine Ideologie zu entwickeln, die die Ziele dieser Gruppe formuliert und diese damit zusammenhält. Nur durch eine solche Fusion ökonomischer, politischer und moralischer Ziele kann ein historischer Block entstehen. Gleichzeitig muss der „Kern“ der Gruppe danach trachten die intellektuelle (und damit auch politische) Führerschaft nicht aus der Hand zu geben. Als historisches Beispiel dafür führt Gramsci die Rolle der Jakobiner zur Zeit der Französischen Revolution an, denen es erfolgreich gelungen ist, *„die Forderungen der breiten Bevölkerungsmasse zu ihren eigenen zu machen.“*⁴³

Eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung einer solchen alternativen Ordnung spielen so genannte *„soziale Mythen“*. Ein Konzept, das im Wesentlichen auf den französischen Sozialisten George Sorel zurückgeht. Durch seine geschichtlichen Analysen kam er zu der Einsicht, dass, wann immer eine größere gesellschaftliche Gruppe gegen die bestehende Ordnung auftrat, diesem Aufstand ein gemeinsamer motivierender Mythos, von Sorel sozialer Mythos genannt, zu Grunde lag. Diese Mythen dienen dazu Einheit in der Gruppe die gegen die bestehende Ordnung revoltiert zu schaffen, indem sie den Prozess durch den die Gruppe siegen kann beschreibt und den absoluten Sieg verkündet. Sorel präsentierte in diesem Zusammenhang die christliche Erlösungsgeschichte als ultimativen sozialen Mythos. Für die sozialistische Bewegung hielt er den Generalstreik für den entscheidenden motivierenden Mythos.⁴⁴ Für die Revolutionäre in Russland in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts war die klassenlose Gesellschaft der soziale Mythos, für die Faschisten in Europa die eigene Nation die sich in einem starken, allmächtigen Staat widerspiegelt. Gramsci sah in solchen sozialen Mythen das Zentrum aller Überzeugungsversuche politischer Parteien. Er beschrieb soziale Mythen als *„konkrete Phantasien, die einer Gruppe erlauben ihren kollektiven Willen zu organisieren.“*⁴⁵

2.2.4 Passive Revolution

⁴² Vgl.: Cox, Robert W. (1983): Gramsci, hegemony, and international relations: an essay in method. In: Cox, Robert W./Sinclair, Timothy J. (1996): Approaches to World Order. Cambridge University Press. S. 127/128

⁴³ Lester, Jeremy (2000): Dialogue of Negation. Debates on Hegemony in Russia and the West. Pluto Press, London. S. 69

⁴⁴ Vgl.: Augelli, Enrico/Murphy, Craig N.: Consciousness, myth and collective action: Gramsci, Sorel and the ethical state. In: Gill, Stephen/Mittelman, James H. (1997): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge University Press. S. 26

⁴⁵ Ebd.: S. 29

Ein weiteres Schlüsselkonzept in den Schriften Gramscis ist das der „*passiven Revolution*“. Ein Konzept, das auch in Hinblick auf den Umbruch in der Sowjetunion von einigem Interesse ist, was an einer späteren Stelle noch genauer erläutert werden wird. Unter einer passiven Revolution versteht Gramsci eine Situation, in der, ohne dass eine neue führende Klasse die Hegemonie übernommen hat, eine modifizierte Staatsform und/oder Wirtschaftsform geschaffen wird. Das wesentliche Merkmal einer solchen Revolution ist, dass sie ohne Beteiligung der Massen, dafür oft durch externe Kräfte vorangetrieben wird. Nach Gramsci kann sich eine solche Revolution sehr schnell vollziehen und zu einem Bewegungskrieg führen. Meist spielt sich im Verlauf einer solchen Revolution jedoch ein Stellungskrieg ab, bei dem eine bestimmte Klasse oder ein Teil der Elite die eigene Position heimlich zu verbessern versucht. Eine passive Revolution zieht sich deshalb meist über einen längeren Zeitraum hin.⁴⁶ Das Konzept der passiven Revolution leitet Gramsci aus den „*zwei fundamentalen Prinzipien der Politischen Wissenschaft*“, die von Karl Marx stammen, ab:

1. „*dass keine Gesellschaftsformation verschwindet, solange die Produktivkräfte, die sich in ihr entwickelt haben, noch Raum für eine weitere Vorwärtsbewegung finden;*
2. „*dass die Gesellschaft sich keine Aufgaben stellt, für deren Lösung nicht bereits die notwendigen Bedingungen ausgebrütet sind usw.*“⁴⁷

Gramsci verwendet dieses Konzept auch noch in einer zweiten, ähnlichen Bedeutung. Eine passive Revolution liegt demnach auch dann vor wenn die herrschenden Eliten oder Teile dieser Eliten sich gezwungen sehen gewisse Zugeständnisse als Antwort auf eine Krise des Staates zu machen. Diese Zugeständnisse gehen immer mit Modifikationen im Wirtschaftssystem oder der Staatsform einher. Mit diesen Zugeständnissen soll eine aktive Revolution verhindert werden und damit sichergestellt werden, dass die Herrschaftsverhältnisse möglichst unangetastet bleiben oder dass zumindest Teile der Elite ihre Positionen halten können. Gramsci erkannte beispielsweise in Roosevelts „New Deal“ als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise der späten 20er Jahre des 20. Jahrhunderts und die Verarmung großer Teile der amerikanischen Bevölkerung Elemente einer solchen passiven

⁴⁶ Vgl.: Gill, Stephen: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster. S. 32

⁴⁷ Ebd.: S. 32/33

Revolution.⁴⁸ Auch die Entstehung des „Wohlfahrtsstaates“ nach dem Zweiten Weltkrieg kann als passive Revolution bezeichnet werden.

Die herrschenden Gruppen gehen also auf Forderungen subalternen Gruppen ein, verhindern damit jedoch auch, dass diese selbst die Führung übernehmen bzw. zu übernehmen versuchen. Auch in der Machtübernahme durch die Faschisten sah Gramsci eine solche passive Revolution. In einem berühmten Rededuell mit Benito Mussolini 1925 im italienischen Parlament hebt Gramsci hervor, dass die Herrschaft der Faschisten nicht von einer neuen Klasse gestützt wird, sondern von der gleichen die schon vor der Machtergreifung durch die Faschisten an der Macht war (was Mussolini energisch bestritt). Es kam also nur zu einem Austausch eines Teiles der herrschenden Eliten und zu keiner Umstrukturierung der Gesellschaft. Damals bezeichnete Gramsci diesen Umstand noch als eine *„Revolution ohne Revolution.“*⁴⁹

2.2.5 Die Rolle der Intellektuellen

*„(...)Die Intellektuellen kommen nicht aus dem Volk, fühlen sich nicht dem Volk verbunden, sie kennen seine Bedürfnisse, Bestrebungen und vorherrschenden Gefühle nicht; sie sind statt dessen etwas vom Volk Losgelöstes, in der Luft schwebendes, eine Kaste und nicht ein Stück des Volkes mit organischen Funktionen.“*⁵⁰

In den Überlegungen und Schriften Gramscis spielt die Funktion, die Intellektuelle in einer Gesellschaft erfüllen eine sehr zentrale Rolle. Antonio Gramsci weist den Intellektuellen zusammenfassend zwei Rollen zu, die mit seinem Konzept des Staates als politische Gesellschaft plus zivile Gesellschaft korreliert. Einerseits treten Intellektuelle als Beamte, also als „Angestellte“ der direkten Herrschaft des Staates auf. Direkte Herrschaft ist *„hier der `Befehl, wie er sich im Staat oder durch die `legale` Regierung ausdrückt“* (...).⁵¹ Andererseits treten Intellektuelle als *„permanente Überzeuger“*⁵² auf, die die hegemonialen Funktionen der Eliten unterstützen und zum Konsens der Bevölkerungsmassen beitragen oder

⁴⁸ Vgl.: Simon (1982): S. 48

⁴⁹ Vgl.: Emtmann, Anette (1998): S. 122

⁵⁰ Antonio Gramsci zit. n. Zogholy (2002): S. 22

⁵¹ Antonio Gramsci zit. n. Heeger, Robert (1975): Ideologie und Macht. Eine Analyse von Antonio Gramscis Quaderni. Almqvist & Wiksell, Uppsala. S. 89

⁵² Ebd.

dafür sorgen, dass dieser Konsens überhaupt entsteht.⁵³ Den Intellektuellen fällt damit eine Vermittlerposition zwischen Herrschenden und Beherrschten zu. Gramsci definiert Intellektuelle also nicht nach ihrer akademischen Tätigkeit, sondern nach ihrer sozialen Funktion.⁵⁴

Antonio Gramsci folgert daraus, dass auch die Arbeiterklasse eine eigene Schicht von Intellektuellen braucht um ein Bewusstsein ihrer eigenen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Funktion zu erzeugen und dann möglichst eine hegemoniale Position innerhalb der Gesellschaft zu erreichen. Diese Intellektuellen brauchen eine gemeinsame Ideologie, die verschiedene Klassen und Schichten der Gesellschaft miteinander verbindet und zusammenhält.⁵⁵ Antonio Gramsci schreibt dazu in den Gefängnisheften:

„Es gibt keine unabhängige Klasse von Intellektuellen, sondern jede Klasse hat ihre Intellektuellen; aber die Intellektuellen der historisch progressiven Klasse üben eine solche Anziehungskraft aus, daß (sic!) sie (sic!) sich letztlich die Intellektuellen der anderen Klassen unterordnen und eine Atmosphäre der Solidarität aller Intellektuellen mit Bindungen psychologischer (Eitelkeit, usw.) und häufig kastenmäßiger (technisch-rechtlicher, korporativer) Art schaffen.“⁵⁶

Gramsci unterscheidet dabei zwischen „organischen“ und „traditionellen“ Intellektuellen. Unter organischen Intellektuellen versteht er dabei die Intellektuellen, die aus einer bestimmten subalternen Klasse kommen und damit potentielle Wegbereiter eines neuen historischen Blocks sein können. Es geht ihnen um ein revolutionäres, progressives Verändern der Gesellschaft. Traditionelle Intellektuelle haben nach Gramsci hingegen die Aufgabe als Gehilfen der herrschenden Elite die bestehende Herrschaft zu stützen und die organischen Intellektuellen zu assimilieren.⁵⁷ Die Intellektuellen sind ihrerseits in einer komplexen Hierarchie organisiert. Alex Demirovic schreibt dazu:

„Es gibt die großen und die kleinen Intellektuellen. Die großen Intellektuellen sind konzeptiv tätig, sie überschauen die großen Entwicklungen und Traditionen, sie prägen die Begriffe des Konsenses und arbeiten an der moralischen und

⁵³ Vgl.: Heeger (1975): S. 89

⁵⁴ Vgl.: Zogholy (2002): S. 22/23

⁵⁵ Vgl.: Simon (1982): S. 59/60

⁵⁶ Bochmann (1991)(Hg.): S. 102

⁵⁷ Vgl.: Emtmann (1998): S. 244

*intellektuellen Einheit der kollektiven Überzeugungen und Gewohnheiten. Die kleinen Intellektuellen haben auf den verschiedenen Hierarchiestufen die Funktion der Vermittlung und der Reproduktion des Wissens und des Konsenses.*⁵⁸

2.3 Neo-gramscianismus

Die Theorien und Konzepte Antonio Gramscis fanden nach seinem Tod insbesondere in den Debatten der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) Eingang. Der zweite wichtige Strang der neo-gramscianischen Theorierichtungen waren die staatstheoretischen Debatten ab den späten 1960er Jahren bis in die 1990er Jahre. Verbunden mit diesen Debatten sind vor allem die Namen Christine Buci-Glucksmann, Claus Offe, Nicos Poulantzas, Johannes Agnoli, Alex Demirovic, Bob Jessop, Joachim Hirsch u. a. In dieser Arbeit werde ich allerdings auf diese staatstheoretischen Debatten nicht näher eingehen und mich auf die neo-gramscianischen Ansätze in der IPÖ konzentrieren. Dies deshalb, da ich der Meinung bin, dass insbesondere diese ökonomisch orientierten Konzepte sehr hilfreich bei der Analyse der Ereignisse der 1980er und 1990er Jahre in Russland sind.

Entscheidenden Anteil an der Verbreitung des wirtschaftsorientierten Zweigs des Neo-gramscianismus hatte der kanadische Politikwissenschaftler Robert W. Cox, der vor allem in seinen Aufsätzen und Artikeln der späten 70er Jahre und frühen 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Anwendbarkeit der Theorien und Konzepte Gramscis in Zeiten beginnender Internationalisierung der Wirtschaft und Globalisierung bewies. Besonders hervorheben sollte man in diesem Zusammenhang die 1981 und 1983 entstandenen Aufsätze *„Social forces, states and world orders, beyond international relations theory“* und *„Gramsci, hegemony, and international relations: an essay in method“* (Cox, Robert W./Sinclair, Timothy J. (1996): *Approaches to World Order*. Cambridge University Press). Robert Cox gelingt es in diesen und weiteren Aufsätzen, die von Gramsci untersuchten Mechanismen der bürgerlichen Herrschaftsausübung in den Nationalstaaten Europas auf die Macht- und Herrschaftsverhältnisse einer politisch und wirtschaftlich internationalisierten Welt zu übertragen. Ein weiterer bekannter und einflussreicher Vertreter dieser Richtung ist der ebenfalls an der Universität York in Toronto lehrende Stephen Gill. In Europa wird vor allem

⁵⁸ Demirovic (2007): S. 29

die so genannte Amsterdamer Schule⁵⁹ mit ihren Hauptvertretern Kees van der Pijl, Henk Overbeek und Bastiaan van Apeldoorn diesem Zweig des Neo-gramscianismus zugerechnet. Bekannte deutschsprachige Proponenten sind unter anderen der an der Universität in Nottingham in Großbritannien lehrende Andreas Bieler, die an der Universität Marburg lehrenden Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber, der in Kassel lehrende Christoph Scherrer oder der in Göttingen lehrende Erik Borg.

2.3.1. Kritische Theorie

Grundsätzlich geht Robert Cox davon aus, dass politische Theorien niemals wertfrei sein können. „*Theory is always for someone and for some purpose (...). There is (...) no such thing as theory in itself, divorced from a standpoint in time or space*“.⁶⁰ Cox unterscheidet grundsätzlich zwei Arten von politischer Theorie: *problem-solving theory* oder *critical theory*. Über erstere schreibt der kanadische Politikwissenschaftler: „*It takes the world as it finds it, with the prevailing social and power relationships and the institutions into which they are organized, as the given framework for action.*“⁶¹ Dies ist der große Unterschied zu kritischen Theorien. Diese nehmen bestehende soziale Strukturen und Machtverhältnisse nicht als gegeben hin, sondern hinterfragen wie diese entstanden sind, wie diese reproduziert und abgesichert werden, wem sie nützen und welche Akteure das Potential haben eine alternative Ordnung zu verwirklichen. Ein weiterer Unterschied zur Problemlösungs-Theorie besteht darin, dass kritische Theorie nicht nur einen bestimmten Teil oder Aspekt des sozialen und politischen Komplexes untersucht, sondern diesen Komplex immer als Ganzes betrachtet. Es geht nach Cox also um die Konstruktion eines größeren Bildes des Gesamten in dem die jeweils untersuchten Bereiche nur Komponenten des Ganzen sind. Kritische Theorie muss versuchen die Beziehungen zwischen den einzelnen Komponenten und dem Ganzen und die Prozesse des Wandels, in dem ebenfalls die Komponenten und das Ganze involviert sind, zu

⁵⁹ Anm. d. Verfassers: Ein Ausdruck, der von den meisten Vertretern und Vertreterinnen von neo-gramscianischen Theorierichtungen abgelehnt wird, da besonders die Heterogenität neo-gramscianischer Theorien betont werden soll.

⁶⁰ Murphy, Craig N./Tooze, Roger: Getting Beyond the 'Common Sense' of the IPE Orthodoxy. In: Murphy, Craig N./Tooze, Roger (1991): The new international political Economy. Lynne Rienner Publishers, Colorado. S. 13

⁶¹ Cox, Robert W. (1981): Social forces, states, and world orders: beyond international relations theory. In: Cox, Robert W./Sinclair, Timothy J. (1996): Approaches to World Order. Cambridge University Press. S. 88

verstehen.⁶² Weiters ist problemlösungs-orientierte Theorie ahistorisch, da sie die sich ihr präsentierende gegenwärtige Situation als gegeben nimmt. Dadurch aber, dass sie die bestehende Ordnung als gegeben hinnimmt, unterstützt sie diese, und hilft diese aufrecht zu erhalten. Damit kann, laut Cox, der Anspruch dieser Theorie auf Wertfreiheit nicht mehr aufrechterhalten werden.⁶³ Im Gegensatz dazu sind für die kritische Theorie gerade die Prozesse des Wandels von besonderer Bedeutung. Cox beschreibt weiters, dass die kritische Theorie zwar Problemlösungs-Theorie enthält, aber nur in der Form, dass sie als Ideologien erkennbar sind und so auf ihren konservativen Kern hinweisen und nicht als Richtlinien für gesellschaftlich-politisches Handeln.⁶⁴ Ein Hauptziel der kritischen Theorie ist also das Aufzeigen von möglichen Alternativen. Robert Cox schreibt dazu:

*„Critical theory thus contains an element of utopianism in the sense that it can represent a coherent picture of an alternative order, but its utopianism is constrained by its comprehension of historical processes. It must reject improbable alternatives just as it rejects the permanency of the existing order. In this way critical theory can be a guide to strategic action for bringing about an alternative order, whereas problem-solving theory is a guide to tactical actions which, intended or unintended, sustain the existing order.“*⁶⁵

Unterschiedliche historische Situationen befördern eher die eine oder andere Theorierichtung. Phasen relativer Stabilität und Fixiertheit des Systems befördern eher den Problemlösungs-Ansatz. Eine solche Phase war beispielsweise die Ära des Kalten Krieges. In Phasen größerer Instabilität im politischen System gewinnt kritische Theorie an Bedeutung, da Fragen über Möglichkeiten und Risiken von Wandel in den Vordergrund treten. Eine solche Phase entstand in Folge der weltwirtschaftspolitischen Krise und des Verlusts der Vormachtstellung der USA in den 1970er Jahren.⁶⁶

2.3.2 Neo-gramscianismus nach Robert W. Cox und Stephen Gill

Robert Cox hat den Hegemoniebegriff Gramscis, der sich auf den bürgerlichen Herrschaftsanspruch in den westlichen Nationalstaaten bezieht, auf das internationale politische und ökonomische System angewendet. Hier konnten die USA ein System der

⁶² Vgl.: Cox/Sinclair (1996): S. 89

⁶³ Vgl.: Ebd.

⁶⁴ Vgl.: Cox/Sinclair (1996): S. 90

⁶⁵ Cox/Sinclair (1996): S. 89

⁶⁶ Vgl.: Ebd.: S. 90

internationalen Dominanz errichten, das sich laut Cox in erster Linie nicht auf die ökonomische und militärische Macht der USA stützte, sondern darauf, dass das fordistisch-keynesianische Wirtschafts- und Sozialmodell der USA unter der Führung der amerikanischen kapitalistischen Eliten internationalisiert wurde.⁶⁷ In den Worten des Politikwissenschaftlers:

„Das hegemoniale Konzept der Weltordnung basiert nicht nur auf der Regelung zwischenstaatlicher Konflikte, sondern auch auf einer im Weltmaßstab konzipierten Zivilgesellschaft, d.h. auf einer weltweiten Produktionsweise, die die gesellschaftlichen Klassen jener Länder zueinander in Beziehung setzt, die daran teilhaben.“⁶⁸

Dieses dominierende System wurde ab den 1970er Jahren von einem ebenfalls US-zentrierten transnationalen Wirtschafts- und Finanzsystem abgelöst. Dazu beförderten die USA einen weltweiten Konsens über ihre kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Werte wie Demokratie, (neo-)liberale Marktwirtschaft, Menschenrechte usw. Hierbei geht es nicht so sehr darum, ob die USA diese Rechte im eigenen Land voll und ganz verwirklichen, sondern darum, dass die USA als wichtigster und mächtigster Vertreter dieser Ideale gelten und damit die Führerschaft in der möglichst weltweiten Verbreitung dieser Ideen für sich beanspruchen können. Wie sich ein solches System ausbreiten kann beschreibt Cox folgendermaßen:

„A world hegemony is thus in its beginnings an outward expansion of the internal (national) hegemony established by a dominant social class. The economic and social institutions, the culture, the technology associated with this national hegemony become patterns for emulation abroad. Such an expansive hegemony impinges on the more peripheral countries as a passive revolution.“⁶⁹

Hegemonie nach Cox ist also keine Hierarchie von Staaten, sondern die Hierarchie in einer weltweiten Ökonomie, der ein dominanter Akkumulationsmodus zu Grunde liegt, der alle Länder beeinflusst.⁷⁰ Weiters drückt sich Welthegeemonie in „*universellen Normen, Institutionen und Mechanismen aus, die generelle Regeln festlegen für das Verhalten und für*

⁶⁷ Vgl.: Robinson, William I.: Gramsci and Globalisation: From Nation-State to Transnational Hegemony. In: Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2006): Images of Gramsci. Connections and Contentions in Political Theory and International Relations. Routledge, New York. S. 165/166

⁶⁸ Van der Pijl (1996): S. 343

⁶⁹ Cox/Sinclair (1996): S. 137

⁷⁰ Vgl: Ebd.

die sozialen Kräfte, die die nationalen Grenzen überschreiten – Regeln, die die dominante Produktionsweise unterstützen.“⁷¹

Der bereits erwähnte Stephen Gill hat den Ansatz seines Kollegen noch weitergeführt. Gill zufolge hat sich seit den 70er Jahren aus dem „*internationalen historischen Block*“ ein „*transnationaler historischer Block*“ herausgebildet.

„Durch diesen wurden Interessen und Identitäten sozialer Kräfte über nationale Grenzen und Klassen hinweg miteinander verbunden und integriert. Darüber hinaus schuf er jedoch ganz konkrete Bedingungen, unter denen sich eine Hegemonie des transnationalen Kapitals herausbilden konnte.“⁷²

Gill legt sein Hauptaugenmerk auf die Frage, in wie weit nationale Regierungen gegenüber dem transnationalen Wirtschafts- und Finanzsystem an Autonomie und Macht eingebüßt haben und gleichzeitig selbst Teil dieses Systems geworden sind. In diesem System identifiziert Stephen Gill zwei Schlüsselkonzepte: den „*disziplinären Neoliberalismus*“ und den „*neuen Konstitutionalismus*“. Der disziplinäre Neoliberalismus bezeichnet die Verbreitung des neoliberalen Wirtschaftsmodells in immer mehr Ländern und die gleichzeitige Unterwerfung von immer mehr gesellschaftlichen Bereichen unter die Marktlogik (z.B. den Bildungs- oder Gesundheitsbereich). Unter dem neuen Konstitutionalismus versteht Gill den Konsens bezüglich der wichtigsten makroökonomischen Prinzipien des Neoliberalismus wie Markteffizienz, Marktdisziplin oder Wettbewerbsfähigkeit. Diese Prinzipien werden gemeinsam mit dem neoliberalen Modell als einzig mögliches und richtiges Wirtschaftssystem dargestellt und damit gleichzeitig einer demokratischen Kontrolle und politischer Rechenschaft entzogen. Maßgeblich unterstützt wird dieser Prozess von der neoliberal geprägten Politik der wichtigsten weltweiten Wirtschaftsinstitutionen wie G7, IWF, Weltbank und WTO und der regionalen Integrationsprozesse wie EU oder NAFTA.⁷³

Gill spricht im Zusammenhang mit der momentanen Situation, von Cox abweichend, nicht von einem hegemonialen Konsens, sondern von einer Vorherrschaft (*Supremacy*) des

⁷¹ Bieler, Andreas/Morton, Adam David: Neogramscianische Perspektiven. In: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (2003): Theorien der internationalen Beziehungen. S. 341

⁷² Schieder/Spindler (2003): S. 353

⁷³ Vgl.: Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2003): S. 353

neoliberalen Diskurses (bzw. des neoliberalen Historischen Blocks) über eine fragmentierte Opposition. Gill geht damit davon aus, dass ein Historischer Block auch ohne Hegemonie, also ohne einen breiten Konsens, bestehen kann. Gleichzeitig schließt er die Möglichkeit nicht aus, dass dieser Historische Block sich in Zukunft hegemonial entwickeln könnte.⁷⁴

2.4 Gramscis Sicht des revolutionären Russlands

Gramsci beschäftigte sich als einer der Führer des italienischen Kommunismus und als einer der wichtigsten sozialistischen Theoretikern natürlich sehr ausführlich mit der erfolgreichen Revolution in Russland und der weiteren Entwicklung dieses Landes. Stellte sie ja zu dieser Zeit das einzige reale Beispiel der Machtübernahme einer politischen Klasse dar, die eine sozialistische Gesellschaft verwirklichen wollte. Ich denke Gramscis Analysen der politisch-gesellschaftlichen Situation Russlands bzw. der Sowjetunion nach 1917 sind sehr hilfreich um die Geschehnisse, die 70 Jahre später zur erneuten Transformation des Landes geführt haben, zu analysieren.

Wie bereits anhand Gramscis Konzept des „Stellungs- und Bewegungskrieges“ sehr deutlich wird, verstand Gramsci ganz genau, dass es nicht ein einziges Rezept für die Machtübernahme der Kommunisten geben kann, das man dann auf verschiedene Länder, mit zum Teil komplett anderen Grundvoraussetzungen, einfach nur zu übernehmen braucht. Einen Bewegungskrieg um jeden Preis verstand er als politischen Selbstmord. Demzufolge hegte er auch keinerlei Sympathien für Trotzki's Strategie der „permanenten Revolution“. Die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen Russlands im Vergleich mit den schon längere Zeit kapitalistisch geprägten Staaten Westeuropas ist demnach auch eines der wichtigsten Themen in Gramscis Gefängnisheften. Gramsci hielt eine Wiederholung der Oktoberrevolution in den westeuropäischen Staaten, so sehr er eine solche auch begrüßt und unterstützt hätte, wenn diese Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, für unmöglich. Gramsci war davon überzeugt, dass er sich damit auch in Übereinstimmung mit dem von ihm sehr geschätzten Lenin befand, wie folgende Textstelle beweist:

„(...) Ilitch (= Lenin, Anm. d. Verf.) verstand, dass ein Wechsel vom Bewegungskrieg, der im Osten 1917 erfolgreich eingesetzt wurde, zu einem Stellungskrieg, der die einzige mögliche Form im Westen ist, notwendig war (...). Das ist es was die Formel

⁷⁴ Vgl.: Ebd.: S. 354

der `Vereinten Front` zu bedeuten scheint (...). Ilitch hatte jedoch keine Zeit diese Formel zu erweitern - doch man sollte sich bewusst sein, dass er sie nur theoretisch erweitern hätte können.“⁷⁵

Gramscis Bedeutung liegt hier nicht nur darin, dass er erklärt hat, *dass* eine Wiederholung einer Revolution nach russischem Vorbild unmöglich ist, sondern vor allem darin, dass er auch eine sehr fundierte und interessante Analyse darüber gegeben hat, *warum* dies nicht möglich ist. In einer der bekanntesten Passagen der Gefängnishefte erklärte er dies folgendermaßen:

„Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war primitiv und gelatinös; im Westen gab es eine echte Beziehung zwischen dem Staat und Zivilgesellschaft. Und wenn der Staat erschüttert wurde, konnte man dahinter sofort eine stabile zivilgesellschaftliche Schicht entdecken. Der Staat war nur ein äußerer Graben, hinter welchem sich ein mächtiges System von Bollwerken und Befestigungen befand: unzählige solche Befestigungen in jedem Staat, wie viele lässt sich nicht genau sagen – aber gerade deswegen ist die genaue Kenntnis jedes einzelnen Staates so wichtig.“⁷⁶

Was meint Gramsci mit einer „primitiven und gelatinösen Zivilgesellschaft“? Meiner Meinung nach bringt Gramsci damit zum Ausdruck, dass sich das damalige zaristische Russland in einer ganz anderen gesellschaftlichen Entwicklungsstufe als die westeuropäischen Staaten befand, in denen sich ab der französischen Revolution eine breite und mächtige bürgerliche Schicht etablieren konnte. Diese Schicht verfügte über umfangreiche politische Rechte und wirtschaftliche Möglichkeiten, damit bestand für sie praktisch auch keine Notwendigkeit gegen das bestehende Herrschaftssystem zu rebellieren. Ganz anders war die Situation in Russland: Hier herrschte auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine dünne Aristokratenschicht nahezu unbeschränkt. Die Herrschaftsschicht machte praktisch keine Zugeständnisse an die Bevölkerung oder zumindest an bestimmte Schichten der Gesellschaft. Damit hatte die herrschende Klasse auch keine Unterstützung innerhalb der Bevölkerung, es gab keinen Konsens innerhalb der Gesellschaft zu Gunsten der vorherrschenden Herrschaftsform. Der Erste Weltkrieg tat ein Übriges dazu den zaristischen Staat weiter zu delegitimieren und dessen Schwäche zu enthüllen. Und so war es für eine gut organisierte

⁷⁵ Antonio Gramsci zit. n. Lester, Jeremy (2000): Dialogue of Negation. Debates on Hegemony in Russia and the West. Pluto Press, London. S. 76 (Eigene Übersetzung)

⁷⁶ Antonio Gramsci zit. n. Lester (2000): S. 76 (Eigene Übersetzung)

Gruppe wie die Bolschewiken nicht allzu schwer die Führungsposition in diesem Land für sich zu erobern. Umso schwieriger war es jedoch in einem Staat in dem es praktisch keine Zivilgesellschaft gab und es demnach auch gar nicht möglich war einen Stellungskrieg zu führen, diese Herrschaft durch einen hegemonialen Konsens innerhalb der Gesellschaft zu behaupten. Doch genau die Bildung einer funktionierenden, demokratisch orientierten, sozialistischen Zivilgesellschaft wäre, nach Gramsci, die Hauptaufgabe der neuen Führungsklasse gewesen. Nach Gramscis Überzeugung hat auch Lenin dies so erkannt, lebte allerdings nicht mehr lange genug um dies auch zu verwirklichen. Stalin scheiterte an dieser Aufgabe bzw. hat sie sich nie gestellt. Ganz im Gegenteil: anstatt die Bildung einer funktionierenden Zivilgesellschaft anzustoßen, versuchte Stalin alle Ansätze zur Bildung einer solchen im Keim zu ersticken etwa in dem Berufsgruppen wie Schriftsteller, Journalisten, Künstler usw. in Verbänden zusammengeführt wurden um diese kontrollierbar und manipulierbar zu machen. Grundsätzlich schloss auch Gramsci den Einsatz von autoritären Maßnahmen nach der Machtübernahme einer progressiven Klasse nicht aus. Allerdings einzig und allein wenn diese Maßnahmen einem Ziel geschuldet sind: dem Aufbau einer möglichst egalitären, sozialistischen Gesellschaft mit einer aktiven, mündigen Zivilgesellschaft als ihrem Kern. Dieser Punkt hat Gramsci sehr viel Kritik eingebracht, da er nach Meinung vieler Autoren und Autorinnen damit dem Totalitarismus Tür und Tor öffnet. Zu Gramscis Verteidigung muss man sagen, dass ihm das volle Ausmaß der totalitären Herrschaften Stalins und Hitlers zu seiner Zeit nicht bekannt sein konnte und dass er Stalin schon sehr früh für die Errichtung einer Diktatur in der Sowjetunion kritisierte. Für Gramsci sollte die Übernahme der Staatsmacht

„eine Bewegung sein, um eine neue Zivilisation, einen neuen Typ von Mensch und Bürger zu schaffen... Sie muss dazu dienen, innerhalb der Hülse der politischen Gesellschaft eine komplexe und bewegliche Zivilgesellschaft zu konstruieren, in welcher sich das Individuum selbst regieren kann, ohne dass dieses „Selbst-Regieren“ in Konflikt mit der politischen Gesellschaft kommt, sondern vielmehr ihren normalen Inhalt, ihre organische Ergänzung darstellt.“⁷⁷

Doch für Stalin ging es einzig und allein nur darum, wie die neue Herrschaftsklasse unter allen Umständen an der Macht bleiben kann. Die Instrumente der totalitären Herrschaft änderten sich wenig im Vergleich zum zaristischen Russland bzw. wurden noch grausamer.

⁷⁷ Antonio Gramsci zit. n. Lester (2000): S. 84

Doch gelang es Stalin durch die brutale Industrialisierung des Landes, durch den Ausbau der inneren Überwachung und nicht zuletzt durch die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges diese Herrschaft zu stabilisieren. Der Triumph Stalins bedeutete in den Begriffen Gramscis den Triumph von „Herrschaft“ und „Zwang“ über „Hegemonie“ oder „Führung“. Nach Gramscis Vorstellungen sollte ein von einer breiten, aktiven und partizipatorischen Gesellschaftsschicht getragener Sozialismus der Motor für Veränderung innerhalb der Gesellschaft sein. In Stalins Sowjetunion war Veränderung jedoch wiederum nur von oben verordnet und organisiert. Der Konsens der Bevölkerung war vor allem passiv und gestützt auf totalitäre Maßnahmen, Paternalismus, bürokratischen Zentralismus und Staatsfanatismus. Eine solche Herrschaftsform bezeichnete Gramsci als „*Diktatur ohne Hegemonie*“.⁷⁸ Eine Herrschaftsform, die nach Christine Buci-Glucksmann dadurch gekennzeichnet ist, dass ihre Hegemonie nicht nur in ihrer Bevölkerungsbasis sehr eingeschränkt ist, sondern auch innerhalb der herrschenden sozialen Gruppe selbst. Das heißt, ein Teil einer sozialen Gruppe übt Herrschaft über die ganze Gruppe aus und nicht die ganze soziale Gruppe über ihr entgegen gesetzte Kräfte. So wird, nach Buci-Glucksmann, aus einem hegemonialen Projekt ein ideologischer Staatsapparat.⁷⁹

Obwohl Gramsci aufgrund seiner Inhaftierung nur sehr spärlich Zugang zu Informationen von außen hatte, hat er schon relativ früh erkannt in welche Richtung sich dieses kommunistische Projekt unter Stalin bewegen würde. Im Gegensatz zu vielen anderen sozialistischen Politikern und Theoretikern im Westen, die sich den Stalinismus noch viele Jahre oder Jahrzehnte schön redeten oder zumindest als eine Notwendigkeit darstellten, sprach Gramsci nach Auskunft einiger Zellengenossen in Bezug auf den Stalinismus über „*politischen Selbstmord*“ ausgeführt von einem „*Despoten der alten Sorte*“ und sah in ihm nicht anderes als „*sozialen Faschismus*“.⁸⁰ Die Folgen der kommunistischen Diktatur der kommenden Jahrzehnte, deren schlimmste Ausprägung der Stalinismus war und deren Wurzeln im Stalinismus lagen, für die sowjetische Gesellschaft waren auch in den späten 1980er Jahren noch spürbar, und spielten damit auch eine wichtige Rolle bei der Transformation des Landes, wie an späterer Stelle noch genauer ausgeführt werden wird.

3. Der Systemwechsel in Russland

⁷⁸ Vgl.: Lester (2000): S. 83

⁷⁹ Vgl.: Lester (2000): S. 83/84

⁸⁰ Ebd.: S. 86

Der Zerfall der Sowjetunion – Eine kurze Zusammenfassung

Als Michail Gorbatschow im Jahre 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) wurde, befand sich das Sowjetsystem bereits in einer veritablen Krise. In einer anderen Situation wäre die Wahl des, für KP-Maßstäbe, sehr jungen und liberalen Gorbatschows wahrscheinlich auch gar nicht möglich gewesen. Die Parteispitzen waren sich also durchaus im Klaren, dass Veränderungen und Reformen notwendig waren um das Überleben der Sowjetunion zu sichern. Und Michail Gorbatschow schien der richtige Mann für einen solchen Aufbruch zu sein. Als Nachfolger der beiden greisen und bereits kranken Generalsekretäre Tschernenko und Andropow, die beide nur einige Monate an der Macht waren bevor sie starben, war Gorbatschow jedoch nicht unumstritten. Zumindest war er der erste Generalsekretär der nicht einstimmig, sondern nur „einmütig“ gewählt worden war. Gorbatschow war mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Vor allem die wirtschaftliche Lage war prekär. Das Wirtschaftswachstum ging seit dem Beginn der 1970er Jahre deutlich zurück und fiel ab 1975 auch klar hinter die Wachstumsraten der US-amerikanischen Wirtschaft zurück (das Wirtschaftswachstum der Sowjetunion fiel von durchschnittlich 4,9 % in den Jahren 1965 – 70 auf 1,8 % für die Jahre 1980 – 85)⁸¹. Auch der Output der industriellen Produktion und die Produktivität pro Arbeitsstunde, sowie praktisch alle anderen Wirtschaftsdaten waren deutlich rückläufig.⁸² Dazu geriet die sowjetische Forschung und Technologie immer mehr in Rückstand gegenüber anderen Industriestaaten, was in Zeiten des Bedeutungsverlusts der Schwerindustrie gegenüber der Kommunikations- und Informationsindustrien besonders bedeutsam war. Es war also deutlich, dass etwas getan werden musste um diesen kontinuierlichen Rückgang zu stoppen. Allerdings sollte darauf hingewiesen werden, dass alle maßgeblichen Wirtschaftsdaten zwar einen Rückgang zu verzeichnen hatten, aber trotzdem immer noch Wachstumsraten verzeichneten. Die Sowjetunion fiel zwar deutlich hinter die Wirtschaftsentwicklung der USA zurück, von einer Rezession konnte zu dieser Zeit jedoch keine Rede sein. Daraus erhält man schon einen ersten Hinweis darauf, dass der Systemwechsel vor allem auch politisch gewollt war und nicht allein durch die ökonomischen Umstände erzwungen war.⁸³

⁸¹ Vgl.: Kotz, David M./Weir, Fred (2007): Russia's Path from Gorbachev to Putin. The Demise of the Soviet System and the new Russia. Routledge, New York. S. 42

⁸² Vgl.: Ebd.: S. 43/44

⁸³ Vgl.: Steffen, Olaf (1996): Die Einführung des Kapitalismus in Russland. Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik. LIT Verlag, Hamburg. S. 134

In den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt schien nichts darauf hinzuweisen, dass Michail Gorbatschow wirklich dazu imstande oder bereit war die benötigten umfangreichen Reformen durchzuführen. Zu Beginn seiner Amtszeit führte er lediglich einige zögerliche und wenig effektive Maßnahmen, wie beispielsweise eine landesweite Anti-Alkohol-Kampagne, durch, um die Produktivität zu steigern. Maßnahmen, die als Fortsetzung der bereits unter Andropow eingeleiteten Reformen zur Beseitigung von Ineffizienzen im System zu bewerten sind. Aber bereits beim Parteikongress im Februar 1986 verkündete der neue Generalsekretär: „Die Situation ist so, dass es unmöglich ist unsere Maßnahmen auf die Verbesserung einiger Teilbereiche zu beschränken – was nötig ist, ist eine radikale Reform.“⁸⁴ Als die beiden Hauptprobleme der sowjetischen Wirtschaft identifizierte Gorbatschow die überzentralisierte Kommandowirtschaft und die mangelnde Arbeitsdisziplin und –motivation. Die Lösung der Probleme sah er einerseits in einer Demokratisierung der sowjetischen Wirtschaftsinstitutionen und der Betriebe selbst, sowie in der Dezentralisierung von weiten Teilen der Wirtschaft, andererseits in der Einführung von einigen Elementen der Marktwirtschaft.⁸⁵ Vor allem Konkurrenz zwischen den Betrieben und das Koppeln der Löhne an die Produktivität sollten helfen die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.⁸⁶ Gleichzeitig machte Gorbatschow in einigen Reden klar, dass er lediglich das sozialistische System reformieren wolle „um das volle Potential des Sozialismus auszuschöpfen“⁸⁷, und es nicht durch ein kapitalistisches ersetzen will, und, dass er die Säulen des sowjetischen Systems – führende Rolle der Partei, Staatseigentum und Planwirtschaft – beibehalten würde.⁸⁸

Die Demokratisierung sollte sich jedoch nicht auf den Wirtschaftsbereich beschränken. Demokratisierung wurde das Schlagwort für alle Bereiche der Gesellschaft. Diese Politik, die unter dem Titel „Glasnost“ bekannt geworden war, sollte die starre Kontrolle des Systems über die Bevölkerung lockern und Grundrechte wie Rede- und Pressefreiheit ermöglichen. Mit diesen Schritten, die Kritik an der Führung und politischen Ausrichtung des Landes ermöglichte, wollte Gorbatschow dem Volk die Beteiligung am politischen Prozess ermöglichen und somit dem schleichenden Legitimitätsverlust des sowjetischen Systems entgegenwirken. Gleichzeitig konnte sich Gorbatschow damit anfangs auch die Unterstützung

⁸⁴ Kotz/Weir (2007): S. 53

⁸⁵ Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 54

⁸⁶ Vgl.: Ebd.: S. 55

⁸⁷ Ebd.: S. 56

⁸⁸ Vgl.: Biermann, Werner (1996): Die verratene Transformation. Ein soziologischer Essay über die neuen Machtverhältnisse in Russland. LIT-Verlag, Münster. S. 44

der Bevölkerung in den Auseinandersetzungen mit dem konservativen Teil der Nomenklatura sichern. Wie wir heute wissen, wurde im Endeffekt jedoch genau das Gegenteil erreicht: Der Legitimitätsverlust wurde nicht aufgehalten, sondern noch verstärkt, was letztendlich entscheidend zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen hat. Die Schleusen waren geöffnet und nun gab sich ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung nicht mehr mit einzelnen Zugeständnissen zufrieden.

Boris Jelzin, ebenfalls ein Mann aus dem KP-Apparat, erkannte frühzeitig die Möglichkeiten die diese neue Situation bot und konnte sich als Führer der so genannten „radikalen Demokraten“ etablieren. Gorbatschow hingegen rieb sich mit seiner eher moderaten Politik zwischen den weitgehenden Forderungen des so genannten demokratischen Lagers und dem konservativen Teil der KP-Führung auf. Trotzdem schien es für die meisten Beobachter und Beobachterinnen bis fast zuletzt nicht denkbar, dass sich die Sowjetunion wirklich auflösen könnte. Dies vor allem deshalb, weil diese Beobachter und Beobachterinnen nicht registriert hatten, dass ein großer Teil der Nomenklatura aus der zweiten und dritten Reihe ins Lager Boris Jelzins und seiner Demokraten wechselten, da sie erkannt hatten, dass ihre Interessen durch einen Führungs- und Systemwechsel besser verwirklicht werden könnten. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal auf die beiden unter Punkt 2.1.2 erwähnten „wichtigsten Prinzipien der Politikwissenschaft“ von Karl Marx verweisen. Immer mehr Politiker und Vertreter der Intelligenz vertraten offen die Ansicht, dass der Sozialismus nicht mehr reformierbar war. Dazu kam es in den baltischen Teilrepubliken zu nationalistischen Erhebungen und in den transkaukasischen Republiken Aserbaidschan und Armenien zu ethnischen Zusammenstößen. Bis Ende der 80er Jahre forderten fast alle Teilrepubliken ihre Souveränität innerhalb des Unionsverbandes.

Michail Gorbatschow glitt das Gesetz des Handelns immer mehr aus der Hand. Als auch Russland offen die Souveränität anstrebte und am 12. Juni 1991 Boris Jelzin zum Präsidenten Russlands gewählt wurde, waren die Tage der Sowjetunion endgültig gezählt. Eine Gruppe der konservativen kommunistischen Führungsschicht inszenierte im August 1991 einen letzten Putschversuch gegen Gorbatschow. Dieser Putschversuch scheiterte jedoch kläglich und delegitimierte nicht nur die kommunistischen Hardliner, sondern im Endeffekt auch den mittlerweile machtlosen Vorsitzenden der KPdSU Michail Gorbatschow. Boris Jelzin hingegen war am Gipfel seiner Macht und Popularität und zum Ende des Jahres kündigten die drei slawischen Republiken Russland, Ukraine und Weißrussland den Unionsvertrag.

Schocktherapie - Die Transformation der Wirtschaft

Schon 1990, also schon vor dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion, haben einige Ökonomen, darunter der spätere langjährige Chef der Oppositionspartei „*Jabloko*“ Grigorij Javlinski, den so genannten „500-Tage-Plan“ vorgestellt. Dieser Plan sah eine vollständige Transformation des Wirtschaftssystems innerhalb von 500 Tagen vor, wurde aber von Michail Gorbatschow abgelehnt. Nach dem Machtwechsel war der Weg jedoch frei diese Transformation so schnell wie möglich durchzuführen. Die Maßnahmen blieben im Wesentlichen unverändert, firmierten jetzt allerdings unter der Bezeichnung „Schocktherapie“. Ein Programm, das von Kritikern auch als „Marktbolschewismus“ bezeichnet wurde.⁸⁹ Diese Schocktherapie sah im Wesentlichen folgende Punkte vor:⁹⁰

- Eine weitgehende Preisliberalisierung
- Eine Aufhebung der staatlichen Regulierung der Produktion und der staatlichen Verteilung der Ressourcen
- Den Abbau von Subventionen und öffentlichen Ausgaben und die Kürzung von Rüstungs- und Verwaltungskosten zur Stabilisierung der Wirtschaft
- Die rasche Privatisierung von Kleinbetrieben, dann die Teilprivatisierung der staatliche Großbetriebe und eine Bodenreform
- Die Öffnung der Wirtschaft zum Weltmarkt (Freigabe von Auslandsgeschäften, Übergang zur freien Konvertibilität des Rubels, Beseitigung von Handels- und Investitionsbarrieren).

Als Vorbild dienten die Reformen die in Polen durchgeführt wurden und von internationalen Ökonomen und vor allem auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) als Modell für die Transformation der Wirtschaft in den osteuropäischen Ländern propagiert wurden.⁹¹ Begründet wurde die schockartige Durchführung dieser Maßnahmen damit, dass dadurch die negativen Auswirkungen der Transformation auf einen kurzen Zeitraum beschränkt werden könnten und der Aufschwung viel schneller einsetzen würde als bei einer langsameren, graduellen Durchführung der Reformen. Boris Jelzin ernannte Jegor Gaidar, einen jungen

⁸⁹ Vgl.: Heinrich, Hans Georg (1995): Das neue Russland: Zwischen Aufbruch und Zerfall. Picus Verlag, Wien. S. 21

⁹⁰ Vgl.: Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim (1997): Der Transformationsprozess in Russland: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Europa Union Verlag, Bonn. S. 115/116

⁹¹ Vgl.: Kotz, David M./ Weir, Fred (2007): S. 160

liberalen Ökonomen, zum Hauptverantwortlichen für die Durchführung der Reformen. Gaidar arbeitete in dieser Zeit eng mit Beratern des IWF, wie beispielsweise dem bekannten Ökonomen und Harvard-Professor Jeffrey Sachs, zusammen.

Die vom Kreml verfolgte Wirtschaftspolitik fand im Westen viel Anklang und Lob. In Russland hingegen herrschte sehr bald Ernüchterung vor. Eine Verbesserung der Lebensumstände schien für den Großteil der russischen Bevölkerung in weite Ferne gerückt. Die Diskussionen über die radikalen Wirtschaftsreformen führten auch sehr bald zu einem handfesten Konflikt zwischen dem Kreml und dem russischen Parlament, der Staatsduma. Die Mehrheit der Abgeordneten unter dem Parlamentssprecher Khasbulatov wandte sich gegen die radikalen Reformen. Die Auseinandersetzungen wurden unerbittlich geführt und mündeten im Oktober 1993 in der Belagerung und Erstürmung des Weißen Hauses in Moskau, in dem sich die Abgeordneten verschanzt hatten. Jelzin reagierte indem er über eine neue Verfassung abstimmen ließ, die dem Präsidenten gegenüber dem Parlament bei weitem mehr Rechte einräumte als bisher. Dem offiziellen Abstimmungsergebnis zu Folge stimmte die Mehrheit der Bevölkerung für die neue Verfassung, allerdings gehen fast alle Autoren und Autorinnen davon aus, dass bei dieser Abstimmung massive Wahlfälschungen stattgefunden hatten, und dass die erforderliche Wahlbeteiligung von mindestens 50 % der Wahlberechtigten in Wirklichkeit nicht erreicht wurde. Wie dem auch sei, Boris Jelzin und seine Umgebung hatten jedenfalls ab diesem Zeitpunkt freie Hand ihre Reformen durchzuführen, ohne groß auf die politische Opposition Rücksicht nehmen zu müssen.

3.2.1 Die Auswirkungen der Schocktherapie auf die Bevölkerung

Wie wir heute wissen, waren die Resultate der Schocktherapie nicht die, die ihre Initiatoren versprochen. Über die Gründe dafür, gibt es je nach Standpunkt unterschiedliche Meinungen. Die Befürworter der Schocktherapie argumentieren, dass in Russland niemals wirklich eine Schocktherapie durchgeführt wurde, dass die Politiker in Russland die Reformen aus opportunistischen Gründen von Anfang an verwässert hätten. In diese Richtung argumentiert beispielsweise der Architekt der russischen Schocktherapie Jegor Gaidar: „*Russland erlebte nie eine Schocktherapie (...). Der Schock hat eben gerade gefehlt.*“⁹² Die Gegenseite hingegen behauptet, dass das Konzept „Schocktherapie“, egal ob nun verwässert oder nicht, gar nicht funktionieren könne. Diese Diskussion soll jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit

⁹² Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim (1997): S. 117

sein. Kurz zusammenfassen möchte ich nur die unmittelbaren Ergebnisse der Schocktherapie, die sich in Russland bis ins Jahr 1995 hingezogen hat. Das Bruttosozialprodukt fiel in den Jahren 1991 – 95 um durchschnittlich 42 %, die industrielle Produktion um 46 %, die landwirtschaftliche Produktion um 32 %.⁹³ Noch im Jahr 2002 betrug das russische BIP nur knapp über 60 % des Niveaus von 1989.⁹⁴ Zeitgleich sind in Folge der Preisliberalisierung die Konsumentenpreise drastisch in die Höhe geschossen. Im Januar 1992 wurden fast alle Preise liberalisiert (ohne dass zuvor die Monopole beseitigt und echte Privatisierungen durchgeführt wurden!⁹⁵), bis zum Ende des Jahres waren diese um 2500 % gestiegen. Zwar sank die Inflation in den folgenden Jahren, betrug aber noch 1994 7,3 % pro Monat. Insgesamt sind die Konsumentenpreise in Russland in den Jahren zwischen Ende 1991 und Ende 1996 um das 1411-fache gestiegen, bei einem gleichzeitigen Reallohnverlust für den Großteil der Bevölkerung. Der Reallohn 1995 betrug nur noch 48 % des Durchschnittsreallohns von 1990.⁹⁶ Beide Entwicklungen haben sich erst mit dem Beginn des neuen Jahrtausends normalisiert. Doch auch im Jahr 2003 betrug die Inflation in Russland noch 13,9 % und die Reallöhne betragen nur ca. 77 % des Wertes von 1989.⁹⁷ Auch die Arbeitslosigkeit hat sich in Russland von 4,8 % 1992 auf 9 % 1995 (gemessen nach ILO-Methodik) in drei Jahren fast verdoppelt und sich seitdem etwa bei diesem Wert eingependelt.⁹⁸ Weitere Maßnahmen der Schocktherapie sahen die drastische Reduzierung der öffentlichen Ausgaben vor. Was wiederum vor allem die ärmeren Schichten (und damit den Großteil der Bevölkerung), beispielsweise durch ein massiv verschlechtertes Gesundheits- oder Bildungssystem, traf. Dies alles führte zu enormen sozialen Problemen in der russischen Gesellschaft, die sich im Endeffekt in der seit dem Ende der Sowjetunion drastisch gesunkenen Lebenserwartung äußern.⁹⁹

Natürlich gab es auch Gruppen von Leuten deren Einkommen sich (meist drastisch) erhöht hatte. In einer vom US-Fernsehsender CBS 1995 durchgeführten Studie antworteten 16 % der Befragten, dass sich ihre persönlichen Lebensumstände seit Beginn der Perestrojka verbessert hätten, während 66 % angaben, dass sich ihre Lebensumstände verschlechtert hätten.¹⁰⁰ Im

⁹³ Vgl.: Kotz, David M./Weir, Fred (2007): S. 168

⁹⁴ Vgl.: Franzen, Wolfgang/Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990 – 2003. Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main. S. 106

⁹⁵ Vgl.: Heinrich, Hans-Georg (1994): Der zerbrechliche Riese. Russland Heute. Jugend & Volk, Wien. S. 119

⁹⁶ Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 172/173

⁹⁷ Vgl.: Franzen/Haarland/Niessen (2005): S. 73 - 75

⁹⁸ Vgl.: Haarland/Niessen (1997): S. 148

⁹⁹ Vgl.: http://www.ruex.eu/pdf_files/Fact_DemoGeo.pdf (Entnommen am 24.05.2008)

¹⁰⁰ Vgl.: Haarland/Niessen (1997): S. 175

Jahr 2001 gaben einer anderen Umfrage zufolge 13,7 % der Befragten an, dass sie von den Umwälzungen seit 1991 profitiert hätten, während 32,8 % aussagten, dass sich ihre Situation verschlechtert hätte.¹⁰¹ Welche unmittelbaren Auswirkungen die Schocktherapie auf die russische Gesamtgesellschaft hatte, lässt sich am besten und eindrucksvollsten an folgender Tatsache festmachen: Nach vier Jahren Schocktherapie war die Einkommensverteilung in Russland im Jahre 1995 annähernd gleich wie jene in den USA der Post-Reagan-Ära. In Zahlen ausgedrückt: In Russland verdienten die reichsten 20 % der Bevölkerung 46,6 % des Gesamteinkommens (in den USA 44,2%), während den ärmsten 20 % 5,7 % (in den USA 4,5 %) des Gesamtvermögens blieben.¹⁰² Die Sozialstruktur Russlands hat sich innerhalb eines Jahrzehnts von Grund auf geändert. Laut einer Erhebung, durchgeführt von „*The International Social Survey Programme*“, die die Bevölkerungsstruktur in 17 verschiedenen Ländern regelmäßig nach dem Einkommen der Befragten in 10 Stufen unterteilt, ergab sich für Russland 1992 und 2001 folgendes Bild:¹⁰³

| | 1992 | 2001 |
|-------------------|-------------|-------------|
| 1.(höchste) Stufe | 0,4 % | 0,6 % |
| 2. Stufe | 0,5 % | 0,7 % |
| 3. Stufe | 1,9 % | 3,2 % |
| 4. Stufe | 5,9 % | 5,1 % |
| 5. Stufe | 25,3 % | 18,2 % |
| 6. Stufe | 17,6 % | 13,2 % |
| 7. Stufe | 17,3 % | 14,6 % |
| 8. Stufe | 13,1 % | 20,8 % |
| 9. Stufe | 9,2 % | 12,0 % |
| 10. Stufe | 8,8 % | 11,1 % |

Man kann also auch aus dieser Untersuchung ein deutliches Absinken des durchschnittlichen Lebensstandards der russischen Bevölkerung erkennen.

¹⁰¹ Vgl.: Russisches Unabhängiges Institut für Soziale und Nationale Probleme/Institut für komplexe Sozialforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften (2002): 10 Jahre russische Reformen – aus dem Blickwinkel der Bevölkerung. In: Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.): Russlands Perspektive: Ein starker Staat als Garant von Stabilität und offener Gesellschaft? Edition Temmen, Bremen. S. 323

¹⁰² Vgl.: Gorzka/Schulze (2002): S. 176

¹⁰³ Gorzka/Schulze (2002): S. 319/320

Auch die Privatisierungen, von denen nach Angaben der Planer der Wirtschaftsreformen die gesamte russische Bevölkerung profitieren sollte, waren nur für einen sehr eingeschränkten Personenkreis lukrativ. Die Privatisierungen verliefen zwar unglaublich schnell (zwischen 1992 und 1996 wurden ca. 114.000 staatliche Betriebe privatisiert¹⁰⁴), hatten jedoch im Wesentlichen eine Umschichtung von Staatseigentum in einige wenige private Hände zur Folge. Dies vor allem deshalb, weil in Russland vor der „legalen“ Privatisierung in der ersten Hälfte der 1990er Jahren in den Jahren davor eine verdeckte „Nomenklatura-Privatisierung“ (ein Begriff den auch Jegor Gaidar selbst in seinen Büchern verwendet¹⁰⁵) vonstatten ging, die großteils schon erledigt war als der öffentliche Teil der Privatisierungen anging.¹⁰⁶ Kryshtanovskaya spricht in diesem Zusammenhang auch von einer „Privatisierung des Staates durch den Staat.“¹⁰⁷ Von den Privatisierungen profitiert haben damit vor allem Mitglieder der alten Eliten (Politiker der zweiten oder dritten Reihe, die Manager der vormaligen Staatsbetriebe und vor allem auch Mitglieder des Komsomol), die die wichtigen Kontakte zu den Planern und Antreibern der Privatisierungen hatten. Weshalb auch, zumindest für den Zeitraum der ersten Hälfte der 1990er Jahre, nicht von einer Transformation des Wirtschaftssystems gesprochen werden kann, sondern von einer Übernahme und Adaptierung der Wirtschaft durch die alte Nomenklatura.¹⁰⁸ Auch der Hauptarchitekt der Wirtschaftsreformen, Jegor Gaidar, analysierte die russischen Verhältnisse Mitte der 90er Jahre, nachdem er sich von Boris Jelzin und seiner Umgebung distanziert hatte, in ähnlicher Art und Weise. Gaidar spricht von einer „*halbliberalen Ökonomie*“ die die Nomenklatura sich wünscht, „*liberal für sich selbst, nicht aber für die anderen.*“¹⁰⁹ Gaidar erkannte, dass es für die Nomenklatura bei den Reformen vor allem darum ging „*der Macht das Eigentum hinzuzufügen*“ und zieht folgende Schlussfolgerungen:

„Ziel der Bürokratie ist es, das derzeitige zur Hälfte ‘umgestülpte’ System der Eigentumsverhältnisse in Russland zu erhalten und zu konservieren. Die Unbestimmtheit dieser Verhältnisse erlaubt es der Nomenklatura, für das ‘niemandem gehörende’ Eigentum zwar nicht verantwortlich zu sein, jedoch darüber zu verfügen

¹⁰⁴ Gustafson, Thane (1999): *Capitalism Russian-Style*. Cambridge University Press. S. 36

¹⁰⁵ Füllsack, Manfred (1996): *Postsowjetische Gesellschaft. Desintegration, Marktwirtschaft, Nationalismus und die Stellung der Frau in Russland. Studien zur Gesellschaftsentwicklung am Rande Europas*. Verlag Turia + Kant, Wien. S. 73

¹⁰⁶ Vgl.: Kryshtanovskaya, Olga (2005): *Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin*. Kiepenhauer & Witsch, Köln. S. 174

¹⁰⁷ Ebd.: S. 183

¹⁰⁸ Vgl.: Gustafson (1999): S. 14

¹⁰⁹ Schneider, Eberhard (1997): *Die Formierung der neuen rußländischen politischen Elite. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 51-1997*, Köln. S. 11

und die Einnahmen daraus zu verwenden, als wäre es ihr persönliches Eigentum. Zum Schutz, zum Ausbau und zur Festschreibung dieses Zustands benötigt sie einen starken Staat.“¹¹⁰

Gaidar analysiert, meines Erachtens vollkommen richtig, warum die Nomenklatura sehr bald nach der Machtübernahme Jelzins sehr vehement für einen starken Staat eintrat, während sie zwischen 1986 – 1991, als es darum ging, ihre Macht und ihr Eigentum zu privatisieren, für die Lockerung der staatlichen Kontrolle kämpfte. Für diese enge Verknüpfung von Macht und Eigentum gibt es bereits Anfang der 1990er Jahre einige prominente Beispiele. Pjotr Aven beispielsweise war, bevor er 1994 die heute größte russische Bank, die Alfa-Bank gründete, 1992 Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen, der ehemalige Generalstaatsanwalt Russlands Vladimir Stepanov gründete noch während seiner Amtszeit eine Firma, die er nach dem Ende seiner Amtszeit erfolgreich weiter betrieb.¹¹¹ Begleiterscheinungen all dieser Entwicklungen waren ein sprunghafter Anstieg der organisierten Kriminalität und Korruption in den 1990er Jahren. Auch die ehrlichsten Staatsbeamten mussten erkennen, dass sie allein durch ihr Gehalt kaum ihr Auslangen fanden, was oftmals zur Folge hatte, dass sie ihre Machtpositionen ausnützten um sich illegal zu bereichern.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass die russische Gesellschaft, die mehr als sieben Jahre in einem System lebte, das die Karikatur eines kommunistischen Systems im Sinne von Marx war, nun in einem System lebte, das die Karikatur eines funktionierenden kapitalistischen Systems im Sinne Adam Smiths ist. Treffend ausgedrückt wird dieser Umstand in einem beliebten russischen Witz: „Was hat der Kapitalismus in einem Jahr geschafft, das der Kommunismus in 70 Jahren nicht geschafft hat?“ Die Antwort: „Er hat es geschafft den Kommunismus gut aussehen zu lassen.“

Als die Schocktherapie 1995 zu Ende ging, war Boris Jelzin einer der unbeliebtesten Politiker des Landes. Seine Zustimmungsraten waren so niedrig, dass seine Wiederwahl bei den aufkommenden Präsidentschaftswahlen 1996 unmöglich schien. Zu groß waren der Vorsprung und die Popularität des kommunistischen Kandidaten Gennadij Sjuganov, dessen Kommunistische Partei die Dumawahlen im Dezember 1995 klar gewonnen hatte, zu

¹¹⁰ Gaidar, Jegor (1995): Entscheidung in Russland. Die Privatisierung der Macht und der Kampf um eine zivile Gesellschaft. Carl Hanser Verlag, München. S. 181

¹¹¹ Vgl.: Lapina, Natalia (1996): Die Formierung der neuen rußländischen Elite. Probleme der Übergangsperiode. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 7-1996, Köln. S. 18

unpopulär war der kränkelnde Präsident (Anfang 1995 betrug Jelzins Zustimmungsrate 3,6 %¹¹²). Ein kommunistischer Präsident wäre natürlich ein Alptraum für die Eliten des neuen Russlands gewesen. Und diese zeigten sich nun, natürlich auch aus Eigeninteresse, dem Regime, das ihren Reichtum ermöglicht hatte, erkenntlich. Da die meisten Medienunternehmen im Besitz von Oligarchen waren, verfügten diese über ungeheure Möglichkeiten die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Und so setzte eine beispiellose Medienkampagne pro Jelzin ein, an der alle wichtigen Fernseh- und Radiostationen und Zeitungen beteiligt waren und die Boris Jelzin doch noch einmal in den Kreml spülte (Jelzins Zustimmungsrate stieg im ersten halben Jahr bis zu den Wahlen im Sommer 1996 um 24 %¹¹³). Der kritische russische Wissenschaftler, Politiker und Publizist Boris Kagarlitzky beschreibt diese Präsidentschaftswahlen als den „*Beginn der Fusion der Medien mit dem Kreml.*“¹¹⁴

3.2.2 Die neue russische Wirtschaft

Die Oligarchen kontrollierten spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht nur die Wirtschaft, sondern hatten auch einen enormen Einfluss auf die Politik der Jelzin-Administration. Bekannt wurde diese Verbindung von Wirtschaftsgrößen mit der unmittelbaren Umgebung Jelzins unter der Bezeichnung „Die Familie“. Unter Putin wurde der unmittelbare politische Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt. Ihre wirtschaftliche Macht und Stellung wurde jedoch nicht angetastet, so lange die Oligarchen sich nicht in politische Belange einmischten. Taten sie dies doch, landeten sie wie Michail Chodorkovskij im Gefängnis oder mussten ins Exil gehen wie Boris Beresovskij. Beresovskij war der ehemals mächtigste der Oligarchen in Russland, der in den Jelzin-Jahren zu einem der reichsten Männer Russlands aufstieg, die wichtigsten Medien des Landes kontrollierte und von Jelzin sogar zum Vize-Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrates und zum Exekutiv-Sekretär der GUS ernannt worden war.¹¹⁵ Pikanterweise gilt er auch als einer der „Erfinder“ Putins. Oligarchen, wie der Kronprinz Beresowskij und derzeit reichste Mann Russlands Roman Abramovitsch, die eng mit der Putin-Administration zusammenarbeiten, müssen keine Verfolgungen durch die Staatsmacht fürchten. Damit hat der Staat in wirtschaftlichen Belangen zwar wieder das Sagen (der wichtigste Wirtschaftsbereich Russlands, die Erdöl- und Erdgasindustrie wird wieder

¹¹² Vgl.: Haarland/Niessen (1997): S. 76

¹¹³ Vgl.: Haarland/Niessen (1997): S. 77

¹¹⁴ Kagarlitzki, Boris (2002): *Russia under Yeltsin and Putin. Neoliberal Autocracy.* Pluto Press, London. S. 127

¹¹⁵ Vgl.: <http://www.netstudien.de/Russland/beresowski.htm> (Entnommen am 02.10.2007)

maßgeblich vom russischen Staat kontrolliert), doch die Oligarchisierung und Korruptiertheit der russischen Wirtschaft wurden nicht beseitigt. Nach wie vor kontrollieren einige wenige Oligarchen wie beispielsweise Roman Abramovitsch, Oleg Deripaska oder Viktor Vekselberg große Teile der russischen Wirtschaft. 2003 sind, laut Weltbankangaben, die 23 größten Unternehmensgruppen für 57 % der russischen Industrieproduktion gestanden.¹¹⁶

Grundsätzlich hat sich die russische Wirtschaft von der schweren Wirtschaftskrise 1998 wieder erholt. Das Wirtschaftswachstum Russland liegt seit dem Jahr 2000 stabil zwischen 5 und 8 %.¹¹⁷ Dies ist vor allem auf die hohen Rohstoffpreise zurückzuführen. Allerdings ist das mit der Problematik verbunden, dass die russische Wirtschaft zu einem hohen Maße vom Rohstoffsektor abhängig ist. Nach offiziellen russischen Angaben beläuft sich der Anteil des Öl- und Gassektors am russischen BIP auf 9 %, laut Weltbank ist dieser Anteil allerdings bedeutend höher. Sie geht von einem Anteil von ca. 25 % aus.¹¹⁸ Mit Hilfe der Einnahmen aus dem Export von Erdöl und Erdgas erzielt Russland seit dem Jahr 2000 Budgetüberschüsse und konnte die Schulden beim IWF bereits tilgen. Insgesamt ist die Auslandsverschuldung auf 5 % des BIP gesunken.¹¹⁹

Diese positiven Daten sollten allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Großteil der russischen Bevölkerung kaum oder nur sehr langsam von diesem wirtschaftlichen Aufschwung profitiert. Das Bild einer zutiefst in Arm und Reich gespaltenen Gesellschaft als Resultat der Reformen der frühen 1990er Jahre bleibt bestehen. Im Jahr 2003 lebte etwa ein Viertel der russischen Bevölkerung unter dem offiziellen monatlichen Existenzminimum von 1.800 Rubel (= 52,08 Euro).¹²⁰ Ein Großteil der Bevölkerung lebt knapp über dieser Grenze. Gleichzeitig verdienten ein Fünftel der Russen knapp die Hälfte des russischen Gesamteinkommens.¹²¹ Weltweit hat Russland bereits die drittgrößte Anzahl an Milliardären.¹²² An dieser Spaltung des Landes scheint sich auch in der nächsten Zukunft

¹¹⁶ Vgl.: <http://www.wsws.org/de/2005/feb2005/russ-f05.shtml> (Entnommen am 08.10.2007)

¹¹⁷ Vgl.: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Länderinformationen/RussischeFoederation/Wirtschaft.html> und <http://www.zmp.de/shop/inhaltsverzeichnis/bigfexRussland.pdf> (Entnommen am 03.10.2007)

¹¹⁸ Vgl.: <http://www.zmp.de/shop/inhaltsverzeichnis/bigfexRussland.pdf> (Entnommen am 03.10.2007)

¹¹⁹ Vgl.: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Länderinformationen/RussischeFoederation/Wirtschaft.html> (Entnommen am 03.10.2007)

¹²⁰ Vgl.: Franzen/Haarland/Niessen (2005): S. 76

¹²¹ Vgl.: Ebd.

¹²² Vgl.: <http://www.wsws.org/de/2005/feb2005/russ-f05.shtml> (Entnommen am 03.10.2007)

nichts zu ändern. Eine Mittelschicht bildet sich nur sehr zögerlich heraus. Optimistischen Schätzungen zu Folge zählen 20 % der russischen Bevölkerung zu dieser Schicht.¹²³

4. Eine passive Revolution? Eine Analyse der Ereignisse aus gramscianischer Sicht

Unter Punkt 3.1 und 3.2 habe ich versucht einen chronologischen Überblick über die Ereignisse Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu geben, die zur Herausbildung des Russlands geführt haben, das wir heute kennen. Weiters habe ich versucht die unmittelbaren Folgen dieser Transformation auf die Gesellschaft Russlands und auf die wirtschaftliche Struktur des Landes aufzuzeigen. Doch wie sieht eine Analyse dieser Ereignisse aus gramscianischer Sicht aus? Was steht hinter diesen nackten Zahlen und Fakten, die grob gesagt „nur“ zeigen, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung Russlands unermesslich reich geworden ist, ein etwas größerer Teil sich ganz gut mit dem neuen System arrangiert hat, während die große Mehrheit eine dramatische Verschlechterung ihrer unmittelbaren Lebensverhältnisse hinnehmen musste, was sich unter anderem in der dramatisch gesunkenen Lebenserwartung, in der gestiegenen Arbeitslosigkeit oder aber auch am deutlich gesunkenen Bildungsniveau der Gesamtbevölkerung zeigt. Daraus resultieren vor allem Fragen wie: Wer waren diese Gruppen, die besonders von den neuen Umständen profitiert haben? Woher kamen sie? Woher nahmen sie ihre Unterstützung? Wie gelang es alternative Transformationsprojekte zu marginalisieren? Diese und damit zusammenhängende Fragen möchte ich unter diesem und Punkt 4.1 „Die Hauptakteure der Transformation“ analysieren. Zunächst möchte ich die These untermauern, dass es sich bei dieser Transformation nicht wie zumeist behauptet wird, um eine Revolution der Bevölkerung und einiger weitsichtiger Politiker gegen ein ungeliebtes und ineffizientes System gehandelt hat, die im Wesentlichen die Folgen der Oktoberrevolution „korrigiert“ hat bzw. noch korrigieren soll, sondern um ein typisches Beispiel einer passiven Revolution nach Antonio Gramsci.

Ausgehen möchte ich dabei von der Interpretation von Gramscis Konzept der Hegemonie, die Joseph Femia in seinem Buch „Gramsci`s Political Thought. Hegemony, Consciousness, and the Revolutionary Process“ formuliert hat. Femia identifiziert drei verschiedene Typen von

¹²³ Vgl.: <http://www.russland.ru/ruwir0010/morenews.php?iditem=3302> (Entnommen am 03.10.2007)

Hegemonie in Gramscis Schriften.¹²⁴ Der erste Typ ist nach Femia das Muster des Konzepts von Hegemonie gramscianischer Prägung. Er nennt diesen Typ „*integrale Hegemonie*“. Es besteht eine „organische“ Beziehung zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Die Gesellschaft ist geprägt durch einen sehr hohen Grad moralischer und intellektueller Einheit. Es besteht praktisch kein Gegensatz zwischen politischer und ziviler Gesellschaft. Eine solch stabile Situation besteht allerdings nur in den historischen Situationen, in denen Opposition praktisch nicht vorhanden oder komplett diskreditiert ist, und die regierende Klasse wirklich eine progressive und produktive Rolle innehat, die „*die gesamte Gesellschaft nach vorne bringt, diese nicht nur ihre eigenen existenziellen Bedürfnisse befriedigt, sondern ihren sozialen Rahmen immer mehr erweitert um immer neue Sphären ökonomischer und produktiver Aktivitäten zu erobern.*“¹²⁵ Eine solche Mustersituation bestand nach der Französischen Revolution als es den Jakobinern gelang eine solche progressive Rolle innerhalb der Gesellschaft zu übernehmen, die Bedürfnisse einer breiten Masse der Bevölkerung zu ihren eigenen zu machen und zu vertreten und im Endeffekt die Basis des modernen französischen Staates zu schaffen. In der Sowjetunion bestand eine solche Hegemonie nur in der Propaganda der Kommunistischen Partei, der die angeblich organische Verbindung zwischen Partei und der sowjetischen Gesellschaft als Legitimierung ihrer Alleinherrschaft diente.

Der zweite Typ von Hegemonie ist die so genannte „*minimale Hegemonie*“. Dieser Typ basiert alleine auf der ideologischen Einheit der ökonomischen, politischen und intellektuellen Eliten. Diese Eliten versuchen jede Intervention der Bevölkerung möglichst zu unterbinden und setzen ihre Interessen durch, ohne weiter auf die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu achten. Ihre Herrschaft versuchen diese Gruppen zu erhalten in dem sie die intellektuellen, politischen, wirtschaftlichen Führer von potentiellen oppositionellen Gruppen in das Elitennetzwerk inkorporieren. Ein typisches Beispiel für eine solche minimale Hegemonie ist die Sowjetunion in den 1970er Jahren als Breschnew am Höhepunkt seiner Macht war. Der dritte Typ von Hegemonie ist die „*dekadente Hegemonie*“. Diese Form von Hegemonie beschreibt Joseph Femia folgendermaßen:

[Die Gesellschaft] „ist weder mehr fähig die Interessen aller zu repräsentieren und zu fördern, noch ist sie fähig die eindeutige Gefolgschaft der Nicht-elitären Gruppen

¹²⁴ Vgl.: Femia (1981): Gramsci's Political Thought. Hegemony, Consciousness, and the Revolutionary Process S. 46 - 48

¹²⁵ Femia (1981): S. 46

*sicherzustellen. Sobald die Funktion der dominanten Gruppe erschöpft ist, tendiert der gesamte ideologische Block zum Zerfall. Das Potential für soziale Desintegration ist immer gegeben: Konflikt lauert unter der Oberfläche. Trotz der zahlreichen Leistungen des Systems sind die Bedürfnisse und die Mentalität der Massen nicht wirklich im Einklang mit den dominanten Ideen. Obwohl das System umfassend ausgebaut ist, ist die soziale und politische Integration sehr zerbrechlich.*¹²⁶

Meiner Meinung nach beschreibt der Typ der dekadenten Hegemonie die Situation in der Sowjetunion wie sie Gorbatschow bei seiner Machtübernahme Mitte der 80er Jahr vorfand nahezu ideal. Gorbatschow erkannte sehr genau in welcher schwerer Krise sich der sowjetische Staat befand, und sprach dies auch offen an. Er war aber genauso davon überzeugt, dass es möglich war, diese Krise durch eine Reihe von Reformen zu bewältigen ohne dass dabei die Sowjetunion als Staat und der Kommunismus als Wirtschaftsform grundsätzlich in Frage gestellt werden. Doch er unterschätzte dabei, dass eine Lockerung des engen Griffes des Staates auf alle Bereiche der Gesellschaft natürlich auch zur Folge hat, dass Teile der Gesellschaft nicht nur danach trachten ein ineffizientes und überholtes System zu reformieren, sondern dass auch das System als solches in Frage gestellt wird und bestimmte Gruppen der Gesellschaft nach Alternativen zu diesem suchen, das ihren Interessen besser entspricht. Wir sollten uns dabei insbesondere noch einmal die zwei schon erwähnten „fundamentalen Grundprinzipien der Politischen Wissenschaft“ von Karl Marx in Erinnerung rufen: Erstens, dass keine Gesellschaftsformation verschwindet, solange die Produktivkräfte, die sich in ihr entwickelt haben, noch Raum für eine weitere Vorwärtsbewegung finden, und zweitens, dass die Gesellschaft sich keine Aufgaben stellt, für deren Lösung nicht bereits die notwendigen Bedingungen ausgebrütet sind. Beide Bedingungen treffen auf die Sowjetunion gegen Ende der 80er Jahre eindeutig zu. Teile der Elite begannen schon sehr bald die teilweise Öffnung des politischen Systems dafür zu nutzen, um an einer Alternative zu Gorbatschows Perestrojka zu arbeiten. Die Wirtschaft steckte in einer veritablen Krise, die Produktivkräfte der Gesellschaft hatten kaum mehr Möglichkeiten der Vorwärtsbewegung. Wichtige Positionen wurden von Personen besetzt, die Gorbatschows Politik skeptisch gegenüberstanden, und nach und nach gelang es Boris Jelzin und seinen Mitstreitern das Gesetz des Handelns in die Hand zu bekommen, während der Generalsekretär der KPdSU zwischen abwechselnden Zugeständnissen an den konservativen Teil der Elite und an die radikalen Reformen aufgerieben wurde. Die radikalen Reformen und vor allem Jelzin konnten

¹²⁶ Femia (1981): S. 47

die grundsätzliche Ansicht des Volkes, dass sich etwas im System ändern müsse, geschickt für sich nutzen. Vor allem die damalige Popularität Jelzins war ein wichtiger Trumpf im Ärmel der kapitalistischen Reformer. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die russische Bevölkerung eine bedeutende Rolle im Zuge des Umbruchs spielte. Es herrschte eine grundsätzliche Zustimmung der Bevölkerung zu gewissen Änderungen vor. Nicht mehr und nicht weniger. Die für eine Revolution maßgebende weitgehende Politisierung des Volkes blieb in Russland fast vollständig aus. Thane Gustafson beschreibt dies folgendermaßen: *„Only a few thousand people, mostly in Moscow, were directly involved in political activity, while the rest of the country, and indeed most Muscovites, went about their daily business.“*¹²⁷ Es gab keine Massenproteste und Massendemonstrationen gegen das sowjetische Regime und schon gar keine für den radikalen Systemwechsel der dann wenig später Realität wurde. Denn wie ich noch ausführen werde, unterschieden sich die Einstellungen der Bevölkerung und der Eliten in politischen und wirtschaftlichen Fragen maßgeblich. Den neuen Machthabern gelang es, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu nutzen, um ein neues System, das für den Großteil der ehemaligen Nomenklatura sehr viele Vorteile brachte, zu installieren. Der Großteil der Bevölkerung, sowie auch die „ursprüngliche“ Oppositionsbewegung gegen das Sowjetregime – die Dissidenten, spielten bei der Ausgestaltung des neuen Systems keine Rolle. Sie schienen geblendet von der Aussicht auf „westlichen“ Lebensstandard wie sie ihn bisher nur aus amerikanischen Filmen und Serien kannten und vertrauten offensichtlich darauf, dass die neue Führung schon zum Wohl aller handeln würde.

Der Umbruch selbst hat sich relativ schnell vollzogen, wurde aber in den Jahren davor in der Form eines gramscianischen Stellungskrieges vorbereitet, wie ich unter Punkt 4.1 dieser Arbeit noch genauer erläutern werde. Dieser Stellungskrieg ist im Verlauf des Umbruchs zweimal, nämlich beim Putschversuch gegen Gorbatschow 1991 und als Jelzin 1993 das oppositionelle Parlament stürmen ließ, in kleinere Bewegungskriege gemündet. Bei ersterem versuchten kommunistische Hardliner, die erkannt hatten, dass Michail Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU nicht mehr Herr der Lage war, mit Gewalt die Dynamik die unweigerlich zum Untergang des kommunistischen Systems führen würde, zu stoppen. Bei zweiterem handelte es sich im Wesentlichen um eine Auseinandersetzung darüber wer im zukünftigen russischen politischen System das bestimmende Element sein sollte: Der Präsident und seine Umgebung oder ein starkes Parlament. Beide Auseinandersetzungen konnte Jelzin bekanntlich für sich entscheiden. Alles in allem waren der Zerfall der Sowjetunion und die Transformation des Systems für alle Beobachter und Beobachterinnen

¹²⁷ Gustafson (1999): S. 21

ein überraschend friedlicher und glatter Übergang. Weder kam es zu wirklich ernsthaften Versuchen des konservativen Teils der alten Eliten sich gewaltsam an der Macht zu halten, noch kam es zur Frage der zukünftigen Ausgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems zu großen Auseinandersetzungen innerhalb der Bevölkerung. Den neuen Machthabern ist es mit Hilfe der Medien und des westlichen Auslandes gelungen, das neoliberale Wirtschaftssystem als den einzig richtigen und einzig möglichen Weg für Russland darzustellen. Maßgeblich unterstützt wurden sie dabei von der russischen Intelligentsia und den neuen kapitalistischen Geschäftsleuten.

Alle Eigenschaften die dieser Umbruch in der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre aufweist, entsprechen in nahezu idealer Weise Gramscis Konzept einer passiven Revolution. Der Staat befand sich eindeutig in einer Krise und es war klar, dass es zu Modifikationen innerhalb des Wirtschafts- und Staatssystems kommen muss. Verschiedene Gruppen innerhalb der Eliten Russlands arbeiteten bereits in der Zeit von Gorbatschows Perestrojka daran ihre eigenen Positionen zu verbessern. Die Transformation selbst und ihre Vorbereitung erfolgten praktisch ohne Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, dafür unter Beteiligung von westlicher Unterstützung. Der große Unterschied zum Konzept von Gramsci und damit einer der entscheidenden Faktoren in Bezug auf diese Transformation ist, dass zivilgesellschaftliche Strukturen in der Sowjetunion praktisch nicht existent waren. Es gab durch die Reformen unter Gorbatschow zwar Ansätze dafür, doch zur Ausbildung eines breiten zivilgesellschaftlichen Sektors war die Zeit eindeutig zu kurz. Das bedeutet, dass der Teil der Gesellschaft in dem nach Gramsci Widerstand oder Zustimmung zum herrschenden politischen System organisiert wird nur in sehr wenigen Ansätzen bestanden hat. Daraus ergibt sich, dass sich die Zugeständnisse der Herrschenden im Rahmen dieser Transformation in erster Linie nicht an eine durch jahrzehntelange Erfahrungen in einem autoritären System passive Bevölkerung richten mussten, sondern vor allem an Mitglieder der Elite-Gruppen der zweiten, dritten oder vierten Reihe: An Fabrikdirektoren, die ihre Fabriken nicht mehr nur verwalten wollten, sondern auch Profit daraus ziehen wollten, an Politiker der dritten oder vierten Reihe, die innerhalb des zähen Parteiapparats nur wenig Chancen auf einen raschen Aufstieg hatten, an die kommunistische Jugend, die sich immer mehr an kapitalistischen Werten orientierte, an ambitionierte Wissenschaftler usw. Das waren die Personengruppen, die unter den Bedingungen des alten Systems wirklich unzufrieden waren und die durch eine Systemveränderung am meisten profitieren konnten, da sie die besten Startvoraussetzungen hatten. Das waren dann auch die Gruppen, die den Systemwechsel betrieben und

unterstützten. Das eine latent unzufriedene Bevölkerung einem Systemwechsel grundsätzlich ebenfalls positiv gegenüberstand, kam diesen Gruppen natürlich entgegen. Aber es war eindeutig ein Prozess der von Teilen der politischen Klasse angestoßen und organisiert wurde und keinesfalls eine aus der Bevölkerung kommende Bewegung gegen die Herrschenden bzw. die Herrschaftsform.

In der ersten Euphorie und unter dem Einfluss der Versprechungen von baldigem Wohlstand und Zufriedenheit bestand unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sicher ein hegemonialer Konsens über das Ziel der freien Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild. Der soziale Mythos der diesen Konsens unterstützte war das vermeintliche Leben in Wohlstand und Freiheit nach „westlicher“ Art. Von einem historischen Block kann man sicherlich nicht sprechen, denn die Realität holte die Bevölkerung sehr schnell ein und so kam es zu keinem Zeitpunkt zu einer „*organischen Fusion zwischen (einer kaum vorhandenen) Zivilgesellschaft und Staat*“. Schon sehr bald, nämlich als langsam klar wurde, dass sich für den Großteil der Bevölkerung die Lebensumstände nicht verbesserten, sondern verschlechterten, ist es passender mit Stephen Gill von einer neoliberalen Vorherrschaft, und nicht von einem hegemonialen Konsens, zu sprechen. Dieses Konzept ist, meiner Meinung nach, für das Russland der 1990er Jahre besonders passend. Anders als in den westlichen Wohlstandsgesellschaften, in denen neoliberale Ansichten und Wirtschaftspolitik schon lange Mainstream geworden sind, und auch sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen sowie der Großteil der Bevölkerung dieses System kaum mehr in Frage stellen, kann man in Russland sicherlich von einer Vorherrschaft einer konsolidierten Gruppe über eine in viele Gruppen gesplante Opposition sprechen. Das die bewaffneten Strukturen des Landes im Ernstfall auf der Seite der herrschenden Elite sind, und diese auch bereit ist Gewalt einzusetzen, bewiesen bereits die Vorfälle des Jahres 1993, als Präsident Jelzin das Parlament stürmen ließ. Spätestens seit den Präsidentschaftswahlen 1996 wird diese Vorherrschaft durch massiven Einfluss auf die Medienlandschaft mit gleichzeitiger Kontrolle und Einschränkung jeglicher Opposition abgesichert.

Dieses System wurde unter dem neuen Präsidenten Vladimir Putin perfektioniert. Seit der Machtübernahme Putins wurde der staatliche Einfluss in der Wirtschaft, vor allem auf dem Rohstoffsektor, massiv ausgeweitet. Doch die neoliberale Ausrichtung der russischen Wirtschaft steht grundsätzlich nicht oder kaum mehr zur Debatte. Maßnahmen wie der Beitritt Russlands zur WTO werden von Regierung und Medien als eine unbedingte Notwendigkeit

dargestellt. Es wird höchstens über die Bedingungen und den Zeitpunkt des Beitritts diskutiert, aber nicht darüber ob ein Beitritt überhaupt sinnvoll ist oder nicht. Auch das politische und wirtschaftliche System und damit die Machtverteilung in Russland an sich und die Zugehörigkeit Russlands zum internationalen kapitalistischen Wirtschaftssystem werden in der Öffentlichkeit praktisch nicht diskutiert. Der Großteil der Bevölkerung hat genug damit zu tun, das tägliche Auskommen zu sichern und zeigt, aus verschiedensten Gründen, kein oder ein nur sehr geringes Interesse daran aktiv am politischen Prozess teilzunehmen. Putin versteht es dabei geschickt, das Volk durch nationalistische Großmachtansprüche, singuläre Aktionen gegen in Ungnade gefallene Oligarchen oder Maßnahmen gegen kaukasische Wirtschaftskriminelle von den wahren Problemen abzulenken und sich selbst als Stabilisator darzustellen. Insofern ist es erst der Putin-Administration gelungen das System der Dominanz und Vorherrschaft in Russland zu festigen. Diese Vorherrschaft ist vor allem durch die Zustimmung zu Putins Politik getragen und mit dem Gefühl verbunden, mit Putin wieder einen starken Mann an der Spitze zu haben, der die verlorene weltpolitische Geltung Russlands schrittweise wieder aufbaut und gleichzeitig im Land selbst für Ordnung sorgt. Einrichtungen wie die russische orthodoxe Kirche oder die Medien, die fast alle unter staatlichem Einfluss stehen, tragen maßgeblich zu diesem Grundkonsens bei. Man darf gespannt sein, auf welche Weise es den russischen Machthabern gelingt Präsident Putin, die Verkörperung des russischen Konsenses, auch nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit eine maßgebende Rolle im politischen System des Landes spielen zu lassen.

Eines kann man jedoch mit Sicherheit sagen, auch in Jelzins und Putins Russland wurde und werden die Bildung und die Aktivitäten einer mündigen und breiten Zivilgesellschaft alles andere als gefördert. Besonders seit der Amtsübernahme von Vladimir Putin haben sich die Arbeitsbedingungen von Journalisten und Journalistinnen, von Nicht-Regierungsorganisationen, von oppositionellen Gruppen usw. noch einmal drastisch verschlechtert. Das Machtsystem in Moskau ist mehr denn je von einem dauernden Ringen verschiedener Gruppen (wie z.B. den Wirtschaftsliberalen oder dem Geheimdienst- und Militärblock) innerhalb der politischen Eliten geprägt. Die Bevölkerung nimmt praktisch nicht aktiv Teil an der Politik. Es wird auch in keinster Weise versucht die historisch geprägte passive Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik zu ändern. Eher im Gegenteil. Das Verhältnis des russischen Volkes ist geprägt von Desinteresse und Enttäuschung wie auch die ständig sinkende Wahlbeteiligung beweist. Der Präsident selbst ist eine Ausnahme. Er wird nicht als Politiker im eigentlichen Sinn gesehen, sondern mehr als guter aber strenger Zar der

für Ordnung sorgt. Von Antonio Gramsci haben wir gelernt, dass in einem Staat in dem keine Zivilgesellschaft vorhanden ist Machtwechsel nur durch Staatsstriche oder durch Abmachungen innerhalb der politischen Kaste möglich sind. Diese Gefahr scheint auch in Russland ständig gegeben. Präsident Putin ist es sehr gut gelungen, die verschiedenen Machtzentren in einem Gleichgewicht zu halten bzw. gegeneinander auszuspielen. Doch ob diese sehr trügerische Stabilität auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann ist fraglich. Putin hat eindeutig von den hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe profitiert. Nur dadurch ist es im gelungen die Wirtschaft zu stabilisieren und die Sozialsysteme halbwegs aufrecht zu erhalten. Aber ob das „System Putin“ auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten funktioniert, lässt sich kaum vorher sagen. Sagen kann man allerdings, dass es momentan so scheint, dass es keine aus der Bevölkerung kommende oder von der Bevölkerung unterstützte Bewegung in Russland gibt, die eine echte demokratische Ordnung verwirklichen könnte. Wie die Situation der russischen Zivilgesellschaft aussieht und ob es in absehbarer Zeit vielleicht Aussichten auf eine Formierung einer gegen-hegemonialen Bewegung aus dem Volk gibt, möchte ich im zweiten Teil dieser Arbeit besprechen. Davor möchte ich mich noch mit den Hauptakteuren der Systemtransformation in Russland beschäftigen.

4.1 Die Hauptakteure der Transformation

4.1.1 Die sowjetischen Eliten

Wie wir schon gesehen haben, kann die Systemtransformation in Russland auf keinen Fall als eine Revolution von „unten“ betrachtet werden. Dies wäre in der Sowjetunion auch gar nicht möglich gewesen. Anders als in den meisten anderen ehemaligen kommunistischen Ländern Osteuropas, die zumindest über eine gewisse demokratische Tradition und über zivilgesellschaftliche Strukturen verfügten, war dies in der Sowjetunion absolut nicht der Fall. Boris Kagarlitzki beschreibt diesen Umstand in seiner brillanten Analyse der post-sowjetischen Gesellschaft folgendermaßen:

„Die Gesellschaft blieb in hohem Maße sozial entwurzelt. Die Menschen wurden sich ihrer wahren Interessen nicht bewusst, normale soziale Beziehungen fehlten. Klassen existierten nicht. Massenbewegungen verwandelten sich unweigerlich in Herdenauftritte. Die Bürger waren es gewohnt, Bittgesuche an den Staat zu richten und gegen staatliche Willkür zu protestieren. Sie hatten keine Erfahrungen mit einer

Gesellschaft, in der die Staatsmacht schwach war und in der die Menschen ihre Probleme selbst lösen mussten.“¹²⁸

Die Bürokratie, Funktionäre der kommunistischen Partei und Teile der Mittelschicht waren die einzigen Elemente der Gesellschaft die organisiert waren. Damit hatten praktisch auch nur sie die Voraussetzungen die Reformen in die Wege zu leiten. Und so waren es vor allem Personen aus den unter der unmittelbaren Führungsschicht liegenden Schichten des politischen Systems, führende Akteure des sowjetischen Wirtschaftssystems und Teile der sowjetischen Intelligentsia die den Systemwechsel aktiv beförderten. Es waren diese Personengruppen, die sich den meisten Gewinn aus der Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems erhoffen konnten. Dies war sicherlich auch ein Hauptgrund dafür, dass ein großer Teil der sowjetischen Nomenklatura alsbald nicht Gorbatschow bei seinen Versuchen das sozialistische Wirtschaftssystem zu modernisieren und zu reformieren unterstützten, sondern jenen Teil der Opposition der einen Bruch mit dem Sozialismus und einen Übergang zu einer liberalen Marktwirtschaft forderte. Denn gerade diese Personengruppen hatten meist die nötigen Kontakte, das nötige Startkapital und das nötige Know-how um von einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem von Anfang an zu profitieren. Aus Managern von Staatseigentum würden private Eigentümer werden. Viele Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura tauschten Macht gegen Eigentum ohne sich selbst in kommerzielle Abenteuer stürzen zu müssen.¹²⁹ Und so hatten diese Gruppen kaum etwas zu verlieren, dafür jedoch umso mehr zu gewinnen. Die bekannte russische Elitenforscherin Olga Kryshtanovskaya beschreibt deshalb folgerichtig diese Revolution von oben folgendermaßen:

*„It was a revolution in which a younger generation of the nomenklatura ousted its older rivals. In effect it was a bourgeois revolution (...). And it involved a redistribution of political power, towards a group of younger, more pragmatic nomenklaturists, some of whom became politicians and some businessmen. In the economy there was a corresponding shift of power into property, based upon the privatisation of the key sectors of infrastructure.”*¹³⁰

¹²⁸ Kagarlitzki, Boris (1991): Der gespaltene Monolith. Die russische Gesellschaft an der Schwelle zu den neunziger Jahren. Kontext Verlag, Berlin. S. 37

¹²⁹ Vgl.: Kryshtanovskaya, Olga (2005): S. 188

¹³⁰ Kryshtanovskaya, Olga/White, Steven (1998): From Power to Property: The Nomenklatura in Post-Communist Russia. In: Gill, Graeme: Elites and Leadership in Russian Politics. St. Martins Press, New York. S. 98

Fast alle führenden Köpfe des neuen Systems hatten schon im alten System wichtige Rollen gespielt. Der neue russische Präsident Boris Jelzin als prominentestes Beispiel war Vorsitzender der Kommunistischen Partei in seiner Heimatregion Swerdlowsk (dem heutigen Jekaterinburg) und seit 1981 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und Kandidat des Politbüros, bevor er sich zum Führer der Oppositionsbewegung gegen Gorbatschow aufschwang. Weder in Russland selbst noch im Westen schien man die Tatsache wahrzunehmen, dass in Russland, im Gegensatz beispielsweise zu Polen, Ungarn oder Tschechien, keiner aus der Dissidentenbewegung eine einflussreiche Rolle im neuen System einnahm. Es wurde zwar viel davon gesprochen, dass die friedliche Sezession der Sowjetunion einem Wunder gleichkam. Doch genauer analysiert wie es möglich war, dass ein Regime, das tausende Menschen auf dem Gewissen hatte und Opposition sowohl im eigenen Land als auch in kommunistischen „Bruderländern“ mit Gewalt unterdrückte, einfach so die Segel strich wurde von fast niemandem. Das dies vor allem der Tatsache geschuldet war, dass dieser Systemwechsel für einen großen Teil der Nomenklatura nicht das Ende bedeutete, sondern ganz im Gegenteil eine maßgebliche Verbesserung der eigenen Position, ging einfach unter. Parteifunktionäre verbündeten sich mit Teilen der Mittelschicht und Teilen der legalen sowjetischen Wirtschaftselite sowie der illegalen „Schattenwirtschaftsstrukturen“ und konnten gemeinsam, ohne sich mit einer Oppositionsbewegung aus dem Volk auseinandersetzen zu müssen, das neue Machtmodell und die neuen Eigentumsstrukturen begründen.¹³¹

Da sich das sowjetische System zu dieser Zeit bekanntlich auch in einer schweren Legitimitätskrise befand, war es auch nicht zu erwarten, dass sich das Volk gegen diesen Systemwechsel wendet. Zumal von den Eliten mit Hilfe der Medien und mit Unterstützung des Westens ein möglichst marktliberales System als die einzig mögliche Option für Russland auf dem Weg zu mehr Wohlstand propagiert wurde. Wie sehr diese Meinung vorherrschend war, zeigt eine Studie, die 1991 unter russischen und britischen Ökonomen durchgeführt wurde. Der Frage, ob der Markt die beste Möglichkeit zur Regulierung der Wirtschaft sei, stimmten 95 % der befragten russischen Ökonomen, aber nur 66 % der britischen Ökonomen zu. Und gleich 100 % der russischen Ökonomen stimmten der Aussage *„Privateigentum ist eine notwendige Begleiterscheinung der Marktwirtschaft“* zu, während 25 % der befragten britischen Ökonomen dieser Aussage nicht zustimmten.¹³² Dies kann man sicherlich teilweise damit erklären, dass die russischen Ökonomen zwar die Probleme des sowjetischen,

¹³¹ Vgl.: Kagarlitzki (1991): S. 38/39

¹³² Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 69

sozialistischen Systems hautnah miterlebt hatten, aber mit den Problemen in einer Marktwirtschaft, im Gegensatz zu ihren britischen Kollegen, meist noch nie konfrontiert waren. Trotzdem zeigen diese Ergebnisse auch ganz deutlich, wie sehr die Debatte bereits in eine Richtung gelenkt war, denn natürlich kam gerade Ökonomen eine besondere Rolle bei der Transformation der Wirtschaft zu. Und wie man aus dieser Studie herauslesen kann, war kritisches Potential unter den damaligen Ökonomen praktisch nicht vorhanden. Wie sehr der Debatte über die Transformation des Wirtschaftssystems eine unaufhaltsame Eigendynamik und schrittweise Radikalisierung zu Gunsten einer neoliberalen Marktwirtschaft innewohnte, zeigte sich auch als Michail Gorbatschow selbst im Juli 1991 um die Mitgliedschaft der Sowjetunion im IWF und der Weltbank ansuchte.¹³³ Der Führer der mittlerweile stark geschrumpften kommunistischen Welt bittet um Mitgliedschaft seines Landes in den beiden wichtigsten kapitalistischen Institutionen. Ein Vorgang, der noch zwei Jahre davor absolut denkunmöglich gewesen wäre.

Eine weitere Studie, die im Juni 1991 die ideologischen Positionen der Moskauer Elite erforschte, kam zum Ergebnis, dass 76,6 % der Angehörigen der untersuchten Gruppe Anhänger eines kapitalistisch orientierten Gesellschaftsmodells waren. Im Gegensatz zu 12,3 % und 9,6 % die ein demokratisch-sozialistisches Modell bzw. ein kommunistisches Modell bevorzugen würden.¹³⁴ Die Meinung der „einfachen“ Bevölkerung bezüglich der Transformation des Systems war bei weitem nicht so eindeutig und in eine Richtung weisend, wie die der Eliten des Landes. Dies geht aus einer anderen Studie hervor, die im Mai 1991 die politischen und sozialen Ansichten von 1123 Menschen aus dem Raum Moskau und St. Petersburg untersuchte. Auf die Frage, welche Gesellschaftsform die Befragten bevorzugen würden, sprachen sich 36 % für eine demokratischere Form des Sozialismus aus, 23 % für eine modifizierte Form des Kapitalismus nach dem Vorbild von Schweden, 17 % für eine liberale Marktwirtschaft wie in den USA und 10 % dafür, das alte System wieder zu beleben.¹³⁵ Diese differenzierten Grundeinstellungen spiegeln sich auch in Fragen zur Privatisierung wider. Während fast 80 % der Bevölkerung der Ansicht war, dass der Staat großindustrielle Betriebe besitzen sollte, war die Mehrheit (fast 50 % der Befragten) dafür, dass im Handels- und Dienstleistungssektor private Unternehmer den Ton angeben sollten. Für den kleineren und mittleren Industriebereich und für landwirtschaftliche Betriebe wünschen sich wiederum fast 50 % der Befragten eine Form des genossenschaftlichen

¹³³ Vgl.: Kagarlitzki (2002): S. 86

¹³⁴ Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 111

¹³⁵ Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 133

Besitzes durch die Arbeiterschaft.¹³⁶ Diese Studien zeigen also deutlich, dass der Großteil der Bevölkerung Reformen durchaus positiv gegenüberstand und vor allem mehr Demokratie und Mitsprache wünschte, jedoch nur ein kleiner Teil für eine radikale Marktwirtschaft war, wie sie dann wenig später verwirklicht wurde. Die Forderung nach mehr Demokratie war es auch, die Boris Jelzin und seinen Mitstreitern anfangs die Unterstützung der Bevölkerung sicherte, die dann konsequenterweise auch größtenteils wieder verloren ging als der erste Präsident Russlands und seine Mitstreiter ihr radikales Wirtschaftsprogramm gegen den Willen und die Interessen eines großen Teiles der Bevölkerung durchzogen.

Dass die Rechnung derer innerhalb der sowjetischen Eliten, die eine Systemtransformation anstrebten, aufging, zeigen alle bekannten Untersuchungen die die Situation und Zusammensetzung der post-sowjetischen Eliten untersuchten. Aus diesen Studien geht eindeutig hervor, dass Angehörige der ehemaligen sowjetischen Nomenklatura tatsächlich die großen Gewinner der Systemtransformation waren. Der polnische Wissenschaftler Jacek Wasilewski hat in einer solchen Untersuchung herausgefunden, dass 48,2 % der sowjetischen politischen Nomenklatura ihre Position in der Elite auch im postsowjetischen Russland halten konnten. Ein weiteres Ergebnis der Studie zeigt, dass auf 86 Angehörige der sowjetischen Nomenklatura die zwischen 1988 und 1992 ihre Position halten konnten bzw. aufgestiegen sind, nur 10 kommen die einen Abstieg hinnehmen mussten.¹³⁷ Und so ist es wenig verwunderlich, dass der Autor der Studie zu folgendem Schluss kommt: „*East European revolutions were not particularly painful to former rulers. The process of social demotion affected a minority of them. In Poland and Hungary this minority is fairly numerous, whereas in Russia – nearly negligible.*“¹³⁸ Auch eine weitere, 1994 von Olga Krystanovskaya durchgeführte Untersuchung zeigt ähnliche Ergebnisse. Sie untersuchte den Anteil ehemaliger Nomenklaturisten in Führungspositionen und kam zum Ergebnis, dass 75 % der Personen in der Umgebung des Präsidenten, 74,3 % des Regierungspersonals und 82,3 % der Regionalelite ihre Wurzeln in der sowjetischen Nomenklatura hatten.¹³⁹

Das gleiche galt auch für die Mitglieder der sowjetischen Wirtschaftselite, also für die Manager der damaligen Staatsbetriebe, die nach der Wende dann meist zu Eigentümern dieser Betriebe wurden. Weiters hatten besonders Mitglieder des Komsomol, der

¹³⁶ Vgl.: Haarland/Niessen (1997): S. 225

¹³⁷ Vgl.: Kullberg, Judith/Higley, John/Pakulski, Jan: Elites, Institutions and Democratisation. In: Gill, Graeme (1998): Elites and Leadership in Russian Politics. St. Martins Press, New York. S. 118/119

¹³⁸ Ebd.: S. 119

¹³⁹ Vgl.: Schneider (1997): S. 9

Nachwuchsorganisation der KPdSU, einen entscheidenden Startvorteil: Im Jahr 1986 gab das Zentralkomitee der KPdSU einem Antrag des Komsomol statt, ein Netzwerk von wissenschaftlichen und technologischen Zentren zu etablieren. Diese Zentren arbeiteten eng mit verschiedensten Unternehmen zusammen und waren eine der ersten kommerziell organisierten Einrichtungen des Landes. Der Fokus der Zentren wurde bald auf die Herstellung von verschiedensten Gütern ausgeweitet. Vor allem der Handel mit ausländischen Firmen und Organisationen war, auf Grund der niedrigen Fixpreise in der Sowjetunion, extrem lukrativ für die Verantwortlichen dieser Zentren.¹⁴⁰ Außerdem genossen die Komsomol-Unternehmungen praktisch eine vollständige Steuerbefreiung. Bis zum Jahr 1990 bestanden etwa 4000 Wirtschaftsunternehmen, eine eigene Bank, ein Außenhandelsunternehmen, sowie ein Netz interregionaler und auch internationaler Wirtschaftsverbindungen, die aus diesen Komsomolzentren entstanden sind.¹⁴¹ Als die Sowjetführung 1990 auf diese Entwicklung reagierte und die Komsomolfunktionäre ermahnte nicht „Privateigentümer-Instinkten“ nachzugeben und ihnen die Steuerbefreiung aberkannte, hatten diese schon ein funktionierendes, mehr oder weniger marktwirtschaftliches System aufgebaut und brauchten ihre politischen Mentoren nicht mehr.¹⁴² Und anders als die Kommunistische Partei des Landes, die nach der Machtübernahme medienwirksam demontiert und deren Eigentum konfisziert wurde, überdauerten die Komsomol-Strukturen den Systemwechsel unbeschadet. Dabei war es sicherlich sehr hilfreich, dass die große Mehrheit des Komsomol-Apparates spätestens ab 1990 Boris Jelzin unterstützte.¹⁴³ Eine von Olga Kryshtanovskaya 2001 durchgeführte Studie kommt zum Schluss, dass 41 % der russischen Business-Elite aus der sowjetischen Nomenklatura stammt und von den restlichen 59 % ein bedeutender Teil zumindest aus einer Nomenklatura-Familie kommt.¹⁴⁴ Ein typisches Beispiel für einen solchen Manager aus der KP-Jugendorganisation war der Mann, der einige Jahre später der reichste Mann Russlands sein sollte, bevor er sich gegen Vladimir Putin wandte und im Gefängnis landete: Michail Chodorkovski. Er war schon als 23-jähriger Student der Chemie am Moskauer Mendeleev-Institut Sekretär des Komsomol-Komitees des Institutes. Als 1986 die besagte Erlaubnis der KP zur Eröffnung von Technologie- und Wirtschaftszentren gegeben wurde, machten Chodorkovski und einige seine Freunde ihre

¹⁴⁰ Vgl.: Kryshtanovskaya, Olga/White, Steven: From Power to Property: The Nomenklatura in Post-Communist Russia. In: Gill, Graeme (1998): Elites and Leadership in Russian Politics. St. Martins Press, New York. S. 87

¹⁴¹ Vgl.: Kryshtanovskaya (2005): S. 176

¹⁴² Vgl.: Ebd.: S. 177/178

¹⁴³ Vgl.: Gustafson (1999): S. 119

¹⁴⁴ Vgl.: Kryshtanovskaya (2005): S. 191

ersten Geschäfte mit dem Import von Computern.¹⁴⁵ Etwas mehr als zehn Jahre später war er als Eigentümer des „Menatep“-Bankenkonglomerats und des Ölkonzerns „Yukos“ der reichste Mann Russlands.

4.1.2 Internationale Akteure

Aus Punkt 4.1.1 geht klar hervor, dass Teile der sowjetischen Eliten die Hauptakteure beim Vorantreiben der Systemtransformation waren. Es waren diese Gruppen, die den Weg zur heutigen neoliberalen Marktwirtschaft einleiteten. Aber natürlich war die Sowjetunion der 1980er Jahre nicht mehr das systematisch abgeschlossene Land der Jahrzehnte davor, sondern hatte sich nach dem 2. Weltkrieg Schritt für Schritt auch gegenüber dem Westen geöffnet. In dieser Arbeit möchte ich mich jedoch nicht an den Spekulation darüber beteiligen, in wie weit der Druck des Westens, insbesondere der USA, zum Kollaps der Sowjetunion beigetragen hat. Gegenstand dieser Arbeit soll nur der unmittelbare Einfluss von internationalen, kapitalistischen Wirtschaftsakteuren in den Jahren der Transformation sein. Und dabei ist klar, dass eine Transformation des Wirtschaftssystems in Russland im Sinne der Interessen des westlichen, kapitalistischen Wirtschaftssystems war. Im Gegensatz zur politischen Transformation, die vom Westen in Hinblick auf die geopolitische Balance, durchaus mit Skepsis und Besorgnis gesehen wurde, war die Zustimmung des Westens zu den wirtschaftlichen Reformen vorbehaltlos. Deshalb wurden alle Gruppen, die in Richtung einer solchen Transformation arbeiteten, natürlich auch unterstützt. Wirklich signifikant wurde diese Unterstützung allerdings erst in den Jahren 1990/1991 als sich schon mehr oder weniger deutlich das Ende der Sowjetunion, und damit auch des kommunistischen Wirtschaftssystems, herauskristallisierte. In diesen Jahren begannen die G-7 der Sowjetunion massive wirtschaftliche Hilfe zu versprechen, wenn diese bereit wäre, „seriöse Reformen“ im Wirtschaftsbereich durchzuführen. Diese Bedingungen, die im Wesentlichen Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung umfassten, sind als der „Washington-Konsens“ bekannt geworden. Die Wirtschaftshilfe des Westens war damit an die Zustimmung des IWF zu den geplanten Reformen gekoppelt.¹⁴⁶ Und hier machte der Westen, insbesondere die G-7, der IWF, die OECD und die Europäische Bank für Entwicklung und Wiederaufbau, schon 1990 klar, dass sie nichts von Gorbatschows schrittweisen Übergang zur Marktwirtschaft hielten, sondern für einen radikalen Schnitt waren, wie aus den Erinnerungen von Michail

¹⁴⁵ Vgl.: Gustafson (1999): S. 120

¹⁴⁶ Vgl.: Kotz/Weir (2007): S. 90

Gorbatschow an den G-7 Gipfel in Houston im Sommer 1990 hervorgeht.¹⁴⁷ Er fügt aber auch hinzu, dass „*the G7 leaders did not try to deny our right to determine for ourselves the appropriate forms and tempos for carrying out the transition to the market.*“¹⁴⁸ In den Jahren 1992 bis 1996 hat Russland Kredite in der Höhe von 21 Mrd. USD vom IWF erhalten.¹⁴⁹ Natürlich haben diese Maßnahmen des Westens erstens die Abhängigkeit Russlands vom Westen erhöht und zweitens, dadurch das der Westen für einen schockartigen Übergang plädierte, diejenigen Gruppen in Russland, die für eine radikale Privatisierung und Marktliberalisierung eintraten, noch zusätzlich gestärkt. Doch die Grundsteine dieses Weges wurden, wie bereits erwähnt, schon in den Jahren davor gelegt.

Als sich die „radikalen Demokraten“ unter Jelzin nach dem August-Putsch die Macht in Russland sichern konnten, war auch der Einfluss des Westens am Größten. Russland benötigte Wirtschaftshilfe von außen, die auch großzügig versprochen wurde, sollte Russland zu radikalen Reformen bereit sein (Jeffrey Sachs, der wahrscheinlich bekannteste der westlichen Berater in Russland, versprach 15 bis 20 Milliarden Dollar internationaler Hilfe wenn Russland zu einem „big bang“ bereit wäre¹⁵⁰). Dafür durfte der Westen auch ein gehöriges Wörtchen bei der Ausgestaltung der Wirtschaftsreformen mitreden. Dieser Einfluss in Russland war für den Westen sehr lukrativ, da Russland ein riesiger neuer Markt für seine Produkte werden sollte und Russland zudem bekanntlich einer der größten Rohstoffexporteure der Welt war und ist.¹⁵¹ Und so kamen in dieser Zeit viele Berater und Beraterinnen des IWF oder der Weltbank nach Russland, die die erste russische Regierung bei der Durchführung ihrer radikalen Reformen unterstützte und bestärkte. Der Einfluss dieser Berater war sicherlich nicht gering, beispielsweise wurde das ursprüngliche Reformprogramm Gaidars auf Anraten westlicher Berater noch verschärft, wie einer der wichtigsten dieser Berater, der Schwede Anders Aslund, in seinem Buch zu den Wirtschaftsreformen in Russland beschreibt.¹⁵² Aber maßgebend bei der Ausarbeitung und Durchführung war

¹⁴⁷ Vgl.: Gorbatschow, Michail: Vorwort in: Klein, Lawrence R./Pomer Marshall (2001): *The new Russia. Transition gone awry.* Stanford University Press, S. XIV

¹⁴⁸ Ebd.: S. XV

¹⁴⁹ Vgl.: Grinberg, Ruslan: *Russia and International Economic Structures.* In: Hinteregger, Georg/Heinrich Hans-Georg (2004): *Russia – Continuity and Change.* Springer-Verlag, Wien. S. 339

¹⁵⁰ Vgl.: Pomer, Marshall (2001): *Introduction.* In: Klein, Lawrence K./Pomer, Marshall: *The new Russia. Transition gone awry.* Stanford University Press. S. 3

¹⁵¹ Einzelne Autoren und Autorinnen vertreten sogar die Ansicht, dass hinter der Schockstrategie eine bewusste Strategie des IWF und der G-7 stand, die darauf abzielte aus Russland einen reinen Lieferanten von Rohstoffen und Humankapital zu machen. (Vgl. dazu: Chossudovsky, Michel (2001): *Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg.* Zweitausendeins, Frankfurt am Main. S. 259 – 279)

¹⁵² Vgl.: Aslund, Anders (1995): *How Russia became a Market Economy.* The Brookings Institution, Washington. S. 65

sicherlich Jegor Gaidar und sein Team. Als Ende 1991 die ersten IWF-Beraterteams in Russland eintrafen, musste kaum jemand aus der politischen und ökonomischen Elite vom Konzept „Schocktherapie“ überzeugt werden, strittig waren höchstens einige Details des Programms, nicht aber die grundsätzliche Richtung. Opposition zu diesem Kurs war anfangs in Russland so gut wie gar nicht vorhanden. Diese Ansicht wird auch von den russischen Ökonomen, die maßgebend an der Wirtschaftstransformation beteiligt waren, bestätigt. In einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ beantwortet Anatolij Tschubais, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion Privatisierungsminister in Russland war, die Frage nach dem Einfluss von Jeffrey Sachs (als international bekanntester und vermeintlich einflussreichster der internationalen Berater in Russland) auf die Maßnahmen der ersten russischen Regierung folgendermaßen:

„Die Rolle von Jeffrey Sachs bei der Privatisierung war nahe null. In St. Petersburg hatten wir schon in den achtziger Jahren eine Gruppe von jungen Wirtschaftswissenschaftlern gebildet. Wir studierten die Geschichte von Reformen, die Neue Ökonomische Politik von Lenin, die Reformen in Jugoslawien, Polen und Ungarn. Und wir lasen Werke westlicher Ökonomen, die damals verboten waren.“¹⁵³

Wie mächtig diese Gruppe war, die zusammen mit Jegor Gaidar die wirtschaftliche Transformation durchgeführt hat, lässt sich auch daraus ersehen, dass die anderen Mitglieder dieser Gruppe neben Tschubais, der seit neun Jahren an der Spitze des russischen Energieriesen JES steht, der heutige russische Finanzminister Alexej Kudrin und der Chef der russischen Zentralbank Sergej Ignatjew waren.¹⁵⁴

Aus heutiger Perspektive kann man sagen, dass die russischen Wirtschaftsreformen unter Einfluss von westlichen Beratern, für die Russland eine Spielwiese für ihre radikalen neoliberalen Theorien gewesen sein muss, und den euphorisierten russischen Ökonomen und Politikern, die, ähnlich wie die Bolschewiken 70 Jahre davor, der russischen Bevölkerung ein Paradies auf Erden unter geänderten Vorzeichen versprachen, aus Russland einen, im Vergleich zu den westlichen kapitalistischen Staaten, weit wirtschaftsliberaleren Staat machten. So wurde erst der „Raubtierkapitalismus“, der in den nächsten Jahren um sich griff und der für diejenigen mit den richtigen Kontakten und dem nötigen Vorwissen immense Vorteile hatte, den Großteil der Bevölkerung jedoch verarmen ließ, möglich. Erst unter Putin

¹⁵³ Der Spiegel (39/2007): Spiegel-Gespräch mit Anatolij Tschubais. S. 79

¹⁵⁴ Vgl.: Ebd.

wurde der Einfluss des Staates in der Wirtschaft wieder größer und der hemmungslose Kapitalismus etwas eingedämmt. Allerdings nur sehr selektiv und mit oftmals sehr fragwürdigen Methoden wenn man beispielsweise an den Fall Chodorkovskij und den gleichzeitigen Schutz und die Bevorzugung anderer Oligarchen und der grundsätzlichen Aufrechterhaltung des herrschenden Systems denkt.

II. Teil: Zivilgesellschaftliche Strukturen in Russland – Aussichten auf ein gegen-hegemoniales Projekt?

Ausgehend von den bisherigen Erkenntnissen dieser Arbeit möchte ich in diesem zweiten Teil der Frage nachgehen, inwieweit sich in Russland in den Jahren seit dem Systemwechsel

funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen herausgebildet haben und inwieweit diese das Potential haben, eine echte Oppositionsbewegung gegen die herrschende Elite und das vorherrschende System zu formieren um breitere Schichten der Bevölkerung am wirtschaftlichen Reichtum und am politischen Entscheidungsprozess teilhaben zu lassen. Ich stütze mich dabei auf die Erkenntnis Gramscis, dass eine stabile Herrschaft immer auch eines Konsenses innerhalb der Bevölkerung bedarf, wenn sich diese nicht rein auf Zwang und Gewalt stützen will. Nur wenn es diesen Konsens gibt, ist die herrschende Klasse gegen gewaltsame Umstürze, Putschversuche und dergleichen geschützt. Gleichzeitig aber ist die Zivilgesellschaft der Bereich der Gesellschaft in dem Alternativen zum bestehenden Herrschaftssystem ausgearbeitet werden und sich eine Oppositionsbewegung herausbilden kann. Im ersten Teil der Arbeit habe ich schon beschrieben, dass Gramsci die Zivilgesellschaft als Teil des Staates sah. Das Besondere im Falle Russlands (und den meisten anderen osteuropäischen, kommunistischen Ländern) ist, dass sich in diesen Staaten eine Zivilgesellschaft gegen den Staat formiert hat. Es bildeten sich also zivilgesellschaftliche Akteure heraus, die sich als Alternative zum herrschenden System sahen. Ob diese Gegenüberstellung Staat – Zivilgesellschaft nach wie vor vorhanden ist, wie die zivilgesellschaftlichen Strukturen organisiert sind und wie einflussreich diese sind, sowie welche Strategien die Staatsmacht in Bezug auf die zivilgesellschaftlichen Akteure verfolgt, möchte ich in diesem zweiten Teil der Arbeit untersuchen.

Ich gehe davon aus, dass sich in Russland ab der Machtübernahme durch Vladimir Putin eine hegemoniale Vorherrschaft entwickelt hat, die sich vor allem auf das Gefühl der Bevölkerung stützt, dass nach den chaotischen 1990er Jahren unter dem neuen Präsidenten eine gewisse Stabilität und Ordnung erreicht wurde. Um diese momentane Stabilität zu erhalten, scheint das russische Volk gerne in Kauf zu nehmen, dass das Land im Rahmen von Putins „gelenkter Demokratie“ zunehmend autoritär regiert wird und demokratische Verfahren meist nur mehr symbolischen Charakter haben und gleichzeitig nur eine relativ kleine Schicht vom wirtschaftlichen Reichtum des Landes profitiert. Macht und Herrschaft wird im heutigen Russland nicht in demokratischen Wahlen erreicht, sondern durch ein Gleichgewicht verschiedener Machtblöcke (vor allem zwischen eher westlich orientierten markliberalen Gruppen, Anhängern des so genannten „Sonderwegs“ Russlands in den „bewaffneten“ Ministerien und dem Geheimdienst und den von Putin nach Moskau „importierten“ St.

Petersburger Polittechnokraten¹⁵⁵) aufrechterhalten und delegiert. Dieses Gleichgewicht scheint sich in der Zeit der Präsidentschaft Putins stabilisiert zu haben. Inwieweit dies aber auch unter dem neuen Präsidenten Medwedew so sein wird und wie stabil sich dieses System im Zuge wirtschaftlich schwierigerer Jahre erweisen wird, lässt sich nur sehr schwer vorhersagen. Auf jeden Fall scheint die Gefahr eines offenen Machtkampfes, in welcher Form auch immer, in Russland jederzeit gegeben. Ob in den nächsten Jahren die Chance auf die Entstehung einer wirklichen aus dem Volk kommenden demokratischen Alternative zum herrschenden politischen und wirtschaftlichen System besteht, möchte ich im Weiteren in den folgenden Punkten erläutern.

5. Zum Begriff der „Zivilgesellschaft“

Begriffsgeschichte¹⁵⁶

In der einschlägigen Literatur zu diesem Thema wird Aristoteles als derjenige benannt, der den Begriff „Zivilgesellschaft“ bzw. „bürgerliche Gesellschaft“ (*koinonia politike* = Vereinigung von Bürgern) als Erster in seinen Schriften verwendet hat. Er bezeichnete damit allerdings ganz allgemein das politische Gemeinwesen. Diese Begriffsbestimmung hält sich viele Jahrhunderte lang. Cicero übersetzte diesen Begriff mit „*societas civilis*“. Dieser Begriff wird in der mittelalterlichen und neuzeitlichen Literatur zum Leitbegriff für die politisch verfasste Gesellschaft.¹⁵⁷ Erst zwischen 1750 und 1850 setzt sich eine modernere Konnotation durch, die die Zivilgesellschaft klar vom Staat trennt. Diese Entwicklung des Konzepts ist untrennbar mit den Namen Hegel, Locke, Montesquieu und Tocqueville verbunden. John Locke war derjenige, der den Staat und die bürgerliche Gesellschaft in Ansätzen sachlich trennte. Hegel war es dann vorbehalten eine begrifflich klare Trennung und Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft zu formulieren.¹⁵⁸ Auf den kanadischen Politikwissenschaftler Charles Taylor geht die Unterscheidung eines L-Stranges und eines M-

¹⁵⁵ Vgl.: Mangott, Gerhard (2004): Russia – the emergence of a (Mis-)Managed Democracy. In: Hinteregger, Gerald/Heinrich, Hans-Georg (Hg.): Russia – Continuity and Change. Springer-Verlag, Wien. S. 66

¹⁵⁶ Vgl. vor allem: Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Campus Verlag, Frankfurt/New York. S. 9 – 13 und Arato, Andrew/Cohen, Jean L. (1992): Civil Society and Political Theory. MIT Press, Cambridge/London. S. 83 - 117

¹⁵⁷ Vgl.: Lohmann, Georg (2003): Modell „Zivilgesellschaft“ – Grundlagen, Eigenschaften und Probleme. In: Lohmann, Georg (Hg.): Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West. Peter Lang – Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main. S. 13

¹⁵⁸ Vgl.: Lohmann (2003): S. 13

Stranges des Zivilgesellschaftskonzeptes zurück. Der liberale auf Locke zurückgehende L-Strang betont vor allem den Schutz der Individualrechte vor Übergriffen des Staates. Für ihn ist die bürgerliche Gesellschaft eine dem Staat vorrangige außer-politische Realität. Der M-Strang geht auf Montesquieu zurück und betont vor allem die Vermittlung zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Sphäre. Montesquieu und spätere Denker wie beispielsweise Tocqueville haben sich vor allem mit den die beiden Sphären verbindenden Strukturen (*corps intermediares*) auseinandergesetzt.¹⁵⁹

Als Karl Marx etwas später die Zivilgesellschaft (bzw. die bürgerliche Gesellschaft) fast ausschließlich auf die kapitalistische Warenproduktion reduzierte, wurde es relativ still um diesen Begriff. Eine bedeutende Erweiterung erlebte er erst wieder durch die Schriften Antonio Gramscis, der die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft trennte und dazu einen völlig neuen analytischen Ansatz im Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft entwickelte, wie an späterer Stelle noch genauer ausgeführt werden wird. Erst ab den 1970er Jahren im Zuge der Dissidentenbewegungen in den kommunistischen Ostblockländern erlebte das Konzept auch in der westlichen Literatur ein Comeback. Die Dissidenten strebten eine Reform des politischen Systems von unten an. Eine „zweite Gesellschaft“, die aus Zusammenschlüssen von Familien- und Freundesnetzwerken entstehen sollte, wurde dem totalitären Staat entgegengestellt. Dieses Konzept tauchte dann in ähnlicher Art und Weise in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung ab den 1980er Jahren verstärkt auf. Im Zuge dieser Debatten erhielt der Begriff seine positive Konnotation wieder zurück. Spätestens seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks ist der Begriff der Zivilgesellschaft wieder in aller Munde. Eine Gesellschaft mündiger Bürger die dem Staat gegenübersteht, die ihre eigenen Interessen wahrnimmt und vertritt gilt fortan als Kennzeichen „echter“ Demokratien. Diese einfache Definition lässt natürlich sehr viel Spielraum für sehr unterschiedlichen Interpretationen, und je nach Interesse, politischer Weltanschauung usw. wird der Begriff auch sehr unterschiedlich ins Spiel gebracht. Im nächsten Punkt werde ich daher versuchen, die wesentlichen Kennzeichen des Konzeptes „Zivilgesellschaft“ zusammenzuführen, um damit eine allgemein gültigere und engere Bestimmung des Begriffs vorzunehmen.

¹⁵⁹ Vgl.: Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (1997): Zivilgesellschaft und Transformation. In: Lauth/Merkel (Hg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Politikwissenschaftliche Standpunkte Bd. 3. S. 20

Allgemeine Begriffsbestimmung

Wie ich bereits angedeutet habe, ist der Begriff „Zivilgesellschaft“ unglaublich kompliziert und vielschichtig. In einer ersten Annäherung an den Begriff kann mit Anita Bister einmal festgestellt werden, dass Zivilgesellschaft der Bereich ist, der „*privat, aber nicht gewinnorientiert, gemeinnützig, aber nicht staatlich*“ ist.¹⁶⁰ Grundsätzlich entstehen zivilgesellschaftliche Assoziationen im Gegensatz zum Staat spontan und auf Initiative von unten und funktionieren auf der Grundlage von Freiwilligkeit und Partnerschaftlichkeit ihrer Mitglieder.¹⁶¹ Der Politikwissenschaftler Phillipe C. Schmitter versteht unter zivilgesellschaftlichen Akteuren Organisationen, die eine Mittlerfunktion zwischen Staat und Gesellschaft wahrnehmen. Er identifiziert vier Normen die zivilgesellschaftliche Akteure konstituieren:¹⁶²

- **Dual Autonomy:** Autonomie gegenüber staatlichen Akteuren und Institutionen und gegenüber privaten Akteuren der Produktion (z.B. Unternehmen) und der Reproduktion (Familien).
- **Collective Action:** Die betreffenden Akteure sind fähig kollektive Aktivitäten zur Verteidigung bzw. Unterstützung ihrer Interessen zu tätigen.
- **Non-usurpation:** Es ist nicht das Ziel der Akteure staatliche Funktionäre zu ersetzen oder die Gesellschaft als Ganzes zu regieren.
- **Civility:** Sie entfalten ihre Aktivitäten innerhalb von bestehenden Regeln und Gesetzen.

Hierzu ist zu sagen, dass dies idealtypische Kategorien sind. Beispielsweise ist die Autonomie dem Staat gegenüber natürlich nicht vollkommen. Dadurch dass zivilgesellschaftliche Akteure in der Regel mit der politischen Sphäre interagieren, kann es oft zu einer Anbindung an eine politische Partei und/oder an einzelne politische Akteure kommen.¹⁶³ Abgesehen

¹⁶⁰ Bister, Anita (2002): Handlungsspielräume der zivilen Gesellschaft in Russland. In: Mangott, Gerhard (Hg.): Zur Demokratisierung Russlands. Bd. 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. S. 118

¹⁶¹ Vgl.: Gall, Julia (2007): Der politische Diskurs über die Zivilgesellschaft (Graždanskoe Obščestvo) in Russland. Diplomarbeit, Universität Wien. S. 33

¹⁶² Vgl.: Schmitter, Phillipe C. (1993): Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy. Institut für Höhere Studien. Reihe Politikwissenschaft, Wien. S. 1

¹⁶³ Vgl.: Croissant, Aurel, Lauth, Hans-Joachim, Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Leske + Budrich, Opladen. S. 16

davon, sind zivilgesellschaftliche Akteure immer auch ein Stück weit vom Staat abhängig. Nicht nur was eventuelle direkte finanzielle Förderungen betrifft, sondern auch in der Hinsicht, dass der Gesetzgeber ja die Regeln schafft, innerhalb derer zivilgesellschaftliche Akteure handeln. Dies ist auch daraus ersichtlich, dass es sehr oft vorkommt, dass Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen direkt in die Politik wechseln. Arnd Bauerkämper weist darauf hin, dass insbesondere in Krisenzeiten sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Natur bestimmte zivilgesellschaftliche Akteure besonders auf den starken Schutz durch staatliche Einrichtungen angewiesen sind um ihre Wertegrundlagen gegen Anfeindungen von anderen Gruppen zu bewahren.¹⁶⁴ Antonio Gramsci gelang es in seinen Analysen diesem Dilemma auszuweichen, indem er die kategorische Trennung von Staat und Zivilgesellschaft aufgab und beide Sphären als sich gegenseitig beeinflussende, sich teilweise überlappende Teile eines Ganzen – der Gesellschaft – sah. Andere Autoren und Autorinnen betonen unter anderem auch noch, dass das „Nicht-gewählt-sein“ bzw. auch das Vertreten von nicht gewählten Gruppen einen wichtigen Konstitutionsfaktor zivilgesellschaftlicher Akteure ausmacht. Das heißt, dass sehr oft Minderheiten durch zivilgesellschaftliche Organisationen repräsentiert und vertreten werden, die bei demokratischen Wahlen keine adäquate Vertretung finden würden.¹⁶⁵ Auch ist eine klare Zuschreibung ob ein bestimmter Akteur der zivilgesellschaftlichen Sphäre zugeordnet werden kann oder nicht, nicht immer eindeutig möglich. Vielfach kommt es zu Überlappungen zwischen ziviler, politischer und wirtschaftlicher Ebene. Organisationen wie Gewerkschaften oder Berufs- oder Unternehmerverbänden agieren grundsätzlich in allen diesen Ebenen.¹⁶⁶ Manche Autoren und Autorinnen arbeiten daher mit der Unterscheidung eines engen und weiten Zivilgesellschaftsbegriffs, wobei ein enger Begriff u. a. den Mediensektor, Gewerkschaften und Unternehmensverbände, Parteien nicht mit einbezieht. Weiters ist zivilgesellschaftliches Engagement grundsätzlich öffentlich, beschränkt sich jedoch nicht auf den politischen Bereich, sondern kann sich auch im kulturellen oder sozialen Bereich entfalten.¹⁶⁷

Aus einer normativen Sichtweise heraus, zählen nach Croissant/Lauth/Merkel nur solche Akteure zur zivilgesellschaftlichen Sphäre, die sich prinzipiell zur Gewaltfreiheit bekennen

¹⁶⁴ Vgl.: Bauerkämper, Arnd (2003): Einleitung: Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure und ihr Handeln in historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Campus-Verlag, Frankfurt/Main. S. 17

¹⁶⁵ Vgl.: Hundewadt, Erik (1995): The role of Voluntary Associations (NGO's) in a Democratic Society. In: Schramm, Jürgen (Hg.): The role of Non-Governmental Organizations in the new European Order. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. S. 8

¹⁶⁶ Vgl.: Croissant/Lauth/Merkel (2000): S. 17

¹⁶⁷ Vgl.: Gall, Julia (2007): S. 36

und weltanschauliche, politische und religiöse Toleranz zu ihren Werten zählen. Dabei sind sich die Autoren natürlich bewusst, dass diese Kategorien empirisch sehr schwer messbar sind. Doch schlagen sie beispielsweise in Bezug auf „Gewaltfreiheit“ vor, die Grenze dort zu ziehen, wo die physische Verletzung anderer als Folge des eigenen Handelns toleriert wird.¹⁶⁸ Das bedeutet, dass beispielsweise alle ethnisch diskriminierenden, nationalistischen Verbindungen, sowie kriminelle Organisationen nicht in den Bereich der Zivilgesellschaft fallen, obwohl es sich bei diesen auch um selbst organisierte, autonome Vereinigungen mit spezifischen Interessen handelt.¹⁶⁹ Doch auch hier sollte man auf die ambivalente Praxis von einigen zivilgesellschaftlichen Akteuren hinweisen, die in vielen Fällen und aus den unterschiedlichsten Gründen in Gewalt umgeschlagen sind. Ein Beispiel hierfür wäre das Paradebeispiel eines zivilgesellschaftlichen Akteurs: die Organisation „Greenpeace“, die bekanntlich bei einigen ihrer Aktionen zumindest Gewalt gegen Sachen angewendet hat. Auch bedeutet der Begriff der Zivilgesellschaft immer auch die Exklusion bestimmter Gruppen. So mussten sich bekanntlich die Arbeiter und Arbeiterinnen im 19. Jahrhundert oder Frauen allgemein im 20. Jahrhundert die Zugehörigkeit zur zivilen (bürgerlichen) Gesellschaft erkämpfen.¹⁷⁰ Und auch heute gibt es in jeder Gesellschaft Personengruppen wie beispielsweise Asylwerber in den „westlichen“ Staaten, die marginalisiert werden und faktisch keinen Anteil an der Zivilgesellschaft haben. *„Integration und Exklusion (in die bzw. aus der Zivilgesellschaft – Anm. des Verfassers) resultieren aus einem Machtkampf, in dem einzelne Akteure oder gesellschaftliche Gruppen ihre spezifischen Interessen gegen andere durchsetzen.“*¹⁷¹ Man muss also auf jeden Fall darauf hinweisen, dass die Zivilgesellschaft ein sehr heterogenes Gebilde ist, und darf keineswegs davon ausgehen, dass eine große Anzahl zivilgesellschaftlicher Akteure immer die Stärkung demokratischer Strukturen bedeutet.

Was die funktionelle Ebene betrifft identifizieren Croissant/Lauth/Merkel aus der langen Theoriegeschichte fünf Grundfunktionen der Zivilgesellschaft, die für alle Formen der Zivilgesellschaft unabhängig von den politischen Rahmenbedingungen gültig sind:¹⁷²

1. **Die Schutzfunktion:** Dabei geht es vor allem um den Schutz der Bürger vor Eingriffen des Staates in die Privatsphäre. Diese Funktion geht auf John Locke und

¹⁶⁸ Vgl.: Croissant/Lauth/Merkel (2000): S. 18

¹⁶⁹ Vgl.: Gall (2007): S. 36

¹⁷⁰ Vgl.: Bauerkämper (2003): S. 16

¹⁷¹ Ebd.: S. 19

¹⁷² Vgl.: Croissant/Lauth/Merkel (2000): S. 11 - 14

seine theoretische Begründung des politischen Liberalismus zurück. Locke formuliert darin erstmals das Recht jedes Einzelnen das eigene Leben und das eigene gesellschaftliche Zusammenleben unabhängig von staatlicher Beeinflussung zu gestalten und zu organisieren. Die Zivilgesellschaft hat dabei in erster Linie die Aufgabe die Freiheit der Bürger und Bürgerinnen vor ungerechtfertigten staatlichen Eingriffen zu schützen.

2. **Die Vermittlungsfunktion:** Dieser Aspekt kommt erstmals bei Montesquieu auf. Während bei Locke staatliche und nicht-staatliche Sphäre streng getrennt sind, geht es bei Montesquieu sehr stark um die Vermittlung zwischen diesen beiden Sphären. Er sieht dabei die Balance zwischen staatlich-politischer Autorität und den sozialen Netzwerken als notwendige Voraussetzung zur dauerhaften Sicherung der „Herrschaft des Gesetzes“.
3. **Die Sozialisierungsfunktion:** Diese Funktion schließt an die liberalen Überlegungen Lockes und Montesquieus an und geht auf Tocquilles Werk „Über die Demokratie in Amerika“ zurück. Er weist darin erstmals darauf hin, dass über die Bildung von zivilgesellschaftlichen Assoziationen Eigenschaften wie Toleranz, Vertrauen und Kompromißbereitschaft verankert werden, die die Gesellschaft vor freiheitsgefährdenden Versuchungen immunisiert.
4. **Die Gemeinschaftsfunktion:** Diese Funktion geht auf die Kommunitarismusdebatten der 1970er Jahre zurück. Sie schließt an die Sozialisierungsfunktion an. Vor allem die sozialisatorische und kulturelle Dimension der Zivilgesellschaft wird hervorgehoben. Die Partizipation in zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt die Überbrückung gesellschaftlicher Spaltungen und die Herausbildung staatsbürgerlicher Tugenden. Zudem befriedigt sie das Gruppen- und Bindungsbedürfnis von Bürgern in modernen Gesellschaften.
5. **Die Kommunikationsfunktion:** Diskurstheoretische Demokratietheoretiker in der Tradition von Jürgen Habermas betonen vor allem die Bedeutung einer freien öffentlichen Sphäre, unabhängig von Staat und Wirtschaft, um den Gesellschaftsmitgliedern Raum für freie Debatten und Teilhabe am demokratischen Willensbildungsprozess zu gewährleisten. Der Zivilgesellschaft kommt hierbei eine

Schlüsselfunktion bei der Herstellung demokratischer Öffentlichkeit zu. Insbesondere benachteiligte oder schwer organisierbare Gruppen haben so die Möglichkeit Öffentlichkeit herzustellen. Soziale Problembereiche können so thematisiert werden und von der privaten in die politische Sphäre getragen werden.

Was aus den hier angeführten Funktionen meiner Meinung nach nur sehr ungenügend hervorgeht, aber wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Vermittlungsfunktion steht, ist die Rolle von zivilgesellschaftlichen Assoziationen bei der Artikulation von Interessen und Bedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen. Auch die heute viel zitierte und sehr wichtige „*Watch-Dog-Funktion*“ dieser Organisationen und Verbindungen wird meines Erachtens zu wenig deutlich, ist aber von den Autoren und Autorinnen wahrscheinlich in der Schutzfunktion inbegriffen. Eine andere wichtige Funktion der Zivilgesellschaft bekommt man wiederum nur aus einer gramscianischen Sicht in den Blickwinkel: die Funktion der Zivilgesellschaft nicht nur Eigenschaften wie Toleranz, Kompromissbereitschaft usw. herzustellen, sondern auch Konsens zu den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu erzeugen und zu sichern bzw. auch Opposition zu diesen zu generieren.

Aus all diesen Funktionen geht deutlich die wichtige Rolle, die zivilgesellschaftliche Akteure im Zuge der Entstehung, Stabilisierung und Konsolidierung demokratischer Gesellschaften innehaben hervor. Trotzdem sollte man zwei Dinge immer mitdenken: Demokratie als Staatsform begünstigt zwar die Entstehung und die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Strukturen, sie ist jedoch keine Grundvoraussetzung für das Bestehen dieser Strukturen. Diese können durchaus auch unter autoritären und unter Umständen sogar unter totalitären Bedingungen bestehen. Weiters haben zivilgesellschaftliche Akteure nicht per se einen positiven Einfluss auf die Konsolidierung einer Demokratie, ihr Einfluss kann auch negativer Art sein.¹⁷³ Beispielsweise können diese die Entstehung von Mehrheiten innerhalb einer Gesellschaft behindern oder in die Länge ziehen, und so die Legitimität vor allem junger Demokratien schädigen. Auch ist es in der Realität so, dass bestimmte Gruppen exklusiven oder vorrangigen Einfluss auf den staatlichen Entscheidungsprozess haben, während andere Gruppen überhaupt keinen Einfluss haben. Noch gefährlicher ist es wenn in einer Gesellschaft mehrere

¹⁷³ Vgl.: Schmitter (1993): S. 10/11

Zivilgesellschaften bestehen, die im selben Bereich arbeiten, aber ihre Interessen getrennt nach ethnischen, kulturellen oder religiösen Kriterien vertreten.

Was aus der eingehenden Beschäftigung mit der Materie eindeutig hervor geht, ist, dass das Konzept „Zivilgesellschaft“ ein zu komplexes ist um eine eindeutige und klare Definition dazu zu finden. Zum Beispiel ist schon allein die Frage ob die Familie zur Zivilgesellschaft zu zählen ist oder nicht in der Literatur zum Thema nach wie vor umstritten. Das Konzept, das, meiner Meinung nach, all die genannten Kriterien, Erkenntnisse und Funktionen am besten zusammenführt, ist jenes, das Hans-Joachim Lauth vorgeschlagen hat und das ich hier wiedergeben möchte¹⁷⁴:

„Die Zivilgesellschaft befindet sich in einer vorstaatlichen, oder nicht-staatlichen Handlungssphäre und besteht aus einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (im Einzelfall auch einzelne Bürger), die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Sie ist im Zwischenbereich von Privatsphäre und Staat angesiedelt. In ihr artikuliert Zielsetzungen betreffen immer auch die res publica. Akteure der Zivilgesellschaft sind damit in die Politik involviert, ohne jedoch nach staatlichen Ämtern zu streben. Entsprechend sind Gruppen und Organisationen, die ausschließlich private Ziele verfolgen (Familien, Unternehmen etc.) ebenso wenig Teil der Zivilgesellschaft wie politische Parteien, Parlamente oder staatliche Verwaltungen. Die Zivilgesellschaft ist kein homogener ‚Akteur‘. Vielmehr ist sie insofern heterogen strukturiert, als sie ein pluralistisches Sammelbecken höchst unterschiedlicher Akteure darstellt, die allerdings einen bestimmten normativen Minimalkonsens teilen. Dieser beruht im Kern auf der Anerkennung des Anderen (Toleranz) und auf dem Prinzip der Fairness. Ausgeschlossen ist die Anwendung physischer Gewalt. Doch dieser Grundkonsens hebt die bestehende interne Konkurrenz nicht auf, sondern befähigt allenfalls in extremen politischen Abwehrsituationen die Akteure der Zivilgesellschaft zu kollektiven strategischen Handeln. Der zivile Konsens bildet gemeinsam mit der Ausrichtung auf öffentliche Angelegenheiten und der Orientierung am kommunikativen Handeln das (genuine

¹⁷⁴ Lauth, Hans-Joachim (2003): Zivilgesellschaft als Konzept und die Suche nach ihren Akteuren. In: Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Campus-Verlag, Frankfurt/Main. S. 38

zivilgesellschaftliche) Ferment, das sich auf individueller Ebene in der Ausbildung eines Bürgersinns wieder findet.“

6. Zivilgesellschaft in Russland

6.1 *Graschdanskoe Obschtschestvo* – Begriffliche und historische Implikationen des Konzepts „Zivilgesellschaft“ in Russland

Der Begriff *graschdanskoe obschtschestvo* ist eine Lehnübersetzung des englischen *civil society*.¹⁷⁵ *Graschdanskij* ist das Adjektiv zum Wort *graschdanin*, dem russischen Wort für Bürger oder auch Staatsbürger. Im Gegensatz zur deutschen Sprache, wo der Begriff „Bürger“ bzw. „bürgerlich“ seit Karl Marx oftmals eine kritisch-negative Konnotation hat, ist der Begriff im Russischen eine neutrale Kategorie. Das Russische kennt in diesem Zusammenhang die Unterscheidung von *graschdanin* als neutrale und *burschua* als marxistisch geprägte Kategorie. *Graschdanin* lässt sich daher am besten mit dem französischen Wort *citoyen* übersetzen, das auch im Deutschen oftmals verwendet wird, um ein mündiges Mitglied der Gesellschaft zu bezeichnen und damit der negativen Konnotation des Begriffes „Bürger“ aus dem Weg zu gehen. Der Begriff *obschtschestvo* wird meist mit Gesellschaft übersetzt, kann jedoch auch Allgemeinheit, Bund, Gemeinschaft, Gemeinwesen, Verein oder Personengesellschaft bedeuten.¹⁷⁶

Aus der Tatsache, dass es sich beim Begriff *graschdanskoe obschtschestvo* um eine Lehnübersetzung aus dem Englischen handelt, geht schon hervor, dass der Begriff und auch die Idee sehr stark westlich geprägt ist. Trotzdem kritisieren viele russische Autoren und Autorinnen die eurozentristische Auffassung, dass man außerhalb der westlichen Welt nicht von Zivilgesellschaft sprechen könne, da dieses Konzept ein einzigartiges Phänomen der westlichen Welt darstellen würde. Auch die Annahme, dass das Konzept „Zivilgesellschaft“

¹⁷⁵ Vgl.: Gall (2007): S. 37

¹⁷⁶ Vgl.: Ebd.

rein auf Grund westlichen Einflusses und damit als Kennzeichen der Verwestlichung der russischen Gesellschaft nach Russland gekommen sei, wird zurückgewiesen.¹⁷⁷ Diesen Positionen schließe ich mich grundsätzlich an. Trotzdem steht außer Frage, dass die verschiedenen Herrscher und Machthaber in Russland zu keiner Zeit die Entwicklung einer Gesellschaft von freien und mündigen Bürger und Bürgerinnen ernsthaft gefördert haben bzw. dass Ansätze zur Herausbildung einer solchen in Russland zumindest bis zu den 1980er Jahren, wenn möglich, immer zerstört wurden. Dies schließt jedoch keineswegs aus, dass man sich nicht auch in Russland mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat (zum Teil sogar schon sehr früh und sehr eindrucksvoll, wenn man beispielsweise an Lev Tolstoj denkt) und dass es nicht auch in Russland immer wieder Beispiele für organisierte zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Ansätze zur Bildung einer solchen mündigen Gesellschaft gegeben hat. Hier kann vor allem die Entwicklung der *Zemstvo* im Jahre 1864 angeführt werden. Dieser Begriff bezeichnet eine Form der lokalen Selbstverwaltung, die im Zuge der liberalen Reformen unter Zar Alexander II eingeführt wurde. In diesem Umfeld entstanden wohltätige Organisationen, Organisationen im Bildungs- und Gesundheitsbereich und auch wissenschaftliche Vereinigungen.¹⁷⁸ Damit kam auch in Russland erstmals die Idee von der Entgegengesetztheit von Staat und Gesellschaft auf. Im Vergleich zu den europäischen Großmächten nach 1789 bzw. nach 1848 blieb jedoch das öffentliche Leben in Russland unter viel stärkerer Kontrolle durch die Machthaber. Zwar entstanden Anfang des 20. Jahrhunderts auch in Russland erstmals Parteien und Gewerkschaften, doch behielten sich die Herrscher in Russland bis zum Ende der Monarchie das Recht vor jede beliebige Organisation jederzeit zu schließen, und so die gesellschaftliche Selbstständigkeit in möglichst engen Grenzen zu halten.¹⁷⁹

Nach der Machtübernahme durch die Bolschewiken wurden praktisch alle bisher bestehenden zivilgesellschaftlichen Entwicklungen zerstört. Trotzdem bestand anfangs, schon rein aus dem Selbstverständnis der neuen Machthaber als eine aus dem Volk kommende Bewegung, einige Hoffnung auf die Entstehung einer selbst bestimmten Gesellschaft. Doch allerspätstens mit der Machtübernahme durch Stalin wurden diese Hoffnungen zunichte gemacht. Die tragischste Auswirkung des Stalinismus auf die russische Gesellschaft sieht Boris Kagarlitzki darin, dass alle gesellschaftlichen Gruppen sozial entwurzelt wurden, alle sozialen Bindungen (in der Regel nur mit der eigenen Familie als Ausnahme) zerstört wurden und damit die einzelnen Bürger und Bürgerinnen als weitestgehend isolierte Einzelwesen existierten und die

¹⁷⁷ Vgl.: Ebd.

¹⁷⁸ Vgl.: <http://www.encyclopedia.com/doc/1E1-zemstvo.html> (Entnommen am 21.04.2008)

¹⁷⁹ Vgl.: Gall (2007): S. 38

Menschen damit komplett von Staat und Partei abhängig waren.¹⁸⁰ Auch unter Chruschtschow und Breschnew konnten keine wirklich unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen entstehen. Da nach der kommunistischen Lehre die Gesellschaft mit der Partei eins werden sollte, bestand auch rein ideologisch keine Notwendigkeit einer eigenständigen, unabhängigen Gesellschaft. Doch kam es nach dem Tod Stalins und in Folge der so genannten „Tauwetterperiode“ unter Chruschtschow durchaus zu einer Entspannung des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Infolgedessen dienten *„gesellschaftliche Organisationen nicht mehr nur als ‚Transmissionsriemen‘ der Partei, sondern sollten auch die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen fördern sowie Rekrutierungs- und Informationsfunktionen für die Politikgestaltung übernehmen.“*¹⁸¹ Und so ist der gestiegene Einfluss von Interessengruppen in der Sowjetunion, schon lange vor der Perestrojka, in der Literatur kaum noch umstritten. Als eigentliche Vorläufer der demokratischen Bewegung in der Sowjetunion gelten jedoch die verschiedenen Menschenrechtsgruppen, wie die *Helsinki-Komitees* oder das Moskauer Büro von *Amnesty International*, die in den Sowjetrepubliken teilweise eng mit den nationalen Widerstandsbewegungen zusammengearbeitet haben.¹⁸² Der Begriff der Zivilgesellschaft taucht in der Sowjetunion allerdings erst allmählich im Laufe der 1970er und 80er Jahre auf. In der großen sowjetischen Enzyklopädie von 1952 wird der Begriff *graschdanskoe obschtschestvo* noch rein ökonomisch definiert und nach Marx als die Gesamtheit der Eigentumsverhältnisse gesehen.¹⁸³ Erst im Zusammenhang mit dem Aufkommen der Dissidentenbewegungen und etwas später im Zuge von Gorbatschows Politik der *Perestrojka* und *Glasnost* bekam das Konzept in der Sowjetunion wieder seine ursprüngliche Bedeutung zurück.

6.2 Das Entstehen einer zivilgesellschaftlichen Basis Ende der 1980er Jahre

Wie bereits erwähnt wurde erreichte das Konzept der Zivilgesellschaft durch die Dissidentenbewegungen im kommunistischen Osteuropa weltweit neue Beachtung. Diese Bewegungen beriefen sich auf die internationalen Bürger- und Menschenrechte und vertraten einen sehr stark moralischen und idealistischen Zivilgesellschaftsbegriff, der den kommunistischen Unrechtsregimen entgegen gestellt werden sollte. Es war dies anfangs vor allem ein kulturelles und kein politisches Gegenmodell.

¹⁸⁰ Vgl.: Kagarlitzki (1991): S. 20 - 29

¹⁸¹ Beichelt, Timm/Kraatz, Susanne (2000): Zivilgesellschaft und Systemwechsel in Russland. In: Merkel, Wolfgang (Hg.): Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation. Leske + Budrich, Opladen. S. 118

¹⁸² Vgl.: Ebd.: S. 119

¹⁸³ Vgl.: Gall (2007): S. 38

„Die Vorstellung von einer `zivilen Gesellschaft` entsprach der einer menschlichen Gemeinschaft, die bestimmt ist durch gegenseitigen Respekt der Meinung aller, Toleranz, Solidarität, Akzeptanz, Aufrichtigkeit und Vertrauen und die damit die bestehenden Institutionen und Strukturen im totalitären Staat in Frage stellte bzw. permanent als inakzeptabel entblößte. Die `Zivilgesellschaft` war immer dem Staat entgegengesetzt; sie definierte sich in ausdrücklicher Abgrenzung zum Staat.“¹⁸⁴

Aus diesem Zitat geht noch einmal sehr deutlich das Selbstbild der zivilgesellschaftlichen Akteure Osteuropas als Gegenmodell zum Staat hervor. Auf lange Sicht sahen die meisten Vertreter und Vertreterinnen der bürgerrechtlichen Bewegungen in den damaligen Ostblockstaaten die Zivilgesellschaft als Stütze der Etablierung von demokratischen Strukturen in ihren Ländern und als das konstitutive Element einer zukünftigen demokratischen Gesellschaft.¹⁸⁵ Es entwickelte sich also eine Zivilgesellschaft als Alternative zu den vorherrschenden staatlichen Strukturen. Eine Alternative die immer einflussreicher wurde.

Als Mitte der 1980er Jahre das kommunistischen Regime unter Gorbatschow Öffnung und Wandel propagierten, begannen sich auch in Russland kritische Mitglieder der Gesellschaft zu organisieren. Dies geschah in Russland vor allem im Rahmen so genannter Diskussionsklubs in den Zentren des Landes, vor allem in Leningrad und Moskau. In diesen Klubs wurden vor allem die momentane Lage des Landes und die sowjetische Geschichte (vor allem der Stalinismus) kritisch diskutiert. Auch die bis heute bekannteste russische NGO *Memorial*, deren ursprüngliches Anliegen die Aufarbeitung der Verbrechen des Stalinismus war, hat ihre Wurzeln in dieser Diskussionsklubkultur.¹⁸⁶ Das Hauptthema dieser Klubs war fast immer die demokratische Umgestaltung des Landes, eine Erneuerung „von unten“. Sie setzten sich vor allem aus Mitgliedern der Intelligentsia zusammen, das heißt aus Personen aus den höheren und mittleren Schichten. Dazu kamen Studierende sowie Dissidenten, die aus den Gefängnissen zurückkehrten.¹⁸⁷ Eine wichtige Funktion dieser Klubs war vor allem auch die

¹⁸⁴ Emtmann (1998): S. 39

¹⁸⁵ Vgl.: Langenohl, Andreas (2007): Tradition und Gesellschaftskritik. Eine Rekonstruktion der Modernisierungstheorie. Campus-Verlag, Frankfurt/Main. S. 280

¹⁸⁶ Vgl.: Hosking, Geoffrey (1992): The Beginnings of independent political Activity. In: Aves, Jonathan/Duncan, Peter/Hosking, Geoffrey (Hg.): The Road to Post-communism. Independent political Movements in the Soviet Union 1985 – 1991. St. Martin`s Press, New York. S. 17

¹⁸⁷ Vgl.: Jöckel, Silke/Löhner, Judith: Zwischen Kooptation und Autonomie: Die Zivilgesellschaft in Rußland (sic!). In: In: Lauth/Merkel (Hg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und

Artikulation politischer Ideen und Positionen, sowie die Suche nach Gleichgesinnten. Einige dieser Gruppen waren bereit sehr eng mit dem Parteiapparat zusammen zu arbeiten und trafen sich erstmals 1987 auf einer Konferenz in Moskau, die vom „*Club für soziale Initiativen*“ einberufen wurde. An dieser Konferenz nahmen fast 600 Personen aus 48 verschiedenen Gruppierungen teil.¹⁸⁸ Darin kann man bereits ein wichtiges Merkmal großer Teile der russischen zivilgesellschaftlichen Akteure erkennen: „*Große Teile, Gruppen und Persönlichkeiten wollten keine Gegenmacht zum Staat aufbauen, sondern einen Reformkurs ermöglichen. Diese enge Zusammenarbeit von Staat und Gesellschaft ist ein elementares Charakteristikum der russischen Zivilgesellschaft.*“¹⁸⁹ Das zivilgesellschaftliche Engagement konnte sich durchaus sehen lassen: 1988 wurde die Zahl der so genannten „informellen“ Gruppierungen auf 30.000 geschätzt, 1991 bereits auf das Doppelte. Etwa 50 bis 70 % der jungen Leute gehörten mindestens einer Gruppe an. Allerdings zählten zu diesen informellen Gruppen auch Sportvereine, kulturelle Gruppierungen usw. Nur ein Zehntel zählten politische Belange zu ihren Aufgaben.¹⁹⁰ Die *Perestrojka* zeitigte also durchaus viele positive Auswirkungen auf die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Akteure. Allein die Möglichkeit sich frei in kritischen politischen Assoziationen zu organisieren und die Unabhängigkeit und der Pluralismus der Medien (Entwicklungen die bekanntermaßen im „freien“ Russland teilweise wieder rückgängig gemacht wurden) bedeuteten einen Meilenstein. Doch bildeten sich ebenfalls damals schon die problematischen Faktoren der russischen Zivilgesellschaft heraus, mit denen dieser Sektor bis heute zu kämpfen hat: Dazu zählen vor allem die sehr ausgeprägte Elitenlastigkeit russischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und die oftmals wenig demokratische Binnenorganisation.¹⁹¹

In den meisten der osteuropäischen Länder kam es spätestens Ende der 1980er Jahren zu einer Politisierung der Dissidentenbewegung (in Polen durch die *Solidarnosc*-Bewegung schon Anfang der 80er Jahre). In Polen, Ungarn oder Tschechien spielten Mitglieder dieser frühen oppositionellen Bewegungen wichtige Rollen bei der Umgestaltung des alten und Implementierung des neuen Systems und erreichten in demokratischen Wahlen wichtige Positionen (z.B. Lech Walesa, Vaclav Havel oder Viktor Orban). Wie ich im ersten Teil der Arbeit dargestellt habe, trifft diese Entwicklung auf Russland praktisch nicht zu. In Russland

Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Johannes Gutenberg-Universität Mainz.
Politikwissenschaftliche Standpunkte Bd. 3. S. 202

¹⁸⁸ Vgl.: Hosking, Geoffrey (1991): Sowjetunion. Weltmacht am Scheideweg. Bouvier Verlag, Bonn, Berlin. S. 81

¹⁸⁹ Jöckl/Löhner (1997): S. 203

¹⁹⁰ Vgl.: Hosking (1991): S. 77

¹⁹¹ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 123

spielten Personen aus dem Umkreis der frühen oppositionellen Bewegung ab der Unabhängigkeit Russlands 1991 praktisch keine Rolle mehr. Bis dahin spielten die so genannten Volksfronten (Zusammenschlüsse einzelner Bürger und Bürgerinnen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses) und erste größere russische Menschenrechtsorganisationen wie *Memorial* zumindest eine gewisse Rolle, vor allem bei der Unterstützung der Öffnung des politischen Systems. Im Großen und Ganzen jedoch dienten die Dissidenten den Mitgliedern der Nomenklatura, die sich daran machten ein ihnen gelegenes System zu entwerfen, nur als Symbolfiguren, die für die Bevölkerung den Widerstand gegen das Sowjetsystem verkörperten und damit dafür standen das eine wirkliche Erneuerung stattfand.

6.3 Zivilgesellschaft in Russland nach 1991¹⁹²

6.3.1 Schwierige Situation und ein problematisches Erbe

Die Unabhängigkeit Russlands von der Sowjetunion und die Wahl Boris Jelzins zum Präsidenten der neu geschaffenen Föderation bedeutete auch für die nicht-staatlichen Akteure den Wechsel von einem „informellen“ zu einem „offenen“, mehr oder weniger rechtlich abgesicherten Tätigkeitsfeld. Doch wer sich jetzt ein weiteres Aufblühen des zivilgesellschaftlichen Sektors erwartet hatte, wurde bald enttäuscht. Viel mehr war bald von einer Atomisierung dieses Sektors die Rede.¹⁹³ Dieses Phänomen ist auch aus Transformationsländern Lateinamerikas und Südeuropas bekannt, und firmiert in der Literatur unter der spanischen Bezeichnung „*Desencato*-Phänomen“.¹⁹⁴ In Russland ist diese Entwicklung auch wenig verwunderlich, da die Bevölkerung und die zivilgesellschaftlichen Akteure, wie schon gezeigt wurde, bereits im Zuge der Transformation nur eine sehr marginale Rolle gespielt haben. Das zivilgesellschaftliche Engagement in der sowjetischen Teilrepublik Russland war praktisch nur auf einige Gruppen in Leningrad und Moskau beschränkt (im Gegensatz zu einigen anderen Sowjetrepubliken wie z.B. den baltischen Staaten in denen das zivilgesellschaftliche Engagement eng mit den nationalistisch orientierten Unabhängigkeitsbewegungen verbunden war, und die Bevölkerung dadurch viel weitgehender mobilisiert werden konnte). Nach der Wende ist dieses Engagement in Russland noch weiter zurückgegangen. Dies hat viele verschiedene Gründe. Auf der einen Seite wurde

¹⁹² Anm. d. Verfassers: Für meine Analyse des zivilgesellschaftlichen Sektors Russlands werde ich mich in erster Linie mit dem Bereich der Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) näher beschäftigen, andere Sektoren weitgehend ausklammern.

¹⁹³ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 123

¹⁹⁴ Vgl.: Ebd.

dem Aufbau von stabilen und unabhängigen zivilgesellschaftlichen Akteuren von staatlicher Seite kaum Aufmerksamkeit zu Teil, bzw. wurde durch eine widersprüchliche Gesetzgebung und durch einen immer autoritäreren Regierungsstil stark behindert. Auf der anderen Seite änderte sich das Alltagsleben und vor allem die wirtschaftliche Situation eines großen Teiles der Bevölkerung so radikal, und wie gezeigt wurde meist zum Schlechteren, so dass die Menschen in Russland genug damit zu tun hatten ihr tägliches Überleben zu sichern, als dass sie Zeit hatten sich öffentlich zu engagieren. Es braucht ganz einfach eine gewisse ökonomische Sicherheit und Stabilität bevor ein größerer Teil einer Bevölkerung die Zeit und Energie aufbringen kann zivilgesellschaftlichen Organisationen beizutreten oder solche zu gründen. Dieser Zusammenhang zwischen einem gewissen Maß an Wohlstand und der Bereitschaft zivilgesellschaftlichen Assoziationen beizutreten ist auch in Studien belegt worden¹⁹⁵ (allerdings gibt es auch Ausnahmen wie z.B. Japan, die vielleicht kulturell erklärt werden können). Mit der starken Verschlechterung der Lebensbedingungen ging natürlich auch eine große Enttäuschung einher, die die noch aus der Sowjetzeit stammende Angewohnheit, sich aus politischen Dingen herauszuhalten, noch einmal verstärkte. Die Menschen waren es gewöhnt, dass auf öffentliche Stellen und Organisationen kein Verlass ist und verließen sich auf enge, private Netzwerke aus Familienmitgliedern und Freunden. Diese Muster wurden durch die schwierige Lage nochmals bestärkt. Eine weitere Hypothek aus der Sowjetzeit war ein generelles Misstrauen gegenüber allen Formen von Organisationen. Da die Mitgliedschaft in einigen Organisationen in der Sowjetunion praktisch Pflicht war wenn man negative Konsequenzen verhindern wollte, stehen die russischen Bürger und Bürgerinnen Organisationen verschiedenster Art sehr misstrauisch gegenüber und treten ihnen in der Regel auch nicht bei, wenn der Zwang dazu nicht besteht.¹⁹⁶ Und so ist es kein Wunder, dass Russland in der 1995 – 1997 durchgeführten *World Value Survey*, die unter anderem auch den Anteil der Bevölkerungen verschiedener Länder, die Mitglieder in nicht-staatlichen Organisationen sind, gemessen hat, fast ganz am Ende der Skala zu finden ist. Nur Estland, die Ukraine, Bulgarien und Litauen haben einen noch geringeren Bevölkerungsanteil der in zivilgesellschaftlichen Assoziationen organisiert ist¹⁹⁷ (bekanntlich sind drei dieser Staaten ebenfalls ehemalige Sowjetrepubliken). Bei einer 1999 durchgeführten Studie, die nach den Gründen für die Nicht-Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen fragte, gaben 50 % der Russen und Russinnen keinen genauen Grund, außer solchen Organisationen

¹⁹⁵ Vgl.: Howard Morje, Marc (2003): *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge University Press. S. 74/75

¹⁹⁶ Vgl.: Ebd.: S. 26 - 30

¹⁹⁷ Vgl.: Howard Morje (2003): S. 65 - 69

generell nicht beitreten zu wollen, an. Weitere 18 % hielten diese Organisationen allgemein für nutzlos. Im Vergleich dazu treten 36 % der Deutschen generell keinen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen bei und 6 % halten diese für nutzlos.¹⁹⁸

Ein weiteres Problem zivilgesellschaftlicher Akteure in Russland ist die anhaltende Schwäche des Parteiensystems und, damit zusammenhängend, des russischen Parlamentarismus.¹⁹⁹ Damit fehlen Bündnispartner, die zivilgesellschaftliche Anliegen in die unmittelbare politische Arena tragen können. Die Vermittlung zwischen staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Akteuren ist in Russland auch weiterhin nur sehr mangelhaft. Die russische politische Kultur ist, als ein weiteres Erbe der Sowjetunion, weiterhin noch sehr stark paternalistisch geprägt. Einzelpersonen verlassen sich eher auf personenorientierte Kanäle der Einflussnahme als dass sie versuchen sich zusammen zu schließen und gemeinsam für ein Anliegen zu kämpfen.²⁰⁰ Die russische Bevölkerung ist nach wie vor sehr stark durch die psychische Konstellation des „*homo sovieticus*“ (eine Wortschöpfung des bekannten, kürzlich verstorbenen russischen Soziologen Jurij Levada) geprägt. Das heißt, dem/der Einzelnen stellt sich *„die Gesellschaft als ein Feld dar, das durch die Kategorie der administrativen Nähe bzw. Ferne zur Zentralmacht gegliedert sei, wodurch praktisch alle sozialen Beziehungen in das Raster der Loyalität zu dieser Macht gedrängt würden.“*²⁰¹

6.3.2 Die rechtlichen Grundlagen

Ein weiteres Problem mit dem der russische zivilgesellschaftliche Sektor zu kämpfen hat, ist, dass die rechtliche Grundlage zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, ähnlich wie in den letzten Sowjetjahren, auch im souveränen Russland der Realität einige Jahre hinter her hinkte. 1986 wurden unabhängige Organisationen in der Sowjetunion zugelassen, doch erst am 1.1.1991 trat ein entsprechendes Gesetz in Kraft. Das gleiche gilt für die Pressefreiheit, die erst 1990 rechtlich verankert wurde. Die 1993 angenommene Verfassung der Russischen Föderation (auf deren Ausarbeitung Akteure aus der Zivilgesellschaft praktisch keinen Einfluss hatten), die die grundlegenden Bürger- und Menschenrechte festlegt, stellte die erste rechtliche Grundlage zivilgesellschaftlicher Assoziationen dar. Artikel 30 der russischen Verfassung legt fest, dass jeder Bürger/jede Bürgerin *„das Recht auf Vereinigung hat“*, wobei *„die Freiheit*

¹⁹⁸ Vgl.: Ebd.: S. 103

¹⁹⁹ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 134

²⁰⁰ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 135

²⁰¹ Langenohl, Andreas (2007): Tradition und Gesellschaftskritik. Eine Rekonstruktion der Modernisierungstheorie. Campus Verlag, Frankfurt/Main. S. 281

der Tätigkeit der öffentlichen Vereinigungen garantiert ist.“²⁰² Die Gesetze „Über gesellschaftliche Vereinigungen“ (*Ob obschtschestvennych objedinenijach*) und „Über nichtkommerzielle Organisationen“ (*O nekommertscheskich organizacijach*) wurden 1995 und 1996 verabschiedet und regeln seitdem die Belange solcher Gruppierungen. Vor allem steuerliche und finanzierungstechnische Fragen, sowie Fragen die Registrierung betreffend, wurden durch diese allerdings nur sehr mangelhaft geklärt.²⁰³ Ein weiteres grundsätzliches Problem besteht darin, dass in Russland kommerzielle und nichtkommerzielle Organisationen und Aktivitäten rechtlich gleichgestellt werden.²⁰⁴ Laut dem „Zentrum für Entwicklung der Demokratie und Menschenrechte“ gibt es in der Russischen Föderation mehr als 40 verschiedene Steuern, die die russischen Nichtkommerziellen Organisationen betreffen.²⁰⁵ Es gibt also von staatlicher Seite keine steuerlichen und rechtlichen Anreize für zivilgesellschaftliches Engagement.

6.3.3 Die Finanzierung von NGOs in Russland

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stieg die Anzahl zivilgesellschaftlicher Vereinigungen wieder an. Im Jahr 1995 wurde die Zahl aktiver zivilgesellschaftlicher Organisationen (auf dem Papier bestehen in Russland seit jeher deutlich mehr Organisationen) auf etwa 33.000 geschätzt²⁰⁶, vier Jahre später bereits auf etwa 70.000. Darunter fällt auch eine schwer zu schätzende Zahl von so genannten GONGOS (*governmental organized non-governmental organizations*).²⁰⁷ Für ein Land mit damals noch deutlich über 140 Millionen Einwohner ist diese Zahl natürlich erschreckend niedrig. Auch im Vergleich mit den meisten anderen osteuropäischen Ländern schneidet Russland schlecht ab. Damit einher gehen eine generell meist sehr schlechte Ressourcenausstattung und eine starke Fragmentierung des zivilgesellschaftlichen Sektors.²⁰⁸ Die Frage der Finanzierung von NGOs in Russland wurde nie vollständig geklärt. In Russland ist es kaum vorstellbar, dass der Staat zivilgesellschaftliche Akteure finanziell unterstützt und diesen gleichzeitig ihre organisatorische und rechtliche Unabhängigkeit lässt. Der russische Staat zeigt

²⁰² Lang, Susanne (2004): Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland. In: Politikinformation Osteuropa 04/2004. <http://library.fes.de/pdf-files/id/01930.pdf> (Entnommen am 07.05.2008). S. 11

²⁰³ Vgl.: Bister (2002): S. 123

²⁰⁴ Vgl.: Lang (2004): S. 10

²⁰⁵ Vgl.: Jarygina, Tatjana (2001): Auf dem Weg zur Zivilgesellschaft. Der nichtkommerzielle Sektor in Russland. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (Hg.): Russland unter Putin. Heft 2/3/2001. http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland.htm (Entnommen am 08.05.2008)

²⁰⁶ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 128

²⁰⁷ Vgl.: Bister (2002): S. 128

²⁰⁸ Vgl.: Beichelt/Kraatz (2000): S. 133

dementsprechend auch von vornherein wenig Interesse daran, das finanzielle Überleben kritischer NGOs zu ermöglichen. Auf der anderen Seite besteht auch eine große Scheu von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Russland Unterstützung von finanzstarken Gruppen oder dem Staat anzunehmen. Die Angst die eigene Unabhängigkeit zu verlieren ist oftmals zu groß. Dies gilt insbesondere für Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen. Dazu passt ein berühmt gewordener Ausspruch von Viktor Gurskij, einem Mitarbeiter der Nishnij Novgoroder Gesellschaft für Menschenrechte (*Nischegorodskoe obschtschestvo prav tscheloveka*): „Ein guter Menschenrechtler ist ein hungriger Menschenrechtler.“²⁰⁹ Da es in Russland auch keine wirkliche Spendenkultur gibt und damit auch das Spendenaufkommen dieser Organisationen sehr niedrig ist, leben diese meist von der finanziellen Unterstützung großer westlicher Fonds wie z.B. der *Soros Foundation*, der *Ford Foundation*, der Heinrich Böll-Stiftung u. a. Nach Daten der *Charities Aid Foundation* leben Menschenrechtsorganisationen und feministische Vereinigungen zu 90 % von westlichen Zuwendungen.²¹⁰ Dies bringt diesen Organisationen auch regelmäßig den Vorwurf ein, vom Westen gegen Russland instrumentalisiert zu werden. Wenn man allerdings den gesamten nichtkommerziellen Sektor im Blick behält, ergibt sich eine andere Verteilung: 20 % der Zuwendungen stammen aus staatlichen Quellen, 50 % aus kommerziellen Strukturen und nur 10 % sind ausländische Projektgelder. Der Rest ergibt sich aus kostenpflichtigen Leistungen, aus Mitgliedsbeiträgen und anderen Quellen.²¹¹ Erst in der Ära Putin begannen auch einige der Oligarchen Russlands den zivilgesellschaftlichen Sektor des Landes finanziell zu unterstützen. Genannt werden müssen hier vor allem Boris Beresovskij, der seinen „Fonds für bürgerliche Freiheiten“ (*Fond graschdanskich svobod* bzw. *International Foundation for Civil Liberties*) gründete nachdem er Russland unter dem Druck Putins verlassen musste. Einige Organisationen, das prominenteste Beispiel ist *Memorial*, lehnten eine Unterstützung durch Beresovskij ab, da sie hinter seinem Engagement ganz eindeutige persönliche und politische Motive vermuteten.²¹² Bedeutender und von den NGOs auch weniger skeptisch beäugt war die Unterstützung von Michail Chodorkovskijs Fonds *Open Russia*. Dieser Fonds versprach sowohl ein langfristigeres Engagement (im Gegensatz zu Beresovskijs Unterstützung) und schien gleichzeitig auch einem wirklichen Interesse am Aufbau funktionierender zivilgesellschaftlicher Strukturen in Russland zu entspringen, wenngleich

²⁰⁹ Vgl.: Bister (2002): S. 138

²¹⁰ Vgl.: Bister (2002): S. 138

²¹¹ Vgl.: Ebd.: S. 139

²¹² Vgl.: Ebd.

man Chodorkovskij auch politische Ambitionen nachsagte, was ihm bekanntermaßen nicht gut bekam.

6.3.4 Der Tätigkeitsbereich von NGOs in Russland

Was das Tätigkeitsfeld der NGOs betrifft, war der Sozialbereich nach einer Schätzung aus dem Jahr 2001 mit knapp 22 % am stärksten vertreten, gefolgt von Berufsverbänden mit 18 % und Vereinen mit spezifischen Interessen wie z.B. Sportvereine mit 17 %, 7 % entfallen auf Menschenrechts- und Konsumentenschutzorganisationen und 6 % auf Umweltschutzorganisationen.²¹³ Im selben Jahr wurde die Zahl der Aktivisten und Aktivistinnen des zivilgesellschaftlichen Sektors auf etwa 1 – 2 Millionen geschätzt. Die Zahl der Menschen die Leistungen von NGOs in Anspruch genommen haben, soll bei etwa 20 Millionen liegen.²¹⁴ Aus Umfragen weiß man, dass viele Menschen in Russland, die Leistungen von NGOs in Anspruch genommen haben, sich nicht bewusst sind, dass diese Leistungen von nicht-staatlichen Stellen zur Verfügung gestellt wurden, da nach wie vor ein sehr vages und meist negatives Bild des zivilgesellschaftlichen Sektors vorherrscht.²¹⁵

Sehr interessant ist in Bezug auf die russische Zivilgesellschaft, dass die verschiedenen Akteure trotz der nur sehr schwachen Ausprägung des Zivilgesellschaftssektors und ihrer schwachen Ausstattung meist sehr hohe Ansprüche an sich selbst haben. Da in Russland die Bedeutung des Parlamentarismus spätestens nach den Ereignissen des Oktobers 1993 nur mehr gering ist und immer weiter eingeschränkt wird und auch das Rechtssystem in Russland nach wie vor mit verbreiteter Korruption zu kämpfen hat und weit davon entfernt ist der Bevölkerung Rechtssicherheit zu garantieren, sehen sich die Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen als einzige Instanz, die die russische Exekutive ansatzweise kontrollieren kann. Diese Kontrollfunktion geht weit über die „*Watch-dog-Funktion*“ westlicher Zivilgesellschaften hinaus.²¹⁶ In vielen Bereichen, wie zum Beispiel in der Armutsbekämpfung, sehen sich nicht-staatliche Akteure oftmals gezwungen, Aufgaben zu übernehmen, die der Staat nicht erfüllen kann oder will. Dies korrespondiert mit Erfahrungen aus Lateinamerika und Ostasien wo Akteure der Zivilgesellschaft beispielsweise im Gesundheits- oder Bildungsbereich tätig sind. Teile des russischen Zivilgesellschaftssektors

²¹³ Vgl.: Bister (2002): S. 128

²¹⁴ Vgl.: Ebd.: S. 130

²¹⁵ Vgl.: Bister (2002): S. 130

²¹⁶ Vgl.: Ebd.: S. 120

sehen sich also als eine Alternative zum Staat, können diese Rolle aufgrund der schwachen Ausstattung allerdings nur punktuell wahrnehmen und ausfüllen.²¹⁷

6.4 Zivilgesellschaft in Russland unter Präsident Putin

6.4.1 Auf dem Weg zur „gelenkten Zivilgesellschaft“

Während Boris Jelzin den zivilgesellschaftlichen Akteuren, ab dem Zeitpunkt als er das Präsidentenamt Russlands übernommen hatte, nur mehr sehr wenig Beachtung schenkte, beschäftigte sich der neu gewählte Präsident Vladimir Putin von Anfang seiner ersten Amtszeit an sehr intensiv mit dem zivilgesellschaftlichen Sektor Russlands. Schon kurz vor seiner Machtübernahme schrieb Putin einen programmatischen Artikel mit dem Titel „Russland an der Schwelle des Jahrtausends“. Darin skizzierte er die Schritte die seiner Meinung nach notwendig wären, um Russland wieder zu einem „starken Staat“ zu machen. In Bezug auf die Zivilgesellschaft nennt er als Ziel das *„Schaffen von Bedingungen, die die Konsolidierung einer echten Zivilgesellschaft im Land fördern, die ein Gegengewicht zur Staatsmacht bildet und sie kontrolliert.“* Weiters schreibt Putin:

„Die weltweite Erfahrung zeigt, dass die größte Gefahr für die Rechte und Freiheiten des Menschen und der Demokratie an sich von der ausführenden Gewalt ausgeht. (...) Ich persönlich messe dem Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zwischen der Exekutivgewalt und der zivilen Gesellschaft sowie der Entwicklung der Institutionen und Strukturen letzterer erstrangige Bedeutung bei.“²¹⁸

Schon aufgrund dieser Zeilen kann man sich vorstellen, dass Russlands Zivilgesellschaft dem noch relativ unbekanntem, neuen Präsidenten anfangs ziemlich positiv erwartungsvoll gegenüberstand. Obwohl sich natürlich von Anfang an viele die Frage stellten, wie eine mündige Zivilgesellschaft mit Putins Vorstellungen eines starken Staates und seinem Konzept der „gelenkten Demokratie“ zusammen gehen sollte. Als im November 2001 auf Initiative der präsidentialen Administration in Moskau ein so genanntes „Bürgerforum“ (*Graschdanskij forum*) stattfand, zu dem Repräsentanten der Zivilgesellschaft aus ganz Russland zu einem Treffen mit dem Präsidenten geladen waren, war die Grundstimmung bei vielen Akteuren schon um

²¹⁷ Vgl.: Ebd.: S. 121

²¹⁸ Putin, Vladimir (1999): *Rossija na rubesche tysjatschetij*. (Eigene Übersetzung)
http://www.ng.ru/politics/1999-12-30/4_millenum.html (Entnommen am 06.05.2008)

einiges weniger positiv.²¹⁹ Von diesem Zeitpunkt an fand ein solches Forum alljährlich statt und es wurden auch in den Regionen solche Veranstaltungen ins Leben gerufen.²²⁰ Im selben Jahr gründeten die 30 größten politikorientierten NGOs (*Memorial*, Moskauer Helsinkigruppe, Konföderation der Verbraucherschutzorganisationen) ihrerseits ein branchenübergreifendes Netzwerk, die Volksversammlung (*Narodnaja Assambleja*).²²¹ Dabei ging es vor allem um ein gemeinsames Auftreten gegenüber dem Staat um sich gegen Unzulänglichkeiten im Steuerrecht, in der Gesetzgebung usw. zur Wehr zu setzen. Putin war zu diesem Zeitpunkt schon fast zwei Jahre im Amt und viele seiner Amtshandlungen schienen seinen programmatischen Ankündigungen, zumindest was die Stärkung der Zivilgesellschaft betrifft, zu widersprechen. Das Land bewegte sich unter Putin nicht näher Richtung Konsolidierung der Demokratie, sondern wurde ein ganzes Stück autoritärer. Die meisten zivilgesellschaftlichen Akteure selbst waren damals noch kaum direkt betroffen, doch das aggressive Vorgehen im Bereich der Medien war beunruhigend genug. Auch in Bezug auf das „Bürgerforum“, zu dem mehr als 5000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen anreisten, blieben viele Fragen offen. Einerseits sahen viele darin ein positives Signal des Präsidenten, doch stellten sich einige die Frage, ob es hier wirklich um eine Zivilgesellschaft geht, die die staatlichen Stellen kontrolliert, oder ob das „Zivile Forum“ nicht vielmehr ein Versuch seitens des Staates ist, die Zivilgesellschaft zu kontrollieren.²²²

Für letzteres spricht einiges. Schon in den ersten Jahren der Ära Putin wurde ein wichtiges Element des Verhältnisses zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Russland deutlich: Die Aufteilung der NGOs in „gute“ und „böse“ Organisationen. Wobei die „bösen“ vor allem jene ausmachen, die unmittelbar politisch aktiv sind. Das sind eben in erster Linie Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Auch gegen staatliche Behörden, die nach Putins Ansicht zu eng mit NGOs zusammen arbeiteten, wurde rigoros vorgegangen. Diese Behörden wurden entweder in andere Stellen eingegliedert oder ganz liquidiert. So erging es beispielsweise der russischen Umweltbehörde, die ins Ministerium für natürliche Ressourcen überführt wurde, der Aufsichtsbehörde für Nuklearanlagen oder der Migrationsbehörde.²²³ Gleichzeitig scheint Putin andere Eigenschaften zivilgesellschaftlicher Akteure durchaus zu

²¹⁹ Vgl.: Bister (2002): S. 117

²²⁰ Vgl.: Erler, Gernot (2005): Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung. Herder-Verlag, Freiburg. S. 50

²²¹ Vgl.: Lang, Susanne (2004): Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Russland. In: Politikinformation Osteuropa 04/2004. <http://library.fes.de/pdf-files/id/01930.pdf> (Entnommen am 07.05.2008). S. 7

²²² Vgl.: Lang (2004): S. 7

²²³ Vgl.: Bister (2002): S. 134

schätzen, vor allem im Sozialbereich, wo diese teilweise Funktionen übernehmen, die der Staat nicht erfüllen kann oder will. Dieses gespaltene Verhältnis zeigt sich auch in der Gesetzgebung. Auf der einen Seite unterlässt Putin die materielle Absicherung von NGOs durch ein geeignetes Finanzierungsgesetz. Gleichzeitig wird eine eigentlich bestehende steuerliche Vorschrift, die besagt, dass NGOs 23% ihrer Einkünfte an den Staat abführen müssen, (bis jetzt noch) nicht exekutiert.²²⁴ Trotzdem wurde im Zuge einer Steuerreform unter Putin festgelegt, dass Spenden ausländischer Stiftungen für russische NGOs steuerpflichtig sind, russischen Spenden für zivilgesellschaftliche Akteure wurde die steuerliche Absetzbarkeit verweigert und *„entsprechende Geldzuweisungen insgesamt von offizieller Seite de facto als unpatriotisch und somit unerwünscht moralisch verunglimpft.“*²²⁵ Daraus kann man schließen, dass Putin daran gelegen zu sein scheint, die zivilgesellschaftlichen Akteure in einem Status der Unsicherheit zu halten um ihre Autonomie nicht zu groß werden zu lassen. Diese Tendenzen verstärkten sich zusehends als der Kreml mit ansehen musste, wie westlich orientierte Regierungen die Macht in Georgien und der Ukraine übernahmen. In beiden Fällen hatten von westlichen Stiftungen unterstützte NGOs einen großen Anteil an der Mobilisierung der Bevölkerung. Die Sorge, dass so etwas auch in Russland möglich sein könnte, kann sicherlich teilweise das Verhalten der russischen Regierung gegenüber dem zivilgesellschaftlichen Sektor erklären.

Ein weiterer Schlag für die russische Zivilgesellschaft war die Verhaftung von Michail Chodorkovskij im Oktober 2003. Wie bereits erwähnt, war Chodorkovskij über seine Stiftung *Open Russia* einer der wichtigsten Förderer des russischen zivilgesellschaftlichen Sektors. Der bekannte russische Bürgerrechtler Sergej Kowaljev sprach in diesem Zusammenhang von einer *„Kriegserklärung an die Zivilgesellschaft.“*²²⁶ Die „Allrussische Konferenz Zivilgesellschaftlicher Organisationen“ (nicht zu verwechseln mit dem staatlich initiierten „Bürgerforum“), die drei Tage nach Chodorkovskijs Verhaftung in Moskau stattfand, veröffentlichte dazu folgende Erklärung:

„Wir sind davon überzeugt, dass Chodorkovskij nicht verhaftet wurde, weil er irgendwann, wie die Staatsanwaltschaft behauptet, Steuern nicht gezahlt oder unrechtmäßig Eigentum erworben hat. Er wurde verhaftet, weil er begonnen hatte,

²²⁴ Vgl.: Erler (2005): S. 51

²²⁵ Fein, Elke (2004): Russlands Zivilgesellschaft und der Staat. In: Russlandanalysen 35/04.

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

²²⁶ Erler (2005): S. 85

ehrlich Steuern zu zahlen und seine Vermögensverhältnisse offen zu legen. Aber genau die Absicht, seine Geschäfte aus dem Schatten zu holen, ist äußerst gefährlich für diejenigen, deren Wohlstand und Macht untrennbar davon abhängt, dass in unserem Land die `Schattenwirtschaft` dominiert. Wir sind überzeugt, das Chodorkovskij nicht verhaftet wurde, weil der von ihm geführte Konzern ohne sich zu schämen seine Mitarbeiter ausbeutet und die Naturschätze Russlands ausraubt. Er wurde verhaftet, weil er als einer der Ersten laut über soziale Verantwortung von Unternehmern und Unternehmen gesprochen und in großem Maße begonnen hat, Projekte im Bereich Bildung und Soziales zu initiieren.“²²⁷

Meiner Meinung nach spiegelt sich in diesem sehr eindrucksvollen Text auch ein Stück weit die Zerrissenheit des zivilgesellschaftlichen Sektors in Russland wider. Aus dem Text wird eine gewisse Distanz zur Person Chodorkovskij sehr deutlich. Gleichzeitig geht aus dem Text aber auch hervor, dass die Verfasser der Erklärung davon ausgehen, dass Chodorkovskij verhaftet wurde, weil er durch sein Handeln das bestehende System (von dem er materiell in unglaublichem Ausmaß profitiert hat) in Frage gestellt hatte und gleichzeitig offensiv für ein offeneres, gerechteres System eintrat. Die Vertreter und die Vertreterinnen der russischen Zivilgesellschaft sind sich bewusst, dass diese Verhaftung einen Paradigmenwechsel und eine klare Warnung an alle darstellt, die für eine Alternative zum bestehenden System arbeiten. Weil Chodorkovskij zu einer Symbolfigur einer solchen politischen Alternative geworden ist und sowohl die finanziellen Mittel als auch die nötigen Ambitionen hatte um offensiv für eine solche zu kämpfen, sah sich die herrschende Elite gezwungen ihn zu verhaften. Durch seine Verhaftung machte die Staatsmacht deutlich, dass sie bereit ist jegliche Opposition gegen den offiziellen Kurs zu beseitigen.

Auch in der zweiten Amtszeit Putins änderte sich wenig an der Kluft zwischen offiziellen Statements zu Demokratie und Zivilgesellschaft und den Handlungen, die die russische Regierung unter der Regie Putins setzte. In der Nacht nach seiner Wiederwahl am 14. März 2004 ließ Putin einmal mehr seine volle Unterstützung für Demokratie und Zivilgesellschaft verlauten:

„Ich verspreche Ihnen, dass die demokratischen Errungenschaften unseres Volkes unbedingt gesichert und garantiert werden. Dabei werden wir nicht bei dem

²²⁷ Erler (2005): S. 84/85

Erreichten stehen bleiben. Wir werden das Mehrparteiensystem stärken. Wir werden die Zivilgesellschaft stärken und alles tun, um die Freiheit der Medien zu sichern. ²²⁸

Anlässlich seiner Amtseinführung am 7. Mai 2004 strich er noch einmal die besondere Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Entwicklung Russlands hervor:

„Wir brauchen eine breite Basis der Unterstützung, um die Reformen im Lande fortzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass eine reife Zivilgesellschaft die beste Garantie für eine solche Kontinuität bildet. Nur freie Menschen in einem freien Land können wirklich erfolgreich sein. Das ist die Grundlage sowohl des wirtschaftlichen Wachstums Russlands als auch seiner politischen Stabilität.“ ²²⁹

In der Praxis zeigte sich jedoch schon bald erneut ein anderes Bild. Der Kurs der zweiten Amtszeit Vladimir Putins wurde stark von der Geiseltragödie von Beslan im September 2004 beeinflusst. In einer ersten Reaktion auf die Tragödie, der allein 176 Kinder zum Opfer fielen, appellierte Putin an die patriotischen Gefühle der Russen und Russinnen. Er spricht von der „*Mobilisierung der Nation*“, und weckt dadurch Erinnerungen an die beiden „Großen Vaterländischen Kriege“ Russlands anlässlich des Einmarsches von Napoleons Truppen 1812 und anlässlich Hitlers Überfall 1941. Weiters betonte Putin einmal mehr die besondere Bedeutung der Zivilgesellschaft: „*Die Ereignisse in den anderen Staaten zeigen: Die wirksamste Abfuhr bekommen die Terroristen dort, wo sie nicht nur an die Stärke des Staates, sondern auch an die organisierte, geschlossene Zivilgesellschaft geraten.*“ ²³⁰ Hier sollte man vor allem den Begriffen „organisiert“ und „geschlossen“ Beachtung schenken. Die Ereignisse von Beslan waren für Putin ein willkommener Anlass seiner autoritären Machtvertikale weitere Bausteine hinzuzufügen. Unter anderem wurde beschlossen, das Direktwahlrecht, mit dem die Hälfte der Dumaabgeordneten gewählt wurde, in ein reines Verhältniswahlrecht umzuwandeln. Dies machte es für parteiunabhängige Kandidaten und Kandidatinnen unmöglich den Einzug ins russische Parlament zu schaffen. Weiters erhielt der Präsident von nun an das Recht alle Gouverneure und Leiter der Gebietskörperschaften selbst vorzuschlagen. Es lassen sich einige Parallelen zwischen den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA und der Geiselnahme von Beslan ziehen. In beiden Fällen wurden die tragischen Ereignisse von den Präsidenten der beiden Länder dazu genutzt die Exekutivmacht

²²⁸ Erler (2005) : S. 49

²²⁹ Ebd.: S. 49/50

²³⁰ Erler (2005): S. 31

zu stärken und demokratische Freiheiten zu beschneiden. Auch für die russische Zivilgesellschaft blieben die Ereignisse von Beslan nicht ohne Folgen.

Mit der Tragödie von Beslan und den Revolutionen in der Ukraine und Georgien wurde dann auch von offizieller Seite das neue, verschärfte NGO-Gesetz aus dem Jahr 2006 begründet. Von staatlicher Seite wurde in Umlauf gebracht, dass es Erkenntnisse gäbe, dass über NGOs terroristische Aktivitäten finanziert würden. Außerdem sei es nicht akzeptabel, dass über vom Ausland finanzierte NGOs Einfluss auf die russische Politik genommen werde.²³¹ Das Gesetz sah vor, dass sich alle NGOs in Russland neu registrieren lassen müssen. Wobei die Behörde das Recht hat die Registrierung zu verweigern. Als Begründung für eine Nicht-Registrierung reicht es aus, wenn die Behörde „*die Souveränität, die politische Unabhängigkeit oder territoriale Unantastbarkeit oder die nationale Einheit oder Identität, das kulturelle Erbe oder die nationalen Interessen*“²³² bedroht sieht. Gleichzeitig mussten alle NGOs ihre Finanzierungsstruktur offen legen.²³³ Bis zum 31. Oktober eines jeden Kalenderjahres müssen die NGOs der Registerbehörde die für das kommende Jahr geplanten Aktivitäten melden, wobei diese das Recht hat ein geplantes Programm zu untersagen.²³⁴ Dem Staat erlaubt dieses Gesetz den Kontrollgriff um den zivilgesellschaftlichen Sektor in Russland noch enger zu machen. Für die einzelnen NGOs bedeutet das Gesetz vor allem einen hohen bürokratischen und finanziellen Aufwand, den sich viele kleinere Organisationen kaum leisten können. Eine (intendierte) Konsequenz des Gesetzes ist, dass viele NGOs damit begonnen haben Programmumstrukturierungen und Schwerpunktänderungen vorzunehmen um keiner staatlichen Schikane ausgesetzt zu sein. Damit erreichte der Staat eine allgemeine Entpolitisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.²³⁵

Wenn man sich näher mit den großen programmatischen Reden Putins beschäftigt, wird sehr deutlich, dass Putin von Anfang seiner Präsidentschaft an sehr zielstrebig an dem Herrschaftsprojekt gearbeitet hat, dass er in dem schon erwähnten Artikel vom 30.12.1999 „*Russland an der Schwelle des Jahrtausends*“ am Vorabend seines Amtsantritts skizziert hatte. Dieses Projekt verwirklichte er unter der Losung des „*starken Staates*“ und „*der neuen russischen Idee*“. Dieser starke Staat sollte die chaotische Situation in dem sich das Land

²³¹ Vgl.: Siegert, Jens (2006): Administrative Begeisterung oder wie die gelenkte Demokratie souverän wurde. In: Russlandanalysen 115/06

²³² Nußberger, Angelika/Schmidt, Carmen (2007): Vereinsleben auf Russisch oder Don Quichote und die russische Bürokratie. In: Russlandanalysen 138/07

²³³ Vgl.: Schmidt, Diana (2006): Neues (und Altes) in Sachen NGO-Gesetz. In: Russlandanalysen 103/06

²³⁴ Vgl.: Nußberger/Schmidt (2007)

²³⁵ Vgl.: Ebd.

befand wieder ordnen und Russland seinen angestammten Platz als wirtschaftliche, militärische und politische Großmacht im internationalen Staatensystem zurückbringen. Von Anfang an bezog dieses Projekt auch die Rolle der Zivilgesellschaft mit ein. Putin benötigte auf der einen Seite die Unterstützung der Bevölkerung um seine Politik gegenüber rivalisierenden Gruppierungen durchzusetzen, auf der anderen Seite trachtete er von Anfang an danach die Bevölkerung möglichst kontrollierbar zu machen. In seinen verschiedenen Reden betont Putin immer wieder die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Konsenses um das Wiedererstarken Russlands nicht zu gefährden. Schon in dem erwähnten Artikel betont Putin, dass man nicht erlauben dürfe, diesen Konsens „*in der Leidenschaft politischer Kampagnen für diese oder jene Wahlen zu zerstören.*“²³⁶ In seiner Rede vor der russischen Föderalversammlung am 26. Mai 2004, anlässlich des Beginns seiner zweiten Amtszeit, warnt Putin noch eindringlicher: „(...) *jede Abweichung vom ausgewählten (...) historischen Weg Russlands kann unabsehbare Folgen haben. Und dies muss absolut ausgeschlossen werden.*“²³⁷ Am Ende dieser Rede appelliert Putin einmal mehr an die „*Unterstützung und Solidarität aller Bürger Russlands.*“²³⁸ Auf diese Unterstützung konnte er mehr denn je zählen als die Ausmaße der Tragödie von Beslan deutlich wurden. Noch am 04.09.2004, dem Tag der Tragödie, kündigte Vladimir Putin der geschockten Bevölkerung eine Reihe von Maßnahmen an, um die „*Einheit des Landes zu stärken.*“²³⁹ Putin fühlte sich sogar bemüht extra zu betonen, dass diese Maßnahmen „*in voller Übereinstimmung mit der Verfassung des Landes*“ verwirklicht werden.²⁴⁰ Am 13. September 2004 verkündet Putin öffentlich welche Maßnahmen er als Reaktion auf Beslan durchführen wird. Dieses Paket enthält praktisch alle Punkte, die zur Vervollständigung der Putinschen „gelenkten Demokratie“ noch gefehlt haben. Die wichtigsten dabei waren, die Wahlrechtsreform, in dessen Rahmen das reine Verhältniswahlrecht beschlossen wurde, und es damit unabhängigen Kandidaten und Kandidatinnen praktisch unmöglich machte in die Staatsduma gewählt zu werden und die endgültige Zentralisierung der Macht, in dem sieben „Großregionen“ unter der Leitung eines von Putin ausgewählten Vertrauten geschaffen wurden und der gleichzeitigen Abschaffung der Direktwahl der Gouverneure der Regionen.²⁴¹ Die dritte wichtige Maßnahme betraf mit der Schaffung der Gesellschaftskammer die Zivilgesellschaft. Alle diese Maßnahmen sollten

²³⁶ Putin (1999) (Eigene Übersetzung)

²³⁷ http://www.kremlin.ru/appears/2004/05/26/0003_type63372type63374type82634_71501.shtml (Eigene Übersetzung) (Entnommen am 18.05. 2008)

²³⁸ Ebd.

²³⁹ http://www.kremlin.ru/appears/2004/09/04/1752_type63374type82634_76320.shtml (Eigene Übersetzung)

²⁴⁰ Ebd.

²⁴¹ http://www.kremlin.ru/appears/2004/09/13/1514_type63374type63378type82634_76651.shtml

der Eindämmung von „Terrorismus“ dienen. Widerstand dagegen wurde somit praktisch mit der Unterstützung von Terrorismus gleichgestellt.

6.4.2 Die Gesellschaftskammer - Institutionalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft

Die Entscheidung zur Gründung einer Gesellschaftskammer (*Obschtschestwennaja Palata*) in Russland stand also unmittelbar in Zusammenhang mit den Ereignissen in Beslan. Die offizielle Rechtfertigung für die Etablierung dieser Kammer war der russischen Zivilgesellschaft neue Wirkungsmöglichkeiten zu bieten. Doch in welche Richtung diese Idee ging, wurde bereits aus dem Gesetzesentwurf deutlich, der vom Präsidenten persönlich eingebracht und im Frühjahr 2005 in der Staatsduma verabschiedet wurde. Dieses Gesetz sieht vor, dass die Gesellschaftskammer aus 126 ehrenamtlichen Mitgliedern ohne Parteienzugehörigkeit zusammengesetzt werden soll. Der Präsident erhält das Recht ein Drittel der Mitglieder selbst vorzuschlagen, diese 42 Personen wählen weitere 42 Mitglieder aus. Das letzte Drittel besteht aus Mitgliedern, die aus den Regionen entsandt werden.²⁴² Die Aufgabe der Gesellschaftskammer sollte es sein, gesellschaftliche Initiativen zu ergreifen und daraus gegebenenfalls Gesetzesvorschläge zu formulieren sowie Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen des Parlaments abzugeben. Weiters sollte sie das Recht erhalten an den Sitzungen des Kabinetts, der Ministerien und Regierungsbehörden, unter Einschluss der „Machtministerien“ und des FSB, teilzunehmen. Schließlich wurde der Kammer die Aufgabe übertragen, die staatlichen Gelder, die zur Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgesehen sind, zu verteilen.²⁴³ Widersprüchlich scheint auch, dass die Gesellschaftskammer als wichtigstes Beratungsorgan des Präsidenten in allen die Zivilgesellschaft betreffenden Fragen fungieren soll und gleichzeitig das staatliche Handeln allgemein einer gesellschaftlichen Kontrolle unterziehen soll.²⁴⁴ Wie diese Kontrolle allerdings konkret aussehen sollte, wird nicht genau geklärt. Sie ist jedenfalls von vornherein stark beschränkt, da die Beschlüsse der Gesellschaftskammer nur Empfehlungscharakter haben und Regierung bzw. der Präsident über die Modalitäten der Teilnahme von Mitgliedern der Gesellschaftskammer an Regierungssitzungen entscheiden.²⁴⁵ Aufgrund all dieser

²⁴² Vgl.: Erler (2005): S. 48

²⁴³ Vgl.: Erler (2005): S. 48/49

²⁴⁴ Vgl.: Siegert, Jens (2005): NGOs in Russland. In: Russlandanalysen 59/05. <http://www.laenderanalysen.de/russland/>

²⁴⁵ Vgl.: Fein, Elke (2006): Potjomkinsches Parlament und Papiertiger. Die russische Gesellschaftskammer. In: Russlandanalysen 87/06.

Widersprüche erklärte die schon öfters erwähnte Menschenrechtsorganisation *Memorial* in einer öffentlichen Stellungnahme, dass sie sich keinesfalls an der Gesellschaftskammer beteiligen werde. Da die Unabhängigkeit dieses Gremiums vom Staat nicht gegeben sei, könne nicht von einem echten Dialog zwischen Staat und Zivilgesellschaft gesprochen werden. „*Alle Versuche, diesen Dialog in einem Organ zu konzentrieren, werden lediglich zu einer Imitation dieses Dialogs führen. In einer Kammer, die in das System der staatlichen Macht eingebaut ist, wird der Staat nur mit sich selbst reden.*“²⁴⁶ Bis Ende 2004 hat sich die gesamte russische Bürger- und Menschenrechtsbewegung dieser Position angeschlossen und boykottiert seitdem dieses Gremium.²⁴⁷ So setzte sich die Gesellschaftskammer letztendlich aus Mitgliedern zusammen, deren „*absolute Mehrheit der Regierung loyal ergeben sind.*“²⁴⁸ Vertreter aus der Wirtschaft und staatlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen stellen insgesamt die größte Gruppe der Kammer dar.²⁴⁹

Zusammengefasst kann deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaftskammer nur einen weiteren Baustein von Putins gelenkter Demokratie darstellt. Schon die Grundidee, die russische Zivilgesellschaft in einem *staatlichen* Organ zu institutionalisieren ist ein Widerspruch. Die Gesellschaftskammer kann als Instrument gesehen werden, die russische Zivilgesellschaft kontrollierbar und berechenbar zu machen. Allerdings ist diese Tendenz zur Kooptierung von NGOs im Rahmen der Neutralisierung allgemeiner gesellschaftlicher Opposition nicht auf Russland beschränkt, sondern existiert auch in anderen Staaten und wird auch auf internationaler Ebene deutlich.²⁵⁰ Für Russland gilt auf jeden Fall, dass der Einfluss „freier“ zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Kammer nicht erhöht wurde, sondern weiter beschränkt wurde, da nun ja eine „offizielle“ Zivilgesellschaft vorhanden ist, auf deren Unterstützung sich die Exekutive in Russland berufen kann. Damit hat die Kammer auch die Funktion das Legitimationsdefizit der staatlichen Macht in Russland auszugleichen. Die Rechte, die der Kammer feierlich zugestanden werden, sind in der Realität nichts anderes als grundlegende Funktionen einer intakten demokratischen Gesellschaft (etwa die Kritik an Gesetzesentwürfen, an der Regierung und an Behörden usw.) Was der Staat selbst von der Gesellschaftskammer hält, wurde erstmals deutlich als einige ihrer Mitglieder gegen das neue NGO-Gesetz protestierten und dieses dann noch kurz vor der Konstituierung der

²⁴⁶ Siegert (2005)

²⁴⁷ Vgl.: Fein (2006)

²⁴⁸ Stanowaja, Tatjana (2006): Das dritte Drittel der Gesellschaftskammer: Beamte und Lobbyisten. In: Russlandanalysen 87/06

²⁴⁹ Ebd.

²⁵⁰ Vgl.: Gebauer, Thomas (2001): „...von niemandem gewählt!“ In: Brand/Demirovic/Görg/Hirsch (Hg.): S.

Gesellschaftskammer durchgepeitscht wurde.²⁵¹ Ein Gesetz also, das das ureigenste Aufgabengebiet der Gesellschaftskammer betroffen hat. Dazu passt ins Bild, dass Präsident Putin bei der Eröffnungssitzung der Kammer seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die „Gesellschaftsvertreter“ sich ihres unpolitischen Mandats bewusst seien und bald ihre Aufgabe übernehmen, für eine „objektive Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben des Landes in den Medien“ zu sorgen.²⁵²

6.4.3 Die Akzeptanz von NGOs in der Bevölkerung

Generell muss gesagt werden, dass der Informationsstand NGOs betreffend in der russischen Bevölkerung sehr gering ist. Laut einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstitutes VCIOM aus dem Jahr 2005 wissen nur knapp über 40 % der Russen und Russinnen über Existenz und Aufgaben von NGOs Bescheid. Nur ca. 2 % der Befragten gaben an mit der Arbeit einer NGO in Berührung gekommen zu sein.²⁵³ Dazu muss gesagt werden, dass viele Menschen, die die Leistungen einer NGO in Anspruch genommen haben, davon ausgehen, dass sie mit einer staatlichen Stelle zu tun hatten. Aus verschiedenen Umfragen geht auch hervor, dass das Image der NGOs insgesamt nicht sehr gut ist. 35 % der Befragten halten NGOs für absolut nicht wichtig und weitere 25 % sind der Meinung, dass diese in erster Linie den persönlichen Interessen ihrer Anführer dienen.²⁵⁴ Die russische Bevölkerung scheint in einem hohen Ausmaß die Meinung der Staatsführung zu teilen, dass NGOs zwar durchaus gesellschaftliche Aufgaben übernehmen sollen, aber sich generell eher aus der Politik heraushalten sollten. So finden es beispielsweise über 40 % der Befragten sinnvoll, dass sich nichtstaatliche Akteure für den „Schutz von Müttern und Kindern“ engagieren, aber nur knapp 10 % begrüßen ihren Einsatz für Menschenrechte.²⁵⁵ Demzufolge ist ein Großteil der Bürger und Bürgerinnen auch mit der strengeren Kontrolle der Zivilgesellschaft durch die russischen Behörden einverstanden.²⁵⁶

Insgesamt muss also konstatiert werden, dass die russische Bevölkerung über die Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen sehr schlecht informiert ist und generell auch keine positive Meinung von ihnen hat. Dies ist sicherlich ein Problem, das teilweise seine Ursachen in der

²⁵¹ Vgl.: Ebd.

²⁵² Fein (2006)

²⁵³ Vgl.: Russlandanalysen 138/07

²⁵⁴ Vgl.: Russlandanalysen 103/06

²⁵⁵ Vgl.: Ebd.

²⁵⁶ Vgl.: Ebd.

Entfernung vieler NGOs vom Alltag der russischen Bevölkerung hat. Viele NGOs versuchen Einfluss auf die Politik zu nehmen, suchen dabei aber in den meisten Fällen nicht den Schulterschluss mit der Bevölkerung. So entsteht oft der Eindruck einer elitären Haltung der Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Akteure. Die Wichtigkeit einer gesellschaftlichen Rückkoppelung wird von den meisten Akteuren unterschätzt, so dass der Einfluss auf die gesellschaftliche Willensbildung nicht vorhanden oder bestenfalls minimal ist.²⁵⁷

6.5 Aussichten auf eine aus der Bevölkerung kommende Veränderung des herrschenden Systems in Russland

Wenn man sich mit den vergangenen zwei Amtszeiten von Präsident Putin auseinandersetzt, fällt auf, dass er und seine Umgebung von Anfang seiner Präsidentschaft an mit aller Kraft daran gearbeitet haben, seine Herrschaft abzusichern und jegliche Möglichkeit einer Opposition zum bestehenden System zu bekämpfen. Und man muss konstatieren, dass Putin und seine Mitstreiter sehr erfolgreich darin waren.

Schon in der ersten Hälfte seiner ersten Amtszeit hatte Putin praktisch alle wichtigen landesweiten Medien unter seine Kontrolle gebracht. Bis auf einige wenige Zeitungen (v. a. die *Novaja Gazeta* für die auch die ermordete Journalistin Anna Politkovskaya gearbeitet hat) und einige Radiosender (v. a. *Echo Moskvy*) gibt es in den Zentren Russlands praktisch keine unabhängige Berichterstattung mehr. Die Nachrichtensendungen der großen, landesweit ausstrahlenden Fernsehsender sind mittlerweile zu reinen Putin-Propagandasendungen geworden. Kritik am Präsidenten wird in den Medien in Russland praktisch nicht mehr geäußert. Auch dies ist natürlich keine unwesentliche (aber sicher nicht die einzige) Erklärung, für die anhaltend hohen Popularitätswerte des russischen Präsidenten.

In der unmittelbaren Politiksphäre besteht durch die Abschaffung des Direktwahlrechts keine Chance mehr für unabhängige Kandidaten/Kandidatinnen oder Kandidaten/Kandidatinnen von Kleinparteien in die Staatsduma gewählt zu werden. In der Duma werden nach den Wahlen vom Dezember 2007 zwei Drittel der Abgeordneten von der Kreml-Partei „Einiges Russland“ (*Jedinaja Rossija*) gestellt, dazu schafften nur noch die Kommunistische Partei Russlands, die Liberal-Demokratische Partei des Politclowns Vladimir Shirinovskij und die

²⁵⁷ Vgl.: Bister (2002): S. 130

neue Partei „Gerechtes Russland“ (*Spravedlivaja Rossija*) (ebenfalls eine Kreml-Schöpfung um linke Stimmen abzuschöpfen) den Einzug in die Duma. Alle diese Parteien können als Alibiparteien gelten, die schon lange keine wirkliche Oppositionspolitik mehr machen, die es den Machthabern jedoch erlauben einen demokratischen Anschein zu wahren. Wenn man in der russischen Politik heutzutage größere Ambitionen hat, so lassen sich diese nur verwirklichen, wenn man der Politik Putins und seiner Partei „Einiges Russland“ nahe steht.

Auch in der Wirtschaft spiegelt sich die gesamtgesellschaftliche Spaltung in „gut“ oder „böse“, das heißt pro oder kontra Putin wider. Putin ist nicht zuletzt auch deshalb so populär in der Bevölkerung, weil er vorgibt gegen die Oligarchen, die sich unrechtmäßig vormalig staatliches Eigentum angeeignet haben, vorzugehen. Doch auch hier gilt, die Oligarchen, die wie beispielsweise Roman Abramovitsch oder Oleg Deripaska das bestehende Herrschaftssystem nicht in Frage stellen und eng mit dem Kreml zusammenarbeiten, müssen nichts befürchten bzw. profitieren weiter von der nach wie vor bestehenden engen Verflechtung von Macht und Geld in Russland. Putin hat aber deutlich gezeigt, dass er bereit und fähig dazu ist, die reichsten und vormals über ihre Medienkonglomerate auch mächtigsten Männer Russlands wie Boris Beresovskij, Vladimir Potanin oder Michail Chodorkovskij zu bekämpfen, wenn diese seinen Herrschaftsanspruch in Frage stellen. Was für die reichsten Männer des Landes gilt, gilt auch für kleinere Wirtschaftstreibende: die Unterstützung der Machthaber, egal ob landesweit oder in den verschiedenen Regionen, lohnt sich, während eine oppositionelle Haltung die (zumindest wirtschaftliche) Existenz kosten kann.

Aus all dem wird deutlich, dass es Vladimir Putin gelungen ist, kritische Elemente in Russland zu isolieren. Kritische Akteure aus der Gesellschaft haben in der Regel weder Zugang zu den Medien, noch finden sie bei irgendeinem Politiker oder einer größeren Partei Gehör. Auch Wirtschaftstreibende sind spätestens nach dem „Fall Chodorkovskij“ in der Regel nicht dazu bereit für die Unterstützung kritischer zivilgesellschaftlicher Akteure ihre eigene Existenz zu riskieren, obwohl einige durchaus der Meinung sind, dass ein offeneres gesellschaftliches Klima und wirtschaftlich gerechteres System im Endeffekt auch den Wirtschaftstreibenden insgesamt zu Gute käme. Auch bei einem großen Teil der Bevölkerung hat Putin Erfolg mit seiner Strategie, die Kritik an seiner Person und seinem System als unpatriotische Kritik destruktiver Elemente an Russland umzudeuten. Kritiker und Kritikerinnen werden als Menschen dargestellt, die letztlich (oftmals im Auftrag des Auslands) Russland schwächen wollen. Dies alles macht es für kritische zivilgesellschaftliche Akteure natürlich immens schwierig eine Basis für eine größere oppositionelle Basis zu

schaffen, die einen ernsthaften Wechsel des vorherrschenden Systems in Angriff nehmen könnte. Die einzige sichtbare politische Oppositionsbewegung in Russland ist eine skurrile Mischung aus Nationalbolschewiken unter der Führung des Schriftstellers Eduard Limonov, Stalinisten und westlich orientierten (Wirtschafts-)liberalen mit dem ehemaligen Schachweltmeister Garri Kasparov an der Spitze.

Auch muss ganz klar konstatiert werden, dass der Bedarf der Menschen in Russland an Unsicherheit und Umbrüchen für zumindest die nächsten Jahre gedeckt sein dürfte. Es ist einfach eine Tatsache, dass, seit Putin das Amt des Präsidenten übernommen hat, sich das Leben für einen Großteil der Bevölkerung verbessert hat. Nach den chaotischen 1990er Jahren sind die Russen und Russinnen einfach froh, dass wieder mehr Menschen Arbeit finden, dass Löhne und Pensionen pünktlich ausbezahlt werden und dass diese auch moderat steigen. Dies mag in erster Linie mit den hohen Rohstoffpreisen im Zusammenhang stehen, trotzdem verbindet ein großer Teil der russischen Bevölkerung die Ära Putin mit Stabilität. Um diese Stabilität zu halten, sind die Menschen gerne bereit ein autoritärer werdendes System mitzutragen bzw. sind viele der Meinung ihres Präsidenten, dass es dieser autoritären Maßnahmen bedarf um das Land auf Kurs zu halten. Diese Meinung findet man tief verankert auch in eher kritisch gesinnten Gruppen. Es fällt auch sehr stark auf, dass viele ausländische Personen, die längere Zeit in Russland leben, diese Meinung ebenfalls teilen (im Unterschied zu Beobachtern und Beobachterinnen von außen). Dabei mag auch die in Russland (und nicht nur dort) weit verbreitete Meinung eine Rolle spielen, dass ein so großes Land nur von einem starken Führer regiert werden kann. Mehr Freiheit und verschiedene Alternativen bedeuten immer auch mehr Unsicherheit. Zumal in einem Land wie Russland in dem sich nach wie vor keine von allen Seiten akzeptierte demokratische Regeln etablieren konnten. All dies speist ein (von der russischen Führung bereitwillig genährtes) großes Unbehagen der russischen Bevölkerung nicht-staatlichen Organisationen gegenüber, die sich auf kritische Weise äußern und sich politisch engagieren. Jene Organisationen, die sich ausschließlich karitativ, sozial oder kulturell betätigen, werden durchaus wohlwollend betrachtet. Auch hier spiegelt sich die Politik der Führung in der Meinung der Bevölkerung wider und umgekehrt.

Erschwerend kommt hinzu, dass man in Russland, im Gegensatz zu einigen südamerikanischen und osteuropäischen Ländern wie beispielsweise Chile oder Tschechien, über keinerlei demokratische Traditionen verfügt an die man anknüpfen könnte. Damit kann sicherlich die schon erwähnte Tendenz zivilgesellschaftlicher Akteure in Russland sehr

bereitwillig die Zusammenarbeit mit staatlichen Organen zu suchen und auch das generell sehr niedrige Protestpotential der russischen Bevölkerung in Zusammenhang gebracht werden. Die Stiftung „Öffentliche Meinung“ (*Fond „Obschtschestvennoe Mnenie*) in Russland befragt die russische Bevölkerung seit dem Jahr 2005 nach ihrem Protestverhalten. Diese Frage ist vor allem auch im Zusammenhang mit der „oranigen Revolution“ in der Ukraine von politischer Relevanz. Die Frage, ob so etwas auch in Russland möglich ist, beschäftigt die russische Führung verständlicherweise seit den Ereignissen in der Ukraine verstärkt. Im März 2006 gaben über 50 % der Befragten zu Protokoll, dass sie sich für Protestaktionen im Land nicht interessieren, 40 % zeigten Interesse daran. Über 70 % schlossen eine Teilnahme an solchen Protestaktionen aus, während 10 % eine solche für möglich hielten. Die Frage, ob man mit Hilfe von Protestaktionen manche Probleme lösen könne verneinten knapp 40 % der Befragten, genauso viel wie dies bejahten. Weiters sind 35 % der Meinung, dass Protestaktionen in letzter Zeit der Gesellschaft mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Nur 15 % waren der umgekehrten Meinung.²⁵⁸ All dies stellt natürlich keine gute Basis für die Etablierung einer breiteren, kritischen Gegenbewegung zum herrschenden System dar.

Zusammenfassend muss noch einmal betont werden, dass der Konsens Putins Politik gegenüber fest in der Gesellschaft verankert ist und bis weit in die Reihen kritischer zivilgesellschaftlicher Akteure reicht. Doch basiert dieser Konsens in erster Linie nicht auf der Zustimmung zum vorherrschenden Politik- und Wirtschaftssystem, welches die Menschen in Russland durchaus sehr kritisch sehen, sondern steht direkt mit der Person Putin und der scheinbar mit ihm zusammenhängenden Stabilität des Landes in Verbindung. Diese hohe Popularität Putins in der Bevölkerung bedeutet für ihn ein sehr wichtiges Kapital bei der Durchsetzung seiner Politik und seines Herrschaftssystems gegen andere Gruppierungen. Doch könnten wirtschaftlich wieder schwierigere Zeiten und ein damit einher gehender Popularitätsverlust Putins auch eine unmittelbare Gefahr für das ungefestigte politische System Russlands bedeuten. Und da es in Russland keine in der Bevölkerung verankerte Oppositionsbewegung gibt, ist die Gefahr sehr groß, dass es zu offenen Machtkämpfen innerhalb der verschiedenen, von Putin in Gleichgewicht gehaltenen, Machtgruppen kommt. Die Herrschaft Putins und seines Nachfolger Medwedev scheint gesichert, doch niemand kann abschätzen wie sich die Lage entwickelt, wenn, aus welchen Gründen auch immer, der Rückhalt innerhalb der Bevölkerung verloren geht. Eine Möglichkeit könnte dann durchaus

²⁵⁸ Vgl.: Russlandanalysen 95/06

sein, dass eine politische Gruppe die ideologische Führung übernimmt, in dem sie mehr politischen Pluralismus, einen Rückbau des autokratischen Systems und eine gerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Reichtums verlangt. Im Moment ist eine solche Gruppe allerdings nicht in Sicht. Viel wahrscheinlicher scheint zurzeit, dass stark russisch-nationalistisch orientierte Gruppierungen den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung erlangen könnten, um in Zukunft eine gewichtige Rolle in Russland einzunehmen. Entsprechende Zusammenschlüsse solcher Parteien und Gruppen existieren bereits.

Was sich sicher sagen lässt, ist, dass eine Modernisierung oder weitere Umgestaltung des Landes eher von „oben“ als von einer aus der Bevölkerung kommenden Gruppierung geschehen wird. Die russischen zivilgesellschaftlichen Akteure scheinen dabei wohl bis auf weiteres keine Rolle zu spielen. Vielleicht gelingt es Putin und seinem Gefolge doch noch als große Modernisierer in die Geschichte einzugehen. Hierbei müsste die weitere Stabilisierung des Landes aber auch mit einem graduellen Übergang zu mehr Demokratie und ökonomischer Gleichheit verbunden sein, um sich die Unterstützung des Volkes auch langfristig zu sichern. Auf lange Sicht wird es nicht ausreichen immer wieder die Gefahr für Russland durch Feinde aus dem In- und Ausland zu beschwören und gleichzeitig die Bevölkerung durch autoritäre Maßnahmen unter Kontrolle zu halten. Ein solches Szenario birgt natürlich auch enorme Risiken für die Machthaber, vor allem in einem so fragilen Machtgebilde wie in Russland. Jede Lockerung der autokratischen Herrschaft könnte ihnen als Schwäche ausgelegt werden und, wie es schon Gorbatschow erleben musste, eine Eigendynamik bekommen (das heißt von rivalisierenden Gruppen innerhalb der politischen Elite ausgenutzt werden), die für die jetzigen Machthaber nicht mehr kontrollierbar ist.

7. Schlussbemerkungen

Um die wichtigsten Punkte dieser Arbeit noch einmal festzuhalten, können die in der Einleitung formulierten vier Grundannahmen grundsätzlich als bestätigt angesehen werden. Ich denke, im ersten Teil dieser Diplomarbeit konnte ich deutlich machen, dass die nach wie vor von verschiedenen Seiten vertretene These, dass sich ein unzufriedenes Sowjetvolk unter der Führung von Boris Jelzin und anderen nationalen Führern gegen ein ungerechtes und unmenschliches System auflehnte und dieses dadurch letztendlich beseitigte, nicht aufrechterhalten werden kann. Natürlich war das Volk größtenteils nicht zufrieden mit den herrschenden Umständen und stand einer Systemmodifizierung oder sogar einem Systemwechsel durchaus positiv gegenüber. Doch maßgebend für den Systemwechsel, der

dann tatsächlich stattgefunden hat, war nicht die Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern die Unzufriedenheit großer Teile der Elitenschichten der Sowjetunion. Unter der Regie und mit der Unterstützung weiter Teile dieser Schichten konnte in Russland innerhalb weniger Jahre ein extrem neoliberales System entstehen, das es den Teilen der Bevölkerung mit dem nötigen Vorwissen und in den richtigen Positionen erlaubte, innerhalb kurzer Zeit immense Vorteile daraus zu ziehen, während die übrige Bevölkerung verarmte. Der politischen und gesellschaftlichen Macht wurde das Geld, das Eigentum hinzugefügt, wie unter anderem sogar vom maßgebenden Initiator der Wirtschaftsreformen in Russland, Jegor Gaidar, erkannt wurde. Dem Volk wurde dieser radikale Schnitt als eine Notwendigkeit, als einzig möglicher Weg für Russland verkauft. Ansätze eines humaneren, graduellen Übergangs zum Kapitalismus oder einer modifizierten Form des Sozialismus, wie sie Michail Gorbatschow im Sinn hatte, wurden nicht einmal in Erwägung gezogen und so keiner öffentlichen Debatte unterzogen. Es scheint fast so, als ob in den 1980er Jahren einige Leute in der Sowjetunion einen Plan für die Umgestaltung des Systems ausgearbeitet hätten, der dann, ohne auch nur irgendwelche Alternativen zu prüfen, durchgezogen wurde. Der Einfluss westlicher Berater und Beraterinnen war dabei geringer als oftmals (auch von diesen selbst) behauptet wird. Dies geht aus verschiedenen Aussagen von Personen, die unmittelbar an den Ereignissen beteiligt waren, wie beispielsweise Anatoli Tschubais oder auch Michail Gorbatschow, hervor. Die Art und Weise der Umgestaltung des Systems scheint wirklich das Werk von Teilen der sowjetischen Elitenschichten der zweiten, dritten oder vierten Reihe zu sein, die in den Jahren der Öffnung unter Gorbatschow gezielt ihre Position verbessert haben und an ihrem „Projekt“ gearbeitet haben und es schließlich auch verwirklichen konnten.

Seit der Implementierung dieses Systems Anfang der 1990er Jahre wird dieses erfolgreich aufrechterhalten und verwaltet. Wie allgemein bekannt ist, erlaubte dieses System einer bestimmten Schicht der Bevölkerung unermesslich reich und teilweise auch sehr mächtig zu werden. In den 90er Jahren unter Boris Jelzin geschah diese Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit noch relativ ungeniert und offen. Wer die Möglichkeiten und Verbindungen hatte, nutzte diese eiskalt zu seinem eigenen Vorteil. Politische Macht und wirtschaftliche Macht waren eng miteinander verbunden, was im Begriff der „Familie“ um Jelzin zum Ausdruck gebracht wurde. Einige Mitglieder dieser „Familie“ wurden, nachdem sie auch noch einen großen Teil der Medien unter ihre Kontrolle brachten, auch für die Kremlherren eine unberechenbare Gefahr. Das prominenteste Beispiel dafür ist Boris Beresovskij. Der zur Jahrtausendwende angelobte neue Präsident Vladimir Putin erkannte dies sehr schnell. Ihm

war es dann auch vorbehalten diesem unkontrollierten Machtspiel rund um den Kreml klarere Regeln zu verordnen. Die Oligarchen hatten sich der Staatsmacht unterzuordnen, wenn sie im Spiel bleiben wollten. Leute wie Beresovskij, Potanin oder Chodorkovskij, die Putin offen herausforderten, mussten ins Exil gehen oder landeten in einem Gefängnis. Vom Volk wurde diese Politik der harten Hand durchaus goutiert, wie die Umfragewerte Putins zeigen. Doch auch Putin änderte nicht wirklich etwas am System als solchem. Er machte es nur berechenbarer. Und dies vor allem durch autokratische Maßnahmen. Der Einfluss der Bevölkerung auf das politische System ist geringer denn je und Russland wurde unter Putin endgültig zu einem offen autokratischen System mit einer nur mehr sehr dürftigen demokratischen Fassade. Wie aus dem zweiten Teil der Arbeit heraus geht, scheint Putin und auch sein eigenhändig ausgewählter Nachfolger Dmitri Medwedew nichts daran ändern zu wollen. Die Machthaber in Russland haben unter Putin sehr gezielt daran gearbeitet auch unabhängige zivilgesellschaftliche Strukturen und Akteure unter ihre Kontrolle zu bekommen. Ausdruck und Höhepunkt dessen ist die Schaffung der so genannten Gesellschaftskammer. Außerhalb des engen Rahmens der Gesellschaftskammer gilt unabhängiges zivilgesellschaftliches Engagement in Putins Russland weiterhin generell als verdächtig und als Bedrohung für die russischen Interessen.

Im Augenblick weist wirklich nichts darauf hin, dass Russland, jetzt nachdem das wirtschaftliche und politische System einigermaßen stabil scheint, sich langsam öffnet und auch der Bevölkerung mehr Partizipationsrechte einräumt. Doch Russland unter Vladimir Putin bzw. Dmitri Medwedew scheint immer für eine Überraschung gut zu sein. Erst in ein paar Jahren oder vielleicht Jahrzehnten wird sich endgültig herausstellen, ob Putin als großer Modernisierer und Erneuerer vom Format eines Atatürk in die Geschichte eingeht, oder doch nur als geschickter, autokratischer Machtpolitiker, der in erster Linie sein eigenes und das Wohl seiner Umgebung und Günstlinge im Auge hatte.

8. Quellenverzeichnis

Adloff, Frank (2005): Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis. Campus Verlag, Frankfurt/New York

Arato, Andrew/Cohen, Jean L. (1992): Civil Society and Political Theory. MIT Press, Cambridge/London

Aslund, Anders (1995): How Russia became a Market Economy. The Brookings Institution, Washington

Aves, Jonathan/Duncan, Peter/Hosking, Geoffrey (Hg.)(1992): The Road to Post-communism. Independent political Movements in the Soviet Union 1985 – 1991. St. Martin`s Press, New York

Bauerkämper, Arnd (Hg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Campus-Verlag, Frankfurt/Main

Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hg.)(2005): Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005. Zivilgesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2006): Images of Gramsci. Connections and Contentions in Political Theory and International Relations. Routledge, New York

Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster

Biermann, Werner (1996): Die verratene Transformation. Ein soziologischer Essay über die neuen Machtverhältnisse in Russland. LIT-Verlag, Münster

Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz (Hg.)(1991): Antonio Gramsci. Gefängnishefte. Band 1. Argument-Verlag, Hamburg

Borek, Johanna/Krondorfer, Birge/Mende, Julius (Hg.): Kulturen des Widerstands. Texte zu Antonio Gramsci. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien

Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.) (2001): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Westfälisches Dampfboot, Münster

Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (2007): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Cox, Robert W./Sinclair, Timothy J. (1996): Approaches to World Order. Cambridge University Press

Etmann, Anette (1998): Zivilgesellschaft zwischen Revolution und Demokratie. Die „samtene Revolution“ im Licht von Antonio Gramscis Kategorien der „societa civile“. Argument Verlag, Berlin und Hamburg

Erlar, Gernot (2005): Russland kommt. Putins Staat – der Kampf um Macht und Modernisierung. Herder-Verlag, Freiburg

Femia, Joseph (2001): Civil Society and the Marxist Tradition. In: Kaviraj, Sudipta/Khilnani, Sunil (Hg.): Civil Society. History and Possibilities. Cambridge University Press

Femia, Joseph (1981): Gramsci`s Political Thought. Hegemony, Consciousness, and the Revolutionary Process. Clarendon Press, Oxford

Franzen, Wolfgang/Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim (2005): Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Daten zur Systemtransformation 1990 – 2003. Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Füllsack, Manfred (1996): Postsowjetische Gesellschaft. Desintegration, Marktwirtschaft, Nationalismus und die Stellung der Frau in Russland. Studien zur Gesellschaftsentwicklung am Rande Europas. Verlag Turia + Kant, Wien

Gaidar, Jegor (1995): Entscheidung in Russland. Die Privatisierung der Macht und der Kampf um eine zivile Gesellschaft. Carl Hanser Verlag, München

Gall, Julia (2007): Der politische Diskurs über die Zivilgesellschaft (Graždanskoe Obščestvo) in Russland. Diplomarbeit, Universität Wien

Gill, Graeme (1998): Elites and Leadership in Russian Politics. St. Martins Press, New York

Gill, Stephen (1993): Gramsci, historical Materialism and international Relations. Cambridge University Press

Gill, Stephen/Mittelman, James H. (1997): Innovation and Transformation in International Studies. Cambridge University Press

Gorzka, Gabriele/Schulze, Peter W. (Hg.)(2002): Russlands Perspektive: Ein starker Staat als Garant von Stabilität und offener Gesellschaft? Edition Temmen, Bremen

Gustafson, Thane (1999): Capitalism Russian-Style. Cambridge University Press

Haarland, Hans Peter/Niessen, Hans-Joachim (1997): Der Transformationsprozess in Russland: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Europa Union Verlag, Bonn

Heinrich, Hans-Georg (1994): Der zerbrechliche Riese. Russland Heute. Jugend & Volk, Wien

Heeger, Robert (1975): Ideologie und Macht. Eine Analyse von Antonio Gramscis Quaderni. Almqvist & Wiksell, Uppsala

Heinrich, Hans Georg (1995): Das neue Russland. Zwischen Aufbruch und Zerfall. Picus Verlag, Wien

Heinrich, Hans-Georg (1994): Der zerbrechliche Riese. Russland Heute. Jugend & Volk, Wien

Hinteregger, Georg/Heinrich Hans-Georg (2004): Russia – Continuity and Change. Springer-Verlag, Wien

Hirschfeld, Uwe/Rügemer, Werner (Hg.)(1990): Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci. Elefanten Press, Berlin

Holz, Hans Heinz/Prestipino, Guiseppe (Hg.)(1992): Antonio Gramsci heute. Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie. Nachfolger Verlag, Bonn

Hosking, Geoffrey (1991): Sowjetunion. Weltmacht am Scheideweg. Bouvier Verlag, Bonn, Berlin

Howard Morje, Marc (2003): *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge University Press

Kagarlitzki, Boris (2002): *Russia under Yeltsin and Putin. Neoliberal Autocracy*. Pluto Press, London

Kagarlitzki, Boris (1991): *Der gespaltene Monolith. Die russische Gesellschaft an der Schwelle zu den neunziger Jahren*. Kontext Verlag, Berlin

Kebir, Sabine (1991): *Gramscis Zivilgesellschaft*. VSA-Verlag, Hamburg

Klein, Lawrence R./Pomer Marshall (2001): *The new Russia. Transition gone awry*. Stanford University Press

Kotz, David M./Weir, Fred (2007): *Russia's Path from Gorbachev to Putin. The Demise of the Soviet System and the new Russia*. Routledge, New York

Kryshtanovskaya, Olga (2005): *Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin*. Kiepenhauer & Witsch, Köln

Langenohl, Andreas (2007): *Tradition und Gesellschaftskritik. Eine Rekonstruktion der Modernisierungstheorie*. Campus-Verlag, Frankfurt/Main

Lapina, Natalia (1996): *Die Formierung der neuen rußländischen Elite. Probleme der Übergangsperiode*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 7-1996, Köln

Lauth, Hans-Joachim/Merkel, Wolfgang (Hg.)(1997): *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost*. Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Politikwissenschaftliche Standpunkte Bd. 3

Lester, Jeremy (2000): *Dialogue of Negation. Debates on Hegemony in Russia and the West*. Pluto Press, London

Lester, Jeremy (1995): *Modern Tsars and Princes. The Struggle for Hegemony in Russia.* Verso, London

Lohmann, Georg (2002): *Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West.* Peter Lang - Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main

Mangott, Gerhard (Hg.)(2002): *Zur Demokratisierung Russland. Bd. 2: Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft.* Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Martin, James (Hg.)(2002): *Antonio Gramsci. Critical Assessments of Leading Political Philosophers.* Routledge, London & New York

Merkel, Wolfgang (Hg.)(2000): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation.* Leske + Budrich, Opladen

Murphy, Craig N./Tooze, Roger (1991): *The new international political Economy.* Lynne Rienner Publishers, Colorado

Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (2003): *Theorien der internationalen Beziehungen.* Leske + Budrich, Opladen

Schmitter, Phillipe C. (1993): *Some Propositions about Civil Society and the Consolidation of Democracy.* Institut für Höhere Studien. Reihe Politikwissenschaft, Wien

Schneider, Eberhard (1997): *Die Formierung der neuen rußländischen politischen Elite.* Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 51-1997, Köln

Schramm, Jürgen (Hg.)(1995): *The role of Non-Governmental Organizations in the new European Order.* Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

Simon, Roger (1982): *Gramsci`s Political Thought. An Introduction.* Lawrence and Wishart, London

Steffen, Olaf (1996): Die Einführung des Kapitalismus in Russland. Ursachen, Programme und Krise der Transformationspolitik. LIT Verlag, Hamburg

Van der Pijl, Kees (1996): Grundwissen Politik 13. Vordenker der Weltpolitik. Leske + Budrich, Opladen

Wimmer, Ernst (1984): Antonio Gramsci und die Revolution. Globus Verlag, Wien

Zotholy, Andre (2002): Kulturpolitische Strategien der FPÖ und die Hegemonietheorie nach Antonio Gramsci. Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz

Zeitschriften:

Der Spiegel Nr. 39/ 2007

Internet:

[http://www.auswaertiges-
amt.de/diplo/de/Länderinformationen/RussischeFoederation/Wirtschaft.html](http://www.auswaertiges-
amt.de/diplo/de/Länderinformationen/RussischeFoederation/Wirtschaft.html)

<http://www.zmp.de/shop/inhaltsverzeichnis/bigfexRussland.pdf>

<http://www.wsws.org/de/2005/feb2005/russ-f05.shtml>

<http://www.russland.ru/ruwir0010/morenews.php?iditem=3302>

<http://www.netstudien.de/Russland/beresowski.htm>

http://www.ruex.eu/pdf_files/Fact_DemoGeo.pdf

<http://www.encyclopedia.com/doc/1E1-zemstvo.html>

<http://library.fes.de/pdf-files/id/01930.pdf>

http://www.buergerimstaat.de/23_01/russland.htm

http://www.ng.ru/politics/1999-12-30/4_millenium.html

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

http://www.kremlin.ru/appears/2004/05/26/0003_type63372type63374type82634_71501.shtml

9. Anhang

Abstract (Deutsch und Englisch)

Im ersten Teil dieser Arbeit habe ich versucht die These zu untermauern, dass es sich bei der Systemtransformation in der ehemaligen Sowjetunion auf keinen Fall um eine Revolution des Sowjetvolkes unter der Führung Boris Jelzins gegen die kommunistischen Eliten gehandelt hat, sondern dass es in erster Linie große Teile dieser Eliten selbst waren die diesen Systemwechsel organisiert und unterstützt haben. Der Großteil der Bevölkerung selbst spielte

dabei keine oder nur eine sehr minimale Rolle. Außerdem wende ich mich auch gegen die Überschätzung des Einflusses westlicher Regierungen und Berater und Beraterinnen in Bezug auf diese Transformation. Die Basis und Bedingungen des Systemwechsels waren bereits vorhanden und beschlossen als das Land für westliche Berater und Beraterinnen geöffnet wurde. Im zweiten Teil der Arbeit geht es dann in erster Linie um die Situation von zivilgesellschaftlichen Akteuren in Russland. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob zivilgesellschaftliche Strukturen allmählich mehr Einfluss auf die Politik in Russland erlangen konnten und wie die Staatsmacht auf diese aus der Bevölkerung kommenden Bewegungen reagiert. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass im Moment wenig darauf hinweist, dass die Staatsmacht die Absicht hat der Bevölkerung mehr direkten Einfluss auf das politische System zu ermöglichen. Im Gegenteil, spätestens seit der Geiselnahme von Beslan versucht Präsident Putin und seine Umgebung sehr erfolgreich unabhängiges zivilgesellschaftliches Engagement unter Generalverdacht zu stellen und auf der anderen Seite staatlich organisierte zivilgesellschaftliche Strukturen zu installieren.

In the first part of my thesis I have tried to back the theory that the transformation of the political and economic system in the former Soviet Union hasn't been a revolution of the Soviet people, led by Boris Jelzin, against the communist elite. I stress that large parts of the communist nomenclature itself organised and backed this transformation. The role of the major part of the Soviet people was very little. I also try to show that the role of western governments and advisers in matters of this transformation has been exaggerated. The basis and conditions of the change of systems have already been laid when the country opened up for western influence. The second part of this thesis deals with the civil societal area in Russia. In the centre of this chapter stands the question if organisations from within the population gradually get more influence on the political sphere in Russia and how the state deals with such organisations. In this context it is obvious, that the government in Russia has no intentions to grant the population more direct influence on the political system. On the contrary, since the tragedy of Beslan independent civil societal action is per se suspicious and the Russian government tries to install a state-organised civil society.

6.2 Lebenslauf

Tobias Vogel

*11. April 1981 in Feldkirch/Österreich

Schulbildung

1987 – 1991

Volksschule Haselstauden/Dornbirn

1991 – 1995

Hauptschule Haselstauden/Dornbirn

1995 – 2001 Handelsakademie Bregenz
Maturiert mit gutem Erfolg am 16. Juni 2001

08/1999 – 05/2000 Auslandschuljahr an der Smithville Highschool in
Mississippi/USA; abgeschlossen mit Highschool-Diploma

Ferialpraktika und Nebenjobs

02/2007 – 06/2007 Ehrenamtliche Tätigkeit als Russisch-Deutsch Dolmetscher für
den Verein „Asyl in Not“

Seit 03/2007 Geringfügig beschäftigt beim Verein für
Konsumenteninformation (VKI) in Wien

09/2007 Deutschlehrer in einem von der Gesellschaft für technische
Zusammenarbeit Deutschland (GTZ) und vom Goethe-Institut
unterstützten Deutschsprachlagers für ukrainische Studenten in
Kertsch (Krim, Ukraine)

Zivildienst

09/2001 – 11/2002 Auslandszivildienst in Kroatien in einem Waisenhaus der Caritas
in Zagreb

Studium

03/2003 Beginn des Studiums der Politikwissenschaften an der
Universität Innsbruck

Seit 10/2003 Studium der Politikwissenschaften und Slawistik (Russisch) an
der Universität Wien

09/2006 – 01/2007 Auslandssemester an der RGGU (Staatliche Russische
Universität für Humanwissenschaften) in Moskau

12/2006 Teilnahme an der internationalen Studentenkonferenz zum
Thema „Globalisierung – Vorteile und Nachteile“

Sprachkenntnisse

Deutsch

Englisch
Französisch
Russisch
Bosnisch/Kroatisch/Serbisch

